



Naturfreundejugend
Deutschlands

YOUrope07

★ Aktionsprogramm Jugendbeteiligung

Europasprech

**NUR WER WAS MACHT
KANN AUCH VERÄNDERN**

Das Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung

Wie Europapolitik funktioniert und warum alles so kompliziert ist
Informationen und Tipps für mehr Durchblick in der EU

von Ansgar Drücker

Die Europäische Kommission



José Manuel Barroso



Stavros Dimas



Leonard Orban



Benita Ferrero-Waldener



Margot Wallström



Joaquin Almunia



Markos Kyprianou



Charlie McCreevy



Günter Verheugen



Danuta Hübner



Olli Rehn



Vladimír Špidla



Jacques Barrot



Joe Borg



Louis Michel



Peter Mandelson



Siim Kallas



Dalia Grybauskaitė



László Kovács



Andris Piebalgs



Franco Frattini



Janez Potočnik



Neelie Kroes



Meglana Kuneva



Viviane Reding



Ján Figel'



Mariann Fischer Boel

Liebe junge Bürgerinnen und Bürger,

eingedenk der besonderen Bedeutung der Römischen Verträge für den europäischen Einigungsprozess und des 50. Jahrestages ihrer Unterzeichnung im laufenden Jahr,

angesichts der im 1. Halbjahr 2007 anstehenden EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland,

unter Nutzung des aus diesem Anlass eingerichteten Förderprogramms YOUrope07 im Rahmen des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung, das in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung vom Deutschen Bundesjugendring koordiniert wird,

mit dem Ziel der Förderung des europäischen Gedankens und des Verständnisses der komplizierten Strukturen im Bereich der Institutionen auf europäischer Ebene unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments,

mit Unterstützung durch viele Fragen, Anregungen und Hinweise von jungen Menschen, die Europa zwar für eine gute Idee, aber ihre Umsetzung in der Europäischen Union nicht immer für eine einfach zu durchschauende Realisierung halten,

unter Mitwirkung von abgebildeten und gebildeten jungen Europäerinnen und Europäern,

unter besonderer Berücksichtigung der wichtigen Bedeutung der Hauptstadt des Königreiches der Belgier für die gesamte Europäische Union bei gleichzeitiger Wertschätzung für Luxemburg und Straßburg,



unter zusätzlicher Nutzung von Ironie und kritischen, aber nicht polarisierenden Anmerkungen und gelegentlichen subjektiven Bewertungen,

im Bewusstsein der wichtigen Bedeutung der intensiven Zusammenarbeit mit ihren Partnerverbänden in der Naturfreundejugend Internationale,

während des Ratsvorsitzes von Dr. Angela Merkel,

während der Präsidentschaft von José Manuel Barroso,

hat die Naturfreundejugend Deutschlands für alle jungen Menschen, die der deutschen Sprache mächtig sind, diese Broschüre zusammengestellt und wünscht den Leserinnen und Lesern gute Unterhaltung, sachdienliche Information und wirkungsvolle Unterstützung bei der eigenen Meinungsbildung.

Kai Niebert
(Bundesleiter der
Naturfreundejugend Deutschlands)



Liebe Europafans,

es gibt viele Gründe, die EU zu hassen und noch mehr Gründe, Europa zu lieben. Die Mühlen und Mechanismen der Bürokratie sind schrecklich, die Wege weit, die Amtswegen langwierig, die Texte oft nur mit Humor zu ertragen, die Gebäude hässlich und die Menschen arrogant. Soweit die negativen Vorurteile, die leider allzu oft bestätigt werden. Und dennoch: Die Idee ist faszinierend, jedes europäische Seminar eines Jugendverbandes noch dreimal aufregender, emotionaler und eindrucksvoller als Aktivitäten im eigenen Saft und für leicht zwanghaft veranlagte Menschen, die im Kapitel „Listen“ bedient werden, ist Europa ohnehin eine große Freude und Herausforderung.

Die wiederkehrenden Motive mit den lustigen Buchstaben, die ihr in dieser Broschüre findet, sind anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge 2007 von

einem polnischen Designer erstellt worden und sagen in den 23 Amtssprachen der EU „Gemeinsam seit 1957“.

Die Gesichter, die ihr in dieser Broschüre findet, sind entweder die Mitglieder der EU-Kommission (sofern sie 40 plus sind) oder die Abbildungen junger Menschen, die uns verraten, was Europa für sie bedeutet.

Was Europa für mich persönlich bedeutet? Ganz einfach: Pommes mit andalusischer Sauce aus Belgien, Banitsa aus Bulgarien, Knödel mit Pilzen aus Tschechien, Hering in Madeira aus Dänemark, Rinderzunge aus Deutschland, Kalte Rote-Beete-Suppe mit Gurke und Ei aus Estland, Black Pudding aus Irland, Taramas aus Griechenland, Nierchen mit Sherry aus Spanien, Bouillabaisse aus Frankreich, Vitello Tonnato aus Italien, Halloumi-Spieße aus Zypern, Piragi aus Lettland, Skilandis aus Litauen, Judd mat Gaardebounen aus Luxemburg, Palatschinken aus Ungarn, Pastizzi aus Malta, Ingwerpfannkuchen aus den Niederlanden, Marillenknödel aus Österreich, Gurkensuppe aus Polen, Schweinefleisch mit Muscheln aus Portugal, Ciorbă de Perisoare aus Rumänien, Quarkstrudel aus Slowenien, Kartoffelnockerln mit Schafskäse aus der Slowakei, Kalakukko aus Finnland, Elchwurst aus Schweden und ein English Breakfast aus dem Vereinigten Königreich.

Viel Spaß beim Lesen und Nachschlagen!

Ansgar Drücker



Brüsselanimation

Eine lästerliche Liebeserklärung
an Brussel/Bruxelles/Brüssel/Brussels

Seite 5



Glossar Europasprech

Seite 21

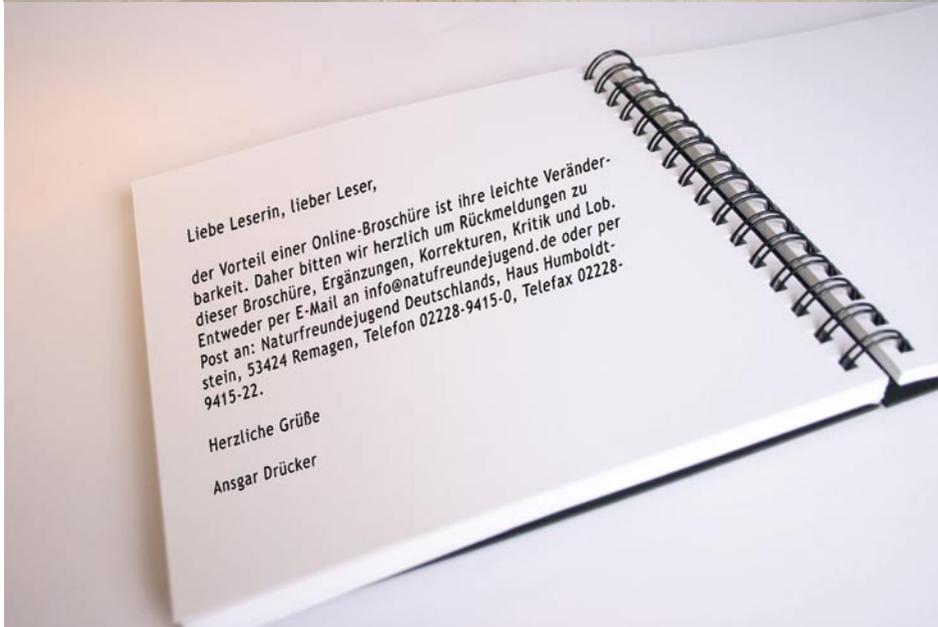


Europäische Listen

EU-Ratspräsidentschaften	Seite 61
EU-KommissarInnen	Seite 62
Amtssprachen	Seite 65
Mitgliedsstaaten	Seite 66
„Europäische Union“ in den Amtssprachen der EU	Seite 67
„Europäisches Parlament“ in den Amtssprachen der EU	Seite 69
Wichtige Websites über die Europäische Union	Seite 70
Europäisches Konferenzenglisch	Seite 71
Akürzungen in der europäischen Jugendpolitik	Seite 73

Impressum

Seite 81





Brüsselanimation

Eine lästerliche Liebeserklärung
an Brussel/Bruelles/Brüssel/Brussels

Der erste Eindruck

Viele BesucherInnen finden Brüssel auf den ersten Blick hässlich. Eine Anreise per Zug aus Richtung Deutschland verstärkt diesen Eindruck besonders wirkungsvoll - und der unterirdische Bahnhof „Bruxelles Central/ Brussel Centraal“ mit drei dunklen Bahnsteigen, an dem die Züge aus Deutschland allerdings gleich ohne Halt durchfahren, tut alles, um diesen Eindruck noch weiter zu verschlimmern. Der oberirdische Teil des Bahnhofs ist übrigens mit architektonischen Anleihen aus dem italienischen Faschismus angelegt - dagegen ist Warszawa Centralna eine Augenweide. Und auch die Hochhäuser dort sind schöner als die um Brüssel Nord oder das um Brüssel Süd. Der beginnende Liebhaber Brüssels in uns hingegen entdeckt genau in diesem maro-

den äußeren Zustand, der der Stadt eigenen Unordnung und dem schonungslosen Aufeinanderprallen nicht nur architektonischer Gegensätze erst ihren wahren Reiz. Die Stadt ist ehrlich: Warum mit Fassadenfarbe zukleistern, was innen desolat ist. Warum die Wunden, die die Nord-Süd-Verbindung, die EU und die Bauwut der 70er Jahre, die in Brüssel offensichtlich von 1965 bis 1985 dauerten, rissen, schließen, wenn doch gerade die vielen Gesichter der Stadt ihre Faszination ausmachen. Und warum das ganze Haus saubermachen, solange das Wohnzimmer gut in Schuss ist: Die Grand' Place ist Weltkulturerbe, immer öfter ganz ohne Baugerüste zu bewundern und ein Ort mit einer ganz besonderen Atmosphäre, vor allem in der Dämmerung eines lauen Sommerabends.



Auch kulinarisch hinterlässt Brüssel sehr gegensätzliche Gefühle. Während die einen Pommes frites mit andalusischer Sauce (natürlich aus der Tüte) allein für einen Grund halten die Stadt zu besuchen, finden andere, dass der Gestank der Pommesbuden nur noch von der heißen Schneckenuppe überboten wird, die man hier und da am Straßenrand angeboten bekommt. Relativ unbestritten dagegen ist die Qualität der Restaurants, die - sofern sie überhaupt belgisch veranlagt sind - jedoch auch zum Deftigen oder Einfachen neigen: Muscheln mit Pommes Frites oder der Hühnereintopf „Waterzooi“ machen auch vor besseren Lokalen nicht Halt - schließlich is(s)t man ja nicht in Frankreich.

Brüssel ist übrigens nicht gleich Brüssel: Die Stadt besteht aus 19 Gemeinden, wovon nur eine Brüssel heißt, die selbst nur 140.000 Einwohner zählt. Nur gut 2.000 Beschäftigte der EU wohnen in Brüssel selbst, jedoch über 13.000 in der gesamten Hauptstadtregion, die mit dem zusammenfällt, was der laienhafte Betrachter ohnehin eigentlich für Brüssel halten würde (Die anderen 17.000 EU-Beschäftigten wohnen im Speckgürtel oder sind nicht ordentlich in Belgien gemeldet...). Gleich hinter dem Innenstadtring beginnt jedoch auf fast allen Seiten eine andere Gemeinde, der Nordbahnhof etwa liegt auf der Grenze von Sint-Joost-ten-Noode/Saint-Josse-ten-Noode und Schaerbeek/Schaar-





Das Rathaus an der Grand' Place

beek. Nur in einige Bereiche im Norden und Süden der Stadt reicht die Gemeinde Brüssel selbst mittels zweier unförmiger Wurmfortsätzen bis weit über das Stadtzentrum hinaus. Sie wird deswegen zur größeren Unübersichtlichkeit nochmals in sieben Bezirke unterteilt, die wir zum Training der Sprachenvielfalt kurz vorstellen: Haren/Haren, Laeken/Laken (mit dem Wohnsitz der Königsfamilie und manchem wichtigen Gipfel in der jüngeren EU-

Geschichte), Neder-Over-Heembeek (das kann man nicht ins Französische übersetzen), Pentagone/Vijfhoek (also die Innenstadt innerhalb des Inneren Stadtrings), Quartier Louise/Louizawijk, Espace Nord/Noordwijk und Bruxelles-Nord-Est/Noord-Oostwijk eingeteilt. Alle 19 „Brüsseler“ Gemeinden zusammen bilden zusammen die Hauptstadtregion Brüssel (Region de Bruxelles Capitale/Brussels Hoofstedelijk Gewest) mit einer Million Einwohnern, die



Das belgische Parlament

gemeinsam mit der französischsprachigen Region Wallonien, die auch die deutschsprachigen Gebiete Ostbelgiens umfasst, und der niederländischsprachigen Region Flandern den Bundesstaat Belgien bildet. Sie hat - wie es sich für einen Bundesstaat gehört - einen eigenen Ministerpräsidenten und eine Regierung. Freddy Thielemans, der Bürgermeister von Brüssel ist also nur einer von 19 Bürgermeistern in der Gesamtstadt, wenn auch der wichtigste und lustigste.

Der Brüsseler als solcher ist also an sich erst einmal Bewohner der Brüsseler Hauptstadtregion. Sollte er aber zur Schule gehen, in sozialen Fragen Beratung benötigen oder ein Theater besuchen wollen, so ist er je nach sprachlicher Selbsteinstufung entweder Mitglied der Flämischen Gemeinschaft, die die BewohnerInnen Flanderns

und die niederländischsprachigen BewohnerInnen Brüssels umfasst, oder aber - zusammen mit den BewohnerInnen der Wallonie - Mitglied der französischsprachigen Gemeinschaft. Die Deutschsprachigen in Ostbelgien um Eupen und St. Vith bilden schließlich die deutschsprachige Gemeinschaft. Diese komplizierte bundesstaatliche Ordnung verstehen auch BelgierInnen nicht wirklich. Die Regierungen sämtlicher politischer Einheiten haben aber hilfreiche Diagramme in größeren Mengen drucken lassen, die erstaunlicherweise in ihrem Kern kaum voneinander abweichen.

Zusammengehalten wir das ganze Königreich der Belgier durch eben diesen König, derzeit Albert II, der sich im Gegensatz zu seinem verstorbenen Bruder und Vorgänger Boudewijn/Baudouin/Balduin in allen drei Landessprachen gleich schreibt.



Allerdings gibt es - so behaupten angeblich wenig königstreue Palastbeobachter - erste Pläne, das Königreich durch eine Hochzeit seiner Enkeltochter Elizabeth mit Prinzessin Amalia der Niederlande mit eben diesen wiederzuvereinigen. Die französischsprachige Minderheit hat zwar sofort Bedenken angemeldet. Einen EU-Staat einzusparen, würde allerdings andererseits einen Fahnenmasten für ein neues EU-Beitrittsland freimachen.



Die Sprachen Brüssels

Offiziell ist Brüssel zweisprachig, wobei sich über 80 % der Brüsseler als französischsprachig bezeichnen. Daher gerät die offizielle Gleichberechtigung der beiden Amtssprachen im Alltag gelegentlich unter die Räder und werden niederländischen Touristen schon mal aufgefordert, ihren flämischen Sprachgenossen nicht durch den Gebrauch des Französischen in den

Rücken zu fallen, nur weil sie ihre Weltläufigkeit unter Beweis stellen wollen.

Um Brüssel herum ist die Amtssprache Niederländisch und gehören die Orte zur Provinz Flämisch Brabant, die 1995 - ebenso wie Wallonisch Brabant - aus der ehemaligen zweisprachigen Provinz Brabant entstanden ist. Da sich am Rand der ehemals überwiegend niederländischsprachigen Stadt Brüssel immer mehr





Das Berlaymont

Französischsprachige angesiedelt haben, sind im Zuge langwieriger Verhandlungen sechs so genannte Facilitätengemeinden, also Gemeinden mit Erleichterungen für Französischsprachige, festgelegt worden. Seitdem gibt es dort z.B. Formulare und Hochzeiten auch auf Französisch. Im öffentlichen Dienst in Brüssel ist die Zweisprachigkeit bei einer Tätigkeit mit Bürgerkontakten zwar prinzipiell verpflichtend. Insbesondere die Französischsprachigen haben häufig aber einige Probleme mit dem Niederländischen.

Eine weitere wichtige Sprache in Brüssel ist Euroenglis(c)h, eine Art vereinfachtes EU-Englisch, dass für Englisch-MuttersprachlerInnen ein Gräuel sein muss, für alle anderen aber die Verständigung erleichtert. Und dann gibt es noch den Brüsseler Dialekt mit vielen witzigen Mischungen aus all diesen Sprachen (Mademoiselleke). Auch Marketingleute haben die Zweisprachigkeit längst überwunden und werfen manchmal einfach alles zusammen: So tritt der Palast

der schönen Künste (französisch Palais-des-beaux-arts) einfach so auf, wie in die Niederländischsprachigen schreiben würden: BOZAR. Das reicht dann gleich für beide Sprachen und spart die vielen Querstriche auf den Postern. Und beim Kunstfestival heißt's dann einfach und überschaubar „Kunstenfestivaldesarts“.

Von diesen Spezialitäten der Brüsseler Sprachenvielfalt einmal ganz abgesehen, spielt auch die Frage des Migrationshintergrundes in der Multi-Kulti-Stadt Brüssel eine gewichtige Rolle. In einigen Stadtvierteln befinden sich die Autochtonen, wie die Einheimischen hier genannt werden, in der Minderheit, insgesamt beträgt der Anteil der ausländischen Brüsseler 27 Prozent; noch wesentlich höher ist der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund. Von den zehn Schöffen Brüssels (Mitglieder der Stadtregierung) haben übrigens vier einen Migrationshintergrund. Davon könnte sich manche deutsche Stadt eine Scheibe abschneiden.

Rundgang durchs Europa-Viertel

Traditioneller Mittelpunkt des Brüsseler EU-Viertels ist der Rond-Point Schuman, der bekannteste Kreisverkehr Europas (na gut: außerhalb Londons und nach dem Arc de Triomphe) mit dem ersten unterirdischen Bahnhof des Viertels. Er darf seit kurzem nur noch mit Tempo 30 befahren werden, um die Lebensqualität im so genannten Euroapwijk/Quartier Européen zu heben. Um diesen Platz herum befinden sich nämlich 88 % der europäischen Einrichtungen in Brüssel. Eines der ältesten Gebäude EU-Europas ist das 1961 bis 1967 durch die belgische Regierung errichtete Berlaymont-Gebäude, das übrigens die Postadresse der EU ist (Rue de la Loi/Wetstraat 200) und nach einer mehrjährigen Asbest-Sanierung nun im neuen Glanz erstrahlt (es wäre fast abgerissen worden!). Auf dem Bürgersteig vor dem Berlaymont stehen 28 Fahnenmasten mit derzeit 27 Fahnen. Das wird Kroatien freuen... Das



Gebäude wirkt - angesichts der EU-Neubauten weiter südlich - fast schon winzig. An einem Tag der offenen Tür lassen sich jedoch problemlos 100.000 Leute hindurchschleusen. Grundriss des Gebäudes ist ein Kreuz mit abgerundeten Ecken in der Mitte, dessen äußere Ecken sich prima für Werbebotschaften mit ergreifenden Aufrufen eignen, z.B. im Frühjahr 2007: „Neue Programme für Europa - Ergreifen Sie die Chance: Lifelong Learning - Cul-



Das Berlaymont



Das Berlaymont



ture 2007 - Youth in Action - Europe for Citizens“. Die EU hat das Gebäude nach der Sanierung für ca. 50 Mio. Euro vom belgischen Staat gekauft - das Grundstück gab's für einen Euro dazu.

Etwas weiter östlich in der Belliardstraat/ Rue Belliard wurden Anfang 2007 der 1957 bis 1963 von einer belgischen Versicherung für die EURATOM gebaute Gebäudekomplex abgerissen, der nach dem ersten EU-Verwaltungsgebäude in der Rue Belliard 51-55 das zweite EU-Gebäude in Brüssel waren.



Etwas weiter westlich wurde im Frühjahr das die Überschrift dieses Artikels umgebende Gebäude Lex an der Rue de la Loi/ Wetstraat eingeweiht. Das futuristisch anmutende „Lex“ wird die Ständigen Vertretungen der neuen Mitgliedsstaaten bei der EU und weitere Sitzungssäle beherbergen.



Belgien hat 2004 durchgesetzt, dass eine halbjährliche Tagung des Europäische Rates in Brüssel stattfindet. Als angemessenen architektonischen Rahmen wird die Europäische Union bis 2012 aus einem Flügel des „Résidence Palace“ zwischen Justus-Lipsius-Gebäude und Lex-Gebäude in Verbindung mit einem ebenfalls futuristischen Neubau (vergleichbar mit einem Ei in einem Karton und einem aufgeständernten Dach obendrauf) ein eigenes Gebäude für dieses Gremium errichten.





Der Résidence Palace für den Europäischen Rat

In Sichtweite des Berlaymont befindet sich weiterhin das 1995 eingeweihte Justus-Lipsius-Gebäude (benannt übrigens nach der Straße, die früher über dieses Gelände führte...) mit dem Rat der Europäischen Union (daher auch Consilium genannt), das selbst Brüsseler Tourismusverantwortliche als „klobig“ bezeichnen. Hier war während der Asbestsanierung des Berlaymont zunächst die Kommission untergebracht, bevor es der Rat der EU in Besitz ge-

nommen hat, für den es zwischenzeitlich schon wieder zu klein geworden ist. Zuvor war der Rat im etwas weiter Richtung Zentrum gelegenen nahen Charlemagne-(also Karl der Große-)Gebäude untergebracht, das inzwischen völlig neu entstanden ist. Stadtauswärts befindet sich übrigens das montags bis freitags geöffnete Informationszentrum der Europäischen Union in Sichtweite, das mit Broschüren und Informationen weiterhelfen kann, wenn man ungefähr weiß, was man will.



Justus-Lipsius-Gebäude...



...oder Consilium



Rundherum kann man in all den Nationalitäten zu Mittag essen, die der Europäer als solcher für lecker hält, was die EU-Beschäftigten dann auch gerne tun. Hier findet sich vom ältesten irischen Pub Brüssels bis zum spanischen Mittagstisch manch gute - und seit Anfang 2007 rauchfreie - Adresse für das business lunch - für BesucherInnen auch eine interessante Art Europa vor Ort mitzuerleben.

Stadteinwärts an der Rue Belliard/Belliardstraat befindet sich das immer selbstbewusster für seine Hausherren werbende Gebäude mit dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, das gemeinsam mit seinem Gegenüber (ein 1989 eingeweihter postmodern verspielter etwas japanisch anmutender Europa-Büroklötzchen) die Straße zu einer sechsspürigen Autoschlucht macht, die am besten auf einer überdachten Brücke (Bild unten) zwischen den Büroetagen überquert werden kann - allerdings erst nach Überwindung der Sicherheitskontrollen. Das Gebäude diente früher dem Europäischen Parlament. Die Erweiterungen der EU führten zum Umzug in die Neubauten (siehe unten), so dass das 2006 in Bertha-von-Suttner-Gebäude umbenannte Bürohaus nun





Das Institut Pasteur des Freistaats Bayern

überwiegend durch die beiden genannten Institutionen belegt ist.

Man kann aber auch vorher links abbiegen und geht in den ehemaligen Zoologischen und Botanischen Garten (bis Ende des 19. Jahrhunderts), der später mit allerlei Instituten vollgebaut wurde (bis 1919), wovon das Institut Pasteur (seit 2006) die Vertretung des Freistaates Bayern bei der

EU beherbergt. Dies zeigt, wie wichtig den Bundesländern die EU geworden ist - und natürlich, wie wichtig Bayern in Europa ist. Das Innere des Parks, der - wie so vieles in Brüssel - auf den Namen Leopold hört, ist ein beliebter Kinderspielplatz und Erholungsort für EU-MitarbeiterInnen in der Mittagspause, denn gleich dahinter erhebt sich - in etwas lockererer Architektur - ein transparentes Häuser-Gebirge, u.a. mit dem Europäischen Parla-

ment. Obwohl die Plenartagungen eigentlich in Straßburg stattfinden, gibt es auch in Brüssel ein Plenum für zusätzliche Plenarsitzungen - und in Luxemburg das Generalsekretariat des Parlaments. Das EU-Parlament, dessen gläsernes Atrium weithin sichtbar ist, wird im Volksmund „caprice des dieux“ (Lauen der Götter) genannt. Der gleichnamige Käse hat etwa dieselbe Form wie der Grundriss des Ge-



Das Kongresszentrum mit dem Plenarsaal des Europäischen Parlaments



Brüssel Luxemburg

bäudes. Hinzu kommen das ovale Henri-Spaak-Gebäude und das - wiederum über eine Brücke mit ihm verbundene - Altiero-Spinelli-Gebäude, beide genutzt als Büroräume des Europäischen Parlaments, 1999 eingeweiht und kurz darauf auch fertig gestellt. Übrigens wurde das Gebäude formal nicht als Europäisches Parlamentsgebäude hoch gezogen. Da der (Haupt-)Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg ist, wurde das Gebäude als Kongresszentrum errichtet und anschließend - da es sich praktischerweise zufällig auch für Sitzungen des Europäischen Parlaments eignete - an eben jenes vermietet. Bereits 1993 wurde der erste Flügel mit dem Plenarsaal fertig gestellt. Im Frühjahr 2007 wurde ein neuer Eingang für diesen gesamten Kom-

plex vom Luxemburg-Platz (siehe unten) hinzugefügt. Die transparente Architektur ermöglicht nicht nur ein halbwegs regensicheres Hindurchwandern zwischen den Gebäuden, sondern gewährt auch einen guten Einblick in die Sicherheitsschleusen, die dann doch die Grenzen zwischen innen und außen deutlich markieren. Und quasi im Keller dieser Gebäude befindet sich der Bahnhof Brüssel Luxemburg.

Brüssel Luxemburg

Es hat den belgischen Staatsbahnen gefallen, zur größeren Verwirrung der Fahrgäste den Bahnhof Brüssel Leopoldsviertel in Brüssel Luxemburg (Bruxelles Luxembourg/Brussel Luxemburg) umzubenennen.



Das alte Bahnhofsgebäude

nen. In der Tat fahren hier auch die Züge nach Luxemburg ab - nur sind sie eben noch nicht da, obwohl man vom größten Brüsseler Bahnhof Midi/Zuid mit dem Intercity allein schon 20 Minuten bis hierhin unterwegs ist, etwa genau so lange wie joggend oder radelnd übrigens. Stattdessen geht es nach Luxemburg von hier aus u.a. durch die belgische Provinz Luxemburg und das gleichnamige Großherzogtum, bis der Zug nach kaum mehr als zweieinhalb Stunden (für etwa 200 Kilometer) die zweite der drei europäischen Hauptstädte erreicht. Über Luxemburg kommt man gelegentlich auch nach Straßburg weiter, der dritten im Bunde, was für weitere gut 200 km kaum mehr als noch einmal zweieinhalb Stunden dauert. Die berühmten Metallkoffer, die jeder Europaabgeordnete mindestens einmal monatlich für die „Straßburg-Woche“ des EU-Parlaments packen (lassen) muss, werden übrigens mit einer Spedition per Lkw befördert, obwohl der Bahnhof Luxemburg, benannt nach der auf den Bahnhof zuführenden Straße, zur Fahrt nach Luxemburg, quasi im Keller des Parlaments liegt. Und die Züge kreuzen oder berühren zwar gelegentlich eine Hochgeschwindigkeitsstrecke - das war's dann aber auch. Das ehemalige Eingangsgebäude der Station von vor der Renovierung hat die EU auch gleich mitübernommen - es dient bald als Eingang für die Gebäude Altiero Spinelli und Henri Spaak, was zu erheblichen Protesten in Brüssel führte, war es doch ein weiterer und besonders symbolträchtiger Schritt der Ausbreitung des Molochs Europas in die Stadt hinein.

Und ganz in der Nähe entsteht gerade das Europa-Museum der EU. Das Musée de l'Europe wurde im Frühjahr 2007 zum 50. Jubiläum der Römischen Verträge eingeweiht, harrt seitdem weiterhin seiner Fertigstellung und ist ebenfalls über

den „Bahnhofsvorplatz“ (ohne sichtbaren Bahnhof) von Brüssel Luxemburg zu erreichen. Es kostet ca. 40 Millionen Euro und umfasst eine Ausstellungsfläche von ca. 6.000 qm. Auch Erfahrungen aus dem Bonner Haus der Geschichte sind eingeflossen - ein Slogan des Museums lautet: „präventive Archäologie“. So wird es denn bald dafür sorgen, dass auch in schwierigen Zeiten niemand die europäische Idee vergisst und das große Ganze in Frage stellt.

Brüssel ohne Auto

Radfahren ist in Brüssel verboten. Für diesen Eindruck spricht viel, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Stadt keine 100 km südlich der niederländischen Grenze liegt und - bis auf die Kante zwischen Ober- und Unterstadt - ziemlich flach ist.



Nur 1 % aller Wege werden hier mit dem Fahrrad zurückgelegt - hauptsächlich, wie kürzlich eine Untersuchung ergab, übrigens durch Besserverdienende, vermutlich vor allem unbelehrbare EU-Beschäftigte, die diese merkwürdige Art der Fortbewegung aus ihrem Heimatland mitgebracht haben und nicht ablegen konnten. Die meisten von ihnen sind übrigens mit Helm unterwegs - und die Bemühungen der Stadt mit ein paar Plänen und Wegweisern in der Stadt und Faltblättern eine von der EU geschätzte Fahrradfreundlichkeit zu simulieren, blieben eben nur Bemühungen. FußgängerInnen profitieren in Brüssel von der Übersichtlichkeit der Stadt und der Langsamkeit mancher öffentlicher Verkehrsmittel, leiden allerdings unter vergleichsweise unebenen Bürgersteigen vor durchaus bedeutenden Gebäuden und darunter, dass der Brüsseler als solcher Zebrastreifen eher für eine Art Kunstinstallation im Straßenraum ohne verkehrliche Bedeutung hält. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind günstig, zweisprachig, was regelmäßig zu Verwirrungen über den Zielbahnhof führt, der im Sekundentakt zwischen den Sprachen zu wechseln pflegt, und besser geworden. Das unterirdische Verkehrsmittel ist nur manchmal wirklich eine U-Bahn, da auch einige unterirdische Straßenbahnen unterwegs sind; das Europaviertel ist jedoch wie das Bonner Bundesviertel und im Gegensatz zum Reichstag in Berlin ganz gut angebunden.

Wie Brüssel dann doch noch eine/die europäische Hauptstadt wurde

1951 war Brüssel (wieder mal) so sehr mit sich selbst und seinem Sprachenstreit beschäftigt, dass es den Auftritt als die eine europäische Hauptstadt glatt verpasste. Auf den belgischen Alternativvorschlag Lüttich wollten die anderen Staaten nicht

eingehen. Fast wäre die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Saarbrücken gelandet - auch eine Stadt, deren Schönheit sich dem Fremden nicht auf Anhieb erschließt - aber dann hätte das Saarland zu einem neutralen europäischen Bezirk statt zu einem deutschen Bundesland werden müssen, und Adenauer teilte *diese* Idee eines frühen Kerneuropas überhaupt nicht. 1952 wurde dann erst mal Luxemburg bestimmt - und in den Römischen Verträgen hat man sich um eine Entscheidung herumgedrückt und somit den Grundstein für den heutigen dezentralen Wanderzirkus mit Brüssel, Straßburg und Luxemburg gelegt, den der Europäische Rat von Edinburgh dann 1992 endgültig (?) festgeschrieben hat. Brüssel wurde seitdem eher gestärkt, u.a. durch die Festlegung im Vertrag von Nizza, dass seit 2004 halbjährlich ein EU-Gipfel in Brüssel stattfindet. Bis 1992 war Brüssel jedoch eine Art Provisorium - vergleichbar mit der ehe-



maligen Bundeshauptstadt Bonn, jedoch mit weniger Freiflächen im Stadtbild. Das ist denn auch bei einem Rundgang durchs Europaviertel deutlich zu spüren.

Das niederländische Architekturstudio Berlage (Rotterdam) arbeitet übrigens seit 2004 an Modellen, Brüssel zu einer vollwertigen EU-Hauptstadt auszubauen und die Konzentration auf das Viertel um den Rond-Point Schuman zu lindern. Sie sind zwar auf interessante Brachflächen in der ganzen Stadt getroffen, aber handeln (noch) nicht wirklich im Auftrag der EU. Welcher EU-Beamte will schon weitere Wege in Kauf nehmen, die sich nicht



Das Neuste vom Neusten



Und hier pfeift der Wind...



auf überdachten Brücken über Straßenschluchten oder auf einem kurzen Spaziergang überwinden lassen? Nur um ein Buch auszuleihen oder eine andere Generaldirektion aufzusuchen? Soll das EU-Viertel sich doch noch ein bisschen weiter in die Stadt hineinfressen, aber eine eigene Welt bleiben...

Fazit

Brüssel ist eine gar nicht mal so große, in Teilen ausgesprochen hässliche, offiziell zweisprachige und auch ansonsten vielseitig verwirrende leicht chaotische und multikulturelle Stadt mit viel Charme sowie übrigens auch einem nennenswerten Nachtleben.





Glossar Europasprech

Acquis Communautaire/aquis communautaire

Wörtlich etwa „gemeinschaftlicher Besitzstand“. Dabei handelt es sich um den französischen Fachbegriff, der sich für die Tausende von Seiten mit den Rechten und Pflichten eingebürgert hat, die für alle Mitgliedsstaaten der EU gelten, wie z.B. Verträge der Europäischen Union, Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen der EU-Organe sowie Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs oder Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Beitrittsstaaten müssen diesen ca. 85.000 Seiten dicken Besitzstand übernehmen und vieles davon in nationales Recht umsetzen - eine Arbeit für Jahre und die notwendige Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Union.

Agenda 2000/agenda 2000

Die Agenda 2000 - nicht zu verwechseln mit der Agenda 2010 der deutschen Bundesregierung - war

ein Aktions- und Reformprogramm der EU zur Stärkung der Gemeinschaftspolitik und zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Sie wurde beim Europäischen Rat in Berlin im März 1999 beschlossen und richtete sich vor allem auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturpolitik der EU und hatte das zusätzliche Ziel eine Kostenexplosion im Zuge der Osterweiterung zu verhindern. Trotz einiger Einschränkungen für die neuen Mitgliedsstaaten lässt sich heute sagen, dass sich die vielen pessimistischen Prognosen über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der EU-Osterweiterung nicht erfüllt haben.

AKP-Staaten/ACP-countries

Bei den AKP-Staaten handelt es sich um eine Gruppe von 77 Ländern, davon 48 im afrikanischen, 15 im karibischen und 14 im pazifischen Raum, daher die Abkürzung AKP. Es handelt sich ausnahmslos um ehe-



malige Kolonien der EU-Mitgliedsstaaten, zu denen die EU besondere Wirtschaftsbeziehungen unterhält, die im Lomé-Abkommen von 1975 sowie im Nachfolge-Abkommen von Cotonou (2000) festgehalten sind. Obwohl die ehemaligen Kolonialmächte hier auch, aber nicht nur auf EU-Ebene ihr schlechtes Gewissen abarbeiten, hat die auch von der EU und den G8-Staaten immer wieder gestützte herrschende Weltwirtschaftsordnung nur wenigen der AKP-Staaten eine positive wirtschaftliche und politische Entwicklung ermöglicht.

Aktionslinien, Aktionsprogramme, Aktionsbereiche/ action lines, action programmes, action fields

Aktionsprogramme (oder einfach Programme) sind ein wichtiges Förderinstrument der EU. Sie bestehen häufig aus Aktionsbereichen (auch: Unterprogramme oder Aktionslinien) mit eigenen Namen. Das Programm Jugend in Aktion z.B. besteht aus den Aktionslinien

- Aktion 1 - Jugend für Europa
- Aktion 2 - Europäischer Freiwilligendienst
- Aktion 3 - Jugend in der Welt
- Aktion 4 - Unterstützungssysteme für junge Menschen
- Aktion 5 - Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich

... natürlich mit jeweils bis zu acht Unterpunkten. Besonders trennscharf werden die o.g. Begriffe nicht immer verwendet.

Aktive Bürgerschaft/active citizenship

Eine der europäischen Chancen und Zumutungen neben lebenslangem Lernen (lifelong learning) oder Solidarität (solidarity). Schwankend zwischen Bürgernähe einerseits und den selbstgemachten Beschwerden durch Bürokratie und Sprachgebrauch (→ Europasprech) andererseits versucht die EU mit ihren Bürgern direkt in Kontakt zu treten und muss dann auch noch aufpassen, dabei die Mitgliedsstaaten nicht zu übergehen. Hehre Ziele sind dabei mehr Demokratie, Mitwirkung und Teilhabe für alle EU-BürgerInnen, die natürlich immer und überall die europäische Dimension mitdenken sollen. Teil der Bemühungen um aktive Bürgerschaft ist das Ziel ei-

nes bürgernäheren Europas und einer wirksamen Informationspolitik über die EU und ihre Politik. Erstmals ist daher in der derzeitigen EU-Kommission eine „Kommunikationskommissarin“ ernannt worden, die Vizepräsidentin Margot Wallström.



Amsterdamer Vertrag/Treaty of Amsterdam

Der Amsterdamer Vertrag wurde 1997 unterzeichnet und ist 1999 in Kraft getreten - schließlich mussten ihn erst alle nationalen Parlamente ratifizieren. Er entwickelt den → Maastrichter Vertrag (1993 in Kraft getreten) weiter. Mit ihm wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingeführt, die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik ver- und das Europäische Parlament gestärkt. Während der letzte Punkt einheitlich als positiv, aber vielleicht nicht als weitgehend genug bewertet wird, haben die ersten beiden Punkte die Mitwirkungsmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen auf die Politik in Europa zumindest nicht gestärkt und gibt es zunehmend Kritik am Ausbau der „Festung Europa“.

Amtsblatt der EU/Official Journal of the EU

Das Amtsblatt der EU wird vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU in Amts-, pardon Luxemburg herausgegeben. Es enthält im Teil L (lois) alle Rechtsakte, die zu ihrem Inkrafttreten genau hier veröffentlicht werden müssen, im Teil C (communications) Vorschläge der Kommission, Anträge und Anfragen an das Parlament, den Rat oder die Kommission sowie ggf. die Antworten sowie weitere Berichte und Stellungnahmen. Der Teil S (supplement) enthält europaweite Ausschreibungen. Der Link für die deutschsprachige Version: www.europa.eu.int/eur-lex/lex/JOIndex.do?ihmlang=de. Vorsicht: Ge-



gegenüber den meisten Texten liest sich dieses Glossar wie ein Kinderbuch. Besonders beliebt, vor allem in der Präambel von Rechtsakten: Ein einziger Satz, der mit „Die Europäische Kommission“ beginnt und nach 20 bis 40 Absätzen, die jeweils mit „eingedenk“, „Bezug nehmend auf“ oder „in Anbetracht“ beginnen, letztlich doch noch zum Hauptsatz kommt, oft bereits auf der nächsten Seite (vgl. auch das Vorwort zu dieser Broschüre in Europasprech). Das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (OPOCE) bietet zusätzlich einen Zugang zu mehreren Datenbanken, z.B. CELEX und EUDOR (Rechtsakte der EU), CURIA (Urteile des Europäischen Gerichtshofs), Pre-Llex (Gesetzesentwürfe der Kommission) oder RAPID (Pressemitteilungen). Unter SCADplus finden sich Zusammenfassungen der Gesetzgebungen der Union. Hier finden sich - nach Einschätzung der EU - klare und knappe Zusammenfassungen von EU-Rechtsakten aus allen Themenbereichen. Im Rahmen der Möglichkeiten ist das auch ganz gut gelungen.

Amtssprachen der EU/official languages of the EU

Derzeit ist die EU dreiundzwanzigsprachig und kommuniziert in den gleichberechtigten Amtssprachen Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Französisch, Finnisch, Griechisch, Italienisch, Irisch (Gälisch), Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowenisch, Slowakisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch. Da jeder Rechtsakt in alle Amtssprachen übersetzt werden muss, sind mehr als 20 % der EU-Bediensteten im Sprachendienst tätig. Einige Sprachen sind dennoch gleicher: Die Verkehrssprachen sind Französisch, Englisch und Deutsch, das als drittes Rad am Fahrrad aber unter den gleicheren Sprachen eher ein Schattendasein führt. In Europa darf also nicht nur jeder sagen, was er will, sondern auch wie er es will! Rumänisch, Bulgarisch und das irische Gälisch spricht die EU übrigens erst seit dem 01.01.2007. Und auch Audioguide-Führungen in Maltesisch waren Anfang 2007 noch in Vorbereitung, obwohl der kleine Inselstaat im Mittelmeer doch schon seit Mai 2004 dabei ist. Da nicht für jede Sprachkombination (z.B. estnisch-maltesisch oder

bulgarisch-irisch) ausgebildete ÜbersetzerInnen zur Verfügung stehen, muss oft der Umweg über eine so genannte Relaisprache (häufig Englisch) genommen werden. Bei der somit erforderlichen zweimaligen Übersetzung tritt schon mal eine Art „Stillter-Post-Effekt“ ein.

Antragsfrist/application deadline

Antragsfristen sind bei der EU immer einzuhalten, sonst landen die Anträge - wegen Formfehler - oft gleich im Papierkorb. Wer zu spät kommt, den bestraft der Reißwolf, denn ein späterer Austausch oder auch nur das Nachreichen von Unterlagen ist oft nicht mehr möglich. Etwas großzügiger verfährt die EU mit dem Einhalten eigener Termine, insbesondere für Überweisungen bereits bewilligter Zuwendungen.



Jarno Groth
27 Jahre
Pfnitztal-Berghausen

Europa wächst zu schnell und unkontrolliert. Man sollte erst einmal die bestehenden Mitglieder einander näher bringen!

asbl/vzw

Rechtsstatus vieler in Belgien ansässiger Nichtregierungsorganisationen, vergleichbar mit dem deutschen eingetragenen Verein e.V. Ausgeschrieben in französischen und niederländischen Original: „association sans but lucratif“ oder „vereniging zonder winstoogmerk“, also Vereinigung ohne Gewinnabsicht.

Ausschreibung, Aufforderung zur Einreichung von (Projekt-)Vorschlägen/call for proposals

Neben Anträgen, die im Rahmen von EU-Programmen gestellt werden können, gibt es als weiteres Verfahren die Aufforderung zur Einreichung von Pro-



jektvorschlägen. Eine solche Ausschreibung wird im → Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die Projektvorschläge werden zunächst geprüft und die Einreicher dann ggf. aufgefordert, einen endgültigen formalen Antrag zu stellen. Manchmal ein etwas langwieriges Verfahren... Die EU fordert ihre Mitgliedsstaaten und in ihnen tätige Organisationen und Unternehmen also auf, Zuschüsse zu beantragen, damit sie ihr vorher von den Mitgliedsstaaten eingesammeltes Geld wieder zielgerichtet in diese zurückleiten kann.

Ausschuss der Regionen (AdR)/Committee of the Regions (CoR)

Seit 1994 arbeitet der Ausschuss der Regionen als offizielles Beratungsgremium der EU. Er besteht aus 317 Mitgliedern aus den Mitgliedsstaaten, darunter 24 VertreterInnen der deutschen Städte und Gemeinden, Landkreise und Bundesländer. Z.B. bei Vorhaben im Jugendbereich muss grundsätzlich jedes Mal eine Stellungnahme des AdR eingeholt werden. Deutschsprachige Website: www.cor.europa.eu/de/index.htm. Da diese Mitwirkungsmöglichkeit den deutschen Bundesländern nicht ausreicht, haben sie zusätzlich Verbindungsbüros oder Vertretungen in Brüssel eingerichtet.



Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV/COREPER)/Committee of Permanent Representatives

Der ASTV ist besser unter seiner französischen Abkürzung COREPER (Comité des représentants permanents) bekannt und besteht aus den Botschaftern der Mitgliedsstaaten bei der EU. Er bereitet die Ratssitzungen vor und koordiniert laufende Prozesse zwischen den Mitgliedsstaaten. Unterstützt wird diese europäische Kompromissmaschine von kaum mehr als 300 Arbeitsgruppen...

Barcelona-Prozess/Barcelona Process

Die EU hat die unangenehme Angewohnheit, Prozesse und Verträge nicht nach ihren Inhalten zu benennen, sondern nach dem Ort, an dem sie beschlossen oder unterzeichnet wurden (→ Bologna-Prozess, → Römische Verträge). Der Barcelona-Prozess ist nach der Erklärung von Barcelona aus dem Jahre 1995 benannt und umfasst die Politik der Europäischen Union gegenüber den Mittelmeerländern. Dadurch sollen die Beziehungen zwischen der Union sowie ihren Mitgliedsstaaten und den Partnerländern rund um das Mittelmeer vertieft und gleichzeitig die Verbindungen unter den Mittelmeerländern selbst ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit umfasst die Themengebiete Politik und Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen sowie Soziales und Kultur. Die stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Migration und soziale Integration sind später hinzugekommen.

Beobachtendes Mitglied/observer member

In vielen internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gibt es beobachtende Mitglieder, die häufig (noch) nicht alle Aufnahmekriterien erfüllen. Insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind die Strukturen oft noch nicht so ausgereift, dass die Voraussetzung für eine Vollmitgliedschaft erfüllt wären.

Berichterstatter, -in/rapporteur

Im Europäischen Parlament wird der/die nach der Geschäftsordnung zuständige oder nach einer Vereinbarung im Parlament oder einem seiner Ausschüsse benannte Abgeordnete als BerichterstatterIn bezeichnet. Innerhalb des Europäischen Parlaments kann er/sie durch eine besondere Schwerpunktsetzung oder Hervorhebung durchaus Einfluss auf den weiteren Gang der Verhandlungen nehmen, wenn die Aufgabe auch an sich überparteilich und neutral angelegt ist. Da der Berichterstatter bzw. die Berichterstatterin einen Bericht zur Abstimmung mit dem Rat der Europäischen Union und der EU-Kommission schreibt, der häufig die wesentlichen Änderungsvorschläge enthält, die später verabschiedet werden, stürzen sich die Lobbyisten meist auf die BerichterstatterInnen und ggf. zusätzlich auf die so



genannten SchattenberichterstatterInnen, die in den anderen Fraktionen für den jeweiligen Bereich zuständig sind.

I FÄLlessk@b SIDEN 1957

Best Practice/best practice

Gutes Beispiel für einen EU-Begriff, der sich auch in der deutschen Politik und Verwaltung festgefressen hat. In vielen Politikfeldern, insbesondere dort, wo die EU eigentlich gar nicht so besonders zuständig ist, werden gute Beispiele aus den Mitgliedsländern gesammelt, von denen dann alle anderen Mitgliedsstaaten lernen können. Auch viele NGOs haben den Austausch von Best Practice inzwischen in ihre Förderanträge und Projektvorhaben übernommen - die EU fördert's gerne. Ein besonderes deutsches Problem scheint zu sein, dass Modellvorhaben, die als Best Practice dargestellt werden können, in Deutschland üblicherweise in großen Mengen zu haben sind, es aber eher mit der nachhaltigen Umsetzung der guten Beispiele in eine flächendeckende Praxis hapert.

Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen/Lifelong Learning Programme

Dieses neue EU-Bildungsprogramm hat Anfang 2007 die Programme → SOCRATES und → ERASMUS abgelöst. Die Programme → LEONARDO DA VINCI, GRUNDTVIG und COMENIUS - vorher unter dem Namen SOCRATES zusammengefasst - werden ebenfalls unter diesem neuen Dach fortgeführt.

Binnenmarkt/single market

Spätestens seit 1993 hat die EU mit dem Binnenmarkt Ernst gemacht, der als eines der Kernstücke der EU gilt und als Begriff im Wesentlichen für die „vier Freiheiten“ steht: Der Europäische Binnenmarkt ver-

steht sich als Raum ohne Binnengrenzen mit einem freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Man ahnt es schon: Die Personenfreiheit war das schwierigste Kapitel - und bis heute gibt es Einschränkungen, etwa wenn diese Personen auf die Idee kommen, in einem anderen Mitgliedsland arbeiten zu wollen. Auch im Zuge der EU-Osterweiterung wurde die Freizügigkeit von Personen aus den Beitrittsländern, insbesondere von ArbeitnehmerInnen, teilweise eingeschränkt. Auf besonderen politischen Druck von Deutschland und Österreich hin wurde im so genannten Göteborger Kompromiss von 2001 die Einführung der Arbeitnehmerfreiheit bis spätestens 2011 ausgesetzt. Großbritannien, Irland und Schweden z.B. haben sich jedoch bereits 2004 vollständig für ArbeitnehmerInnen aus den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas geöffnet.

Bürgerbeauftragte(r)/ombudsman, ombudsperson

In jeder Wahlperiode ernennt das Europäische Parlament einen Bürgerbeauftragten, an den sich jede BürgerIn der EU und jede juristische Person wenden kann, wenn in einer EU-Institution etwas schief läuft. Der derzeitige Amtsinhaber heißt Nikiforos Diamandouros und wird auch als Ombudsman bezeichnet - so heißen in Skandinavien die Kummerkasten-Beamten des Staates - oder geschlechtsneutral: Ombudsperson. Deutschsprachige Website: www.euro-ombudsman.eu.int/home/de/default.htm. Der Bürgerbeauftragte ist jedoch nicht die „Hier-werden-sie-geholfen-Stelle“ der EU (vgl. → Europe Direct).

Cassis-de-Dijon-Urteil/Cassis de Dijon decision

Mit diesem ziemlich süßen Likör verbindet sich eines der bekanntesten Urteile der EU-Geschichte. Es spielt in Deutschland und Frankreich: REWE durfte nämlich den „Liqueur“ nicht in seine Regale stellen, da er nicht den im deutschen Branntweinmonopolesetz für Liköre vorgesehenen Branntweinanteil von mindestens 25 % hatte. So weit, so putzig. 1979 entschied der Europäische Gerichtshof dann aber, dass „jede einzelstaatliche Regelung, die geeignet ist, den Handel in der Gemeinschaft unmittelbar oder mittelbar, gegenwärtig oder potenziell zu be-



hindern“, unzulässig ist. Seitdem ist Cassis de Dijon auch in Deutschland und auch als „Liqueur“ erhältlich - die Folgen des Urteils gingen aber weit über diese niedliche Petiteesse (Europasprech für Kleinigkeit) hinaus.

DAPHNE/DAPHNE

DAPHNE ist ein EU-Programm zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen. Maßnahmen der Mitgliedsstaaten zur Verhinderung von sexuellem Missbrauch, Gewalt in der Familie, wirtschaftlicher Ausbeutung, Verschleppung sowie Diskriminierung von Behinderten, MigrantInnen und anderen Minderheiten können aus dem Programm → kofinanziert werden. 2007 hat DAPHNE III das Vorgängerprogramm DAPHNE II abgelöst, was - wie üblich - zur Verzögerung der Ausschreibung und somit einer Unterbrechung der durchgehenden Förderung geführt hat. Am 22.05.2007 hat das Europäische Parlament DAPHNE III schließlich gebilligt.

Demokratiedefizit der EU/democratic deficit in the EU

Die EU hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr Zuständigkeiten aus den Mitgliedsstaaten übernommen und damit auch den nationalen Parlamenten Rechte genommen. Gleichzeitig ist das Europäische Parlament mit wesentlich schwächeren Rechten ausgestattet als die Volksvertretungen der Mitgliedsstaaten. Daraus resultiert ein Demokratiedefizit, dass zwar durch eine stufenweise Stärkung der Rechte des Europaparlaments etwas abgebaut wurde, weiterhin aber eine Konzentration der Macht beim → Rat der Europäischen Union vorsieht, der hinter verschlossenen Türen tagt. Ein weiteres Defizit ist das fehlende Recht des Europaparlaments für eigene Gesetzesinitiativen der Abgeordneten oder Fraktio-

nen und der Beschluss von Rechtsakten durch den Europäischen Rat, also ein Gremium, das aus Mitgliedern von Regierungen und nicht aus Parlamentariern besteht.

Die Zukunft Europas/Future of Europe

Die → Regierungskonferenz 2000 hat die Voraussetzung für die EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 geschaffen und sich dafür ausgesprochen, dass eine intensive Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geführt wird. Diese „Debatte über die Zukunft Europas“ wurde draußen in der Welt und im Internet geführt und Mitte 2004 abgeschlossen. Anschließend einigten sich die Staats- und Regierungschefs im Juni 2004 auf den vom → Europäischen Konvent ausgearbeiteten Entwurf für eine → Europäische Verfassung. Danach ging's dann bekanntlich erst mal schief.

Dienstleistungsrichtlinie/services directive

Eine besonders kontroverse Diskussion der letzten Jahre: Nach dem ehemaligen niederländischen EU-Kommissar, der sie vorgelegt hat, auch als Bolkestein-Richtlinie bekannt und bekämpft, wird die Dienstleistungsrichtlinie für das Scheitern der EU-Verfassung bei der Volksabstimmung in Frankreich mitverantwortlich gemacht. Unternehmen sollen ihre Dienstleistungen ohne rechtliche und bürokratische Hindernisse in ganz Europa anbieten können. Umstritten ist vor allem das Herkunftslandprinzip: Dienstleister sollen in der ganzen EU nach dem Recht ihres Herkunftslandes arbeiten dürfen. Dies würde bedeuten, dass es in den einzelnen Mitgliedsländern keine einheitlichen Regeln für Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz (mehr) geben würde, sondern Regeln aus 27 verschiedenen Rechtsordnungen gelten würden, für deren Einhaltung die Behörden des Heimatlandes des Dienstleisters (!) zuständig wären. Insbesondere die Gewerkschaften kritisieren diesen Weg zur weiteren Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes, da er zu einer Verschlechterung der sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Betroffenen führen und einen Konkurrenzkampf der Preise für Dienstleistungen nach unten auslösen würde. Stattdessen fordern sie, dass für alle Beschäftigten statt des Herkunfts-

landprinzips die Bestimmungen am Arbeitsort („Erbringungsort“) gelten sollen.

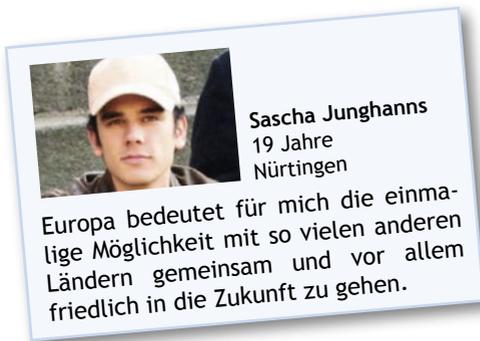
Diskriminierungsverbot/prohibition of discrimination

Das Diskriminierungsverbot verbietet zunächst die unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Der neue Artikel 13 des EG-Vertrages (in der derzeit gültigen Fassung nach dem → Vertrag von Nizza) ermächtigt den → Europäischen Rat allerdings zusätzlich auf Vorschlag der EU-Kommission Maßnahmen zu ergreifen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen

auch heißt - freiwilliger Tätigkeiten von der Leitung einer Jugendgruppe über ein Vorstandsamt bis zum Mitmachen bei einem sozialen Projekt. Im Rahmen ihres Ansatzes einer → active citizenship fördert die Europäische Union ehrenamtliches Engagement überwiegend mit warmen Worten, teilweise aber auch mit finanzieller Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen. Einen eigenen Bereich bildet der → Europäische Freiwilligendienst.

Einheitliche Europäische Akte (EEA)/Single European Act

Während die Römischen Verträge das Gründungspapier der EU (damals Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), später Europäische Gemeinschaft (EG)) sind, stellt die EEA die erste große inhaltliche Erweiterung - und damit u.a. die Grundlage für den europäischen → Binnenmarkt dar. Gleichzeitig wurde die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt, ein Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Weitere Meilensteine waren dann der → Maastrichter Vertrag (1993) sowie der → Amsterdamer Vertrag (1999). Die EEA wurde am 17.02.1986 unterzeichnet und trat am 01.07.1987 in Kraft.



Herkunft, der Religionen oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. Ebenfalls neu ist der Artikel 141, der verlangt, dass Männer und Frauen in Bezug auf das Arbeitsentgelt gleichgestellt sind. Aufbauend auf diese Bestimmungen hat die EU-Kommission verschiedene Richtlinien erlassen, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen (vgl. z.B. → Gender Mainstreaming). Man darf also gespannt sein, ob beispielsweise das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung irgendwann auch in Polen seine Wirkung entfalten wird...

Ehrenamtliches Engagement (von Jugendlichen)/ (Youth) Volunteering

Dieser Begriff beschreibt die gesamte Bandbreite ehrenamtlicher - oder wie es auf Europasprech

Einstimmigkeit/unanimity

Viele Entscheidungen im Rat der Europäischen Union sind nach wie vor an die einstimmige Zustimmung aller Mitgliedsstaaten gebunden. Zwar geht dieser Anteil zurück, zumal er bei 27 Mitgliedsstaaten dazu führt, dass einzelne Abweichler einen hohen politischen Preis für eine Zustimmung verlangen könnten. Dennoch sind vor allem Vorhaben in Bereichen, in denen die EU keine eigene definierte Zuständigkeit hat, weiterhin an die Einstimmigkeit von Entscheidungen gebunden - ebenso wie die Aufnahme neuer Mitglieder, ein neuer EU-Vertrag (bzw. gar eine Verfassung) oder die meisten Entscheidungen im Bereich der Justiz- und Innenpolitik.

Energiepolitik für Europa/Energy Policy for Europe

Dies ist der Titel einer Mitteilung der EU-Kommission, die am 10.01.2007 das Licht der Welt erblickte und als „integriertes Energie- und Klimapaket“ gefeiert wurde. Es fand seine Fortsetzung auf dem EU-Gipfel



in Brüssel im Frühjahr 2007, auf dem unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Förderung der erneuerbaren Energien und verbindliche Richtwerte für die Senkung des CO₂-Ausstoßes vereinbart wurden. Ein wichtiger Streitpunkt zwischen den Mitgliedsstaaten ist die Haltung zur Atomenergie. Während einige Mitgliedsstaaten Kernkraftwerke weiter nutzen oder sogar neu errichten wollen, um den CO₂-Ausstoß zu begrenzen, halten andere Mitgliedsstaaten am Atomausstieg bzw. an der völligen Absage an die Atomenergie fest.

Entschließung/resolution

Entschlüsse sind nicht unmittelbar rechtlich bindend, sondern enthalten Zielvorgaben. Auf EU-Ebene können sie vom Europäischen Rat, vom Rat der Europäischen Union, also z.B. von den JugendministerInnen, oder vom Europäischen Parlament, dann überwiegend zu außenpolitischen Themen, verabschiedet werden. Aufgrund der entsprechen-



den englischen und französischen Begriffe wird die Entschlüsselung häufig auch im Deutschen als „Resolution“ bezeichnet.

Entwicklungszusammenarbeit/development cooperation

Hauptziel der Entwicklungszusammenarbeit der EU ist die „Minderung der Armut im Einklang mit den → Millenniumsentwicklungszielen“. Der Anteil der EU-Staaten an der weltweiten Entwicklungshilfe beträgt ca. 55 %, wovon 20 % von der EU-Kommission verantwortet werden. Die einzelnen Mitgliedsstaaten haben jedoch darüber hinaus - auch aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschichte und ggf. besonderer Beziehungen zu ehemaligen Kolonien - eine jeweils eigene entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung.

ERASMUS/ERASMUS

Ein Programm der Europäischen Union, das an den Humanisten Erasmus von Rotterdam erinnert und ausgeschrieben „European Region Action Scheme for the Mobility of University Students“ heißt. Seit 1987 fördert es die Zusammenarbeit der Hochschulen innerhalb der EU sowie mit anderen europäischen Ländern wie der Türkei, der Schweiz und Norwegen und die Mobilität von Studierenden und Lehrenden zwischen diesen Ländern. Bis Ende 2006 gehörte es zum übergreifenden → SOCRATES-Programm der EU und ist jetzt im → Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen aufgegangen. ERASMUS sorgt übrigens auch dafür, dass Studienleistungen im Ausland anerkannt und Austauschstudenten finanziell unterstützt werden. Letzteres spielte im französischen Film „L'auberge espagnole“ über das Zusammenleben von europäischen Austauschstudenten in Barcelona eine wichtige Rolle.

Erweiterung/enlargement

Der Beitritt eines oder mehrerer Staaten zur EU wird als EU-Erweiterung bezeichnet. Aufgenommen werden Länder, die die Anerkennung und Umsetzung des → aquis communautaire abgehakt haben sowie die weiteren → Kopenhagener Kriterien erfüllen. Außerdem müssen die Parlamente aller Mitgliedsstaaten der Aufnahme zustimmen - eine hohe Hürde. Im Rahmen der Norderweiterung traten 1973 Dänemark, Großbritannien und Irland der EU bei, im Rahmen der Süderweiterung folgten 1981 Spanien und Portugal sowie 1986 Griechenland. Die → Osterweiterung erfolgte in zunächst zwei Schritten 2004 und 2007.

EU-Kommissare/EU commissioner

Die Europäische Kommission besteht derzeit aus 27 KommissarInnen, einem/r je Mitgliedsland der EU. Der deutsche EU-Kommissar ist zurzeit Günter Verheugen, der für Unternehmens- und Industriepolitik zuständig ist. Geleitet wird die Kommission vom Kommissionspräsident, zurzeit der Portugiese José Manuel Barroso. Es hat Vor- und Nachteile, dass mit der EU-Erweiterung nun eine KommissarIn für einen immer kleineren Politikbereich zuständig ist. Vorbei sind die Zeiten, als ein Tiroler Alpenbewohner ne-



ben der Landwirtschaft auch für die Fischereipolitik zuständig war, vorbei sind aber auch die Zeiten, als irgendjemand noch alle EU-Kommissare beim Namen nennen, geschweige denn aussprechen konnte.

EU-Ratspräsidentschaft/EU Presidency

Mit „Ratspräsidentschaft“ wird der Vorsitz im → Rat der Europäischen Union bezeichnet. Er wird von den Mitgliedsstaaten turnusmäßig für jeweils sechs Monate wahrgenommen. Für die Dauer der Präsidentschaft spricht „der Vorsitz“ für alle Mitgliedsstaaten. Zurzeit sind die Mitgliedschaften der 27 EU-Mitgliedsstaaten bis Mitte 2020 festgelegt (vgl. Kapitel „Europäische Listen“). Ob im zweiten Halbjahr 2020 wiederum Deutschland an der Reihe ist, wer weiß? Die Ratspräsidentschaft ist mit dem Vorsitz des → Europäischen Rates verbunden und wechselt nach einem komplizierten System, das u.a. die alphabetische Reihenfolge der Mitgliedsstaaten in ihrer jeweiligen Landessprache und die Bevölkerungsgröße berücksichtigt und dessen Erläuterung eine eigene Broschüre verdient. Aufgaben der Ratspräsidentschaft sind die Organisation und der Vorsitz bei allen Treffen des → Europäischen Rates, der → Rates der Europäischen Union sowie von Ausschüssen und Arbeitsgruppen, die Vertretung des Rates gegenüber den anderen EU-Organen sowie die Vertretung der EU in internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten.

EUREGIO/EUREGIO

Euregios sind grenzüberschreitende Zweckverbände von Gemeinden, Städten und Kreisen mit gemeinsamen Geschäftsstellen. Wirklich „Euregio“ heißt übrigens nur die älteste EUREGIO im deutsch-niederländischen Grenzgebiet im Raum Münster/Osnabrück/Enschede. Die anderen heißen Euregio „Name“ (z.B. Euregio Rhein-Maas-Nord) oder haben Kunstnamen wie Pamina oder Pomerania. Die Zusammenarbeit erstreckt sich z.B. auf kulturelle, wirtschaftliche und touristische Fragen und hat neben gemeinsamen Projekten vor allem die grenzüberschreitende Vernetzung und die Beratung in Bezug auf EU-Programme oder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Ziel. Derzeit gibt es ca. 115



Thomas Schwarzwälder, 22 Jahre, Ditzingen

Europa ist eine viel zu gute Idee, um sie Politikern zu überlassen, die nur an nationale Interessen denken.

Euregios, Euroregionen oder EU-Regionen. Natürlich gibt es dafür wiederum eine eigene Organisation zur Koordination, die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG, Website: www.aebr.net). Das Förderprogramm für diesen Bereich heißt → INTERREG.

Euro/euro

1999 als „virtuelle“ Währung eingeführt, ist der Euro seit dem 01.01.2002 in Form von Münzen und Scheinen im Umlauf, und zwar zunächst in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien und seit dem 01.01.2007 auch in Slowenien. Die zuständige → Europäische Zentralbank hat ihren Sitz in Frankfurt/Main. 1 Euro entspricht übrigens 1,95583 DM. Und ab dem 01.01.2008 sind auch Malta und Zypern dabei.

Europa à la carte/Europa à la carte

Dieser für Europasprech-Verhältnisse erstaunlich selbstironische Ausdruck beschreibt den Weg einer abgestuften Integration, auf dem einzelne Mitgliedsstaaten nicht jeden gemeinsamen Schritt mitgehen (vgl. → opting-out). Über einen gemeinsamen Konsens hinaus, der für alle Mitgliedsstaaten gilt, können für einzelne Politikfelder zwischen Mitgliedsstaaten weiter gehende Vereinbarungen getroffen werden. Diese Strategie wurde eher aus der Not geboren, zumal in wichtigen Weichenstellungen der EU, insbesondere bei der Zuweisung neuer Zuständigkeiten



nach Brüssel → Einstimmigkeit erforderlich ist. Die EU legt keinen Wert darauf, in vielen Bereichen „Europa à la carte“ zuzulassen, akzeptiert diesen Weg jedoch aus pragmatischen Gründen, um wesentliche Fortschritte in der europäischen Integration, wie beispielsweise die gemeinsame Währung, nicht auf Jahrzehnte aufzuhalten.

Europa der Regionen/Europe of regions

Eine Art Trostpflaster für den der EU eigenen Zentralismus. Verwirklicht wird dieses Ideal u.a. durch die Gründung des → Ausschusses der Regionen, die große Achtsamkeit der deutschen Bundesländer bei Verletzungen des → Subsidiaritätsprinzips und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene (vgl. → EUREGIO, → INTERREG).

Europa der zwei (oder der unterschiedlichen) Geschwindigkeiten//Europe of two (or different) speeds

Dieser Ausdruck beschreibt das Modell einer abgestuften europäischen Integration, an der sich eine (ggf. je nach Thema unterschiedlich zusammengesetzte) Gruppe besonders integrationswilliger Staaten gemeinsam beteiligt, während andere Mitgliedsstaaten der EU zunächst nicht mitmachen, aber ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nachfolgen.

Europaflagge/flag of Europe

Die Europaflagge zeigt einen Kranz von zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. Sie wurde 1955 als Flagge des Europarates eingeführt und zur Vergrößerung der Verwirrung 1986 von der Europäischen Gemeinschaft übernommen, ohne sie jedoch dem Europarat abzunehmen. So weht sie heute u.a. vor Gebäuden der Europäischen Union und des Europarates, wenn nicht ohnehin, wie in Straßburg Gebäude gemeinsam genutzt werden. Im Europäischen Verfassungsvertrag ist die Flagge als offizielles Symbol der Union vorgesehen. Von 1986, als die EU die Flagge übernahm, bis 1995 stimmte die Zahl der Sterne mit der Zahl der EU-Mitgliedsstaaten überein. Die Zahl der Sterne ist aber nicht mitgewachsen, was man bei 27 Mitgliedern durchaus

als Vorteil sehen kann. Es gibt viele weitere Deutungen für die Zahl der Sterne, von den zwölf Aposteln über die zwölf Tafeln des römischen Rechts bis zur Drei (der Dreifaltigkeit) multipliziert mit der Vier (der vier Elemente oder Himmelsrichtungen). Addiert man die Quersummen der Zahl der deutschen Bundesländer und der Zahl der EU-Amtssprachen, kommt man freilich auch auf zwölf...

Europahymne/European anthem

Auch die Europahymne ist dem Europarat und der Europäischen Union gemeinsam. Die Melodie stammt aus dem letzten Satz der 9. Sinfonie von Ludwig van Beethoven aus dem Jahre 1823. Seit 1985 ist sie die offizielle Hymne der EU, nachdem sie schon seit 1972 vom Europarat verwendet wurde (vgl. → Europaflagge). Um keine Sprache zu bevorzugen, wird der (deutschsprachige) Text mit dem Titel „Freude schöner Götterfunken“ nicht verwendet, sondern eine Instrumentalversion mit dem Titel „Ode an die Freude“ (bzw. seiner Übersetzung in die 22 weiteren Amtssprachen) benutzt.

Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region/charta of regional and local participation of young people

Kurz und knackig - wie schon der Titel - erläutert dieses Papier des → Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KRGE) auf ca. 30 Seiten die Rechte junger Menschen sich vor Ort am Leben der Gemeinde zu beteiligen. Die Charta erkennt nicht nur weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher an, sondern betont ausdrücklich ihre Vielfalt, denn zu oft werden alle Jugendlichen über einen Kamm geschoren. Neben Empfehlungen für die Beteiligung an politischen und Verwaltungsentscheidungen fordert die Charta auch ein kulturelles Umfeld ein, in dem Jugendliche sich erfolgreich engagieren können.

Europäische Dimension/European dimension

Um zu verhindern, dass sich die Europäische Union in zu viele Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten einmischt, ist - z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln - die europäische Dimension, ein europäischer



Mehrwert oder eine Gemeinschaftsdimension erforderlich. Nur dann ist gesichert, dass der Zweck oder das Ergebnis eines Projektes von überstaatlicher Bedeutung und eine Zuständigkeit der EU überhaupt gegeben ist, denn das ist Voraussetzung für manches Förderprogramm. Selbst wenn die EU Geld zugunsten der Mitgliedsstaaten ausgeben möchte, wachen diese darüber, dass sie damit nicht heimlich ihre Kompetenzen ausweitet. Daher eine wichtige Fördervoraussetzung und ein einfacher Ablehnungsgrund für Anträge (vgl. auch entsprechende Schreiben von deutschen Ministerien mit der Formulierung „Ihrem Antrag ... kann wegen fehlendem Bundesinteresse nicht entsprochen werden.“).



Europäische Gemeinschaft(en) (EG)/

European Community (Communities) (EC)

1967 wurden die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (die danach als Europäische Gemeinschaft firmierte) und die Europäische Atomgemeinschaft zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengeführt. Da selbst eingefleischten Euro-Bürokraten der Unterschied zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Gemeinschaft auf Dauer nicht zu vermitteln war, bürgerte sich mit der Zeit der Singular ein. Heute wird der Begriff häufig gleichbedeutend mit der Europäischen Union verwendet, was formal nicht ganz korrekt ist. Der Begriff „EG“ bezieht sich streng genommen nur auf die erste der drei Säulen der EU, die eben die drei ursprünglichen Europäischen Gemeinschaften umfasst. Mit der Säule 2 wird die Zusammenarbeit in Bezug auf die → Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umschrieben. Säule 3 umfasst die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz- und Innenpolitik. Womit wir auch gleich den Begriff „Drei-Säulen-Modell“ erklärt hätten.

Europäische Institutionen

Die fünf Gemeinschaftsinstitutionen sind die → Europäische Kommission (ca. 24.000 Angestellte), der → Rat der EU (ca. 3.400), das → Europäische Parlament (ca. 4.900), der → Europäische Gerichtshof (ca. 1.300) und der Europäische Rechnungshof (650). Beratend wirken der → Ausschuss der Regionen (430) sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss (640). Die beiden Finanzinstitute der EU sind die → Europäische Zentralbank in Frankfurt/Main und die Europäische Investitionsbank in Luxemburg. Der → Europäische Rat hingegen ist kein Organ der Europäischen Gemeinschaften und wirkt nicht bei der Gesetzgebung mit. Dennoch steht er an der Spitze der Ratshierarchie und der → Rat der Europäischen Union ist ihm untergeordnet.

Europäische Jugendstiftung/

European Youth Foundation (EYF)

Die Europäische Jugendstiftung hat ihren Sitz in Straßburg und wurde 1972 vom → Europarat gegründet. Sie fördert internationale Jugendaktivitäten internationaler, aber auch nationaler Jugendorganisationen. Projekte, wie internationale Seminare, Camps, Festivals oder Pilotvorhaben, müssen von einer nationalen oder internationalen Jugendorganisation in Zusammenarbeit mit mindestens drei anderen Organisationen aus den Mitgliedsländern des Europarates (und z.B. im → Europäischen Jugendzentrum) durchgeführt werden. Außerdem werden Informationsmaterialien für Jugendliche und die Verwaltungskosten internationaler Nichtregierungsorganisationen (International non-governmental youth organisations/INGYOS) gefördert („administrative grant“). Website: www.coe.int/Youth.

Europäische Kommission/European Commission

Die EU-Kommission ist quasi die Regierung der Europäischen Union. Sie hat das alleinige Recht, dem Rat und dem Parlament Gesetzesentwürfe vorzulegen und hat somit einen großen Einfluss auf die politischen Prioritäten und die Ausrichtung der europäischen Politik. Außerdem ist sie - wie jede Regierung - für die Umsetzung der Gesetze, des Haushalts und z.B. die Förderprogramme der EU verantwortlich.



Paola Moritz
26 Jahre
Pfinztal-Berghausen

Europa findet erst zusammen, wenn man sich innerhalb der einzelnen Länder einig ist.

Gemeinsam mit dem → Europäischen Gerichtshof wacht sie über die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts. Außerdem vertritt sie die EU nach außen. Der Kommission gehören 27 Mitglieder an, ein Kommissionspräsident und 26 weitere Mitglieder, die Kommissare mit bestimmten ihnen zugewiesenen Aufgabebereichen. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. (Vgl. auch → EU-Kommissar)

Europäische Kulturhauptstadt

Der → Rat der Europäischen Union hat 1985 die Ernennung einer Europäischen Kulturhauptstadt (damals Kulturstadt bzw. Kulturhauptstadt Europas) ins Leben gerufen. Seit 2005 wird der Begriff Europäische Kulturhauptstadt verwendet, seit 2007 werden im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung jährlich zwei Städte benannt. Das erste Tandem besteht aus Luxemburg und Sibiu, 2008 folgen Liverpool und Stavanger (Norwegen, also außerhalb der EU!), 2009 Vilnius und Linz sowie 2010 Essen (stellvertretend für das Ruhrgebiet) und Pécs.

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)/European Convention of Human Rights (ECHR)

Hat direkt nichts mit der Europäischen Union zu tun. Es handelt sich nämlich um eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten des Europarates, die schon aus dem Jahre 1950 stammt. Sie umfasst u.a. das Recht auf Leben, Freiheit, Unverletzlichkeit und Sicherheit der Person, angemessenes gerichtliches Gehör, Achtung des Privat- und Familienlebens, Gedanken-, Gewissens-

und Religionsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Versammlung sowie das Verbot von Folter, Sklaverei und Zwangsarbeit. Die Europäische Kommission für Menschenrechte sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wachen über die Einhaltung der Konvention in allen Mitgliedsstaaten des Europarates.

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)/European Neighbourhood Policy (ENP)

Dieser Begriff beschreibt die privilegierten Beziehungen der EU zu den Ländern Osteuropas, des Mittelmeerraums und des Kaukasus, die derzeit keine Perspektive auf einen Beitritt zur EU haben. Mit den genannten Ländern vereinbart die EU bilaterale Aktionspläne und gewährt ihnen, vor allem im Rahmen der Programme → TACIS und MEDIA, auch finanzielle Beihilfen.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)/European security and defense policy (ESDP)

Die EVSP ist Teil der → Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Die EU engagiert sich in den letzten Jahren verstärkt im Bereich von humanitären Einsätzen, Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden und -schaffenden Maßnahmen sowie Kampfeinsätzen zur Krisenbewältigung. Die EU hat sich dabei an die Charta der Vereinten Nationen gebunden und stimmt die Einsätze mit der NATO ab. Problematisch ist die fehlende Mitentscheidungskompetenz des Europaparlaments und die Durchbrechung der bewussten Trennung von Außen- und Verteidigungspolitik in den Mitgliedsstaaten durch die Integration der ESVP in die GASP.

(Europäische) Sozialcharta/(European) social charter

Die Europäische Sozialcharta ist bereits 1965 in Kraft getreten und umfasst 19 soziale Grundrechte. Sie enthält z.B. Bestimmungen über gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, ein gerechtes Arbeitsentgelt, den Schutz von Kindern und Jugendlichen, den Schutz der Gesundheit, das Recht Behinderter auf berufliche Ausbildung und Eingliederung usw.

Die Sozialcharta - es lebe die Begriffsverwirrung - die häufig ebenfalls unter diesem Begriff angesprochen wird, wurde 1989 in einer feierlichen Erklärung von den damaligen Mitgliedern der EU verabschiedet (und nach dem Regierungswechsel in Großbritannien 1997 schließlich auch von Tony Blair unterzeichnet). 1999 konnte sie somit in den → Amsterdamer Vertrag aufgenommen werden. Themen sind z.B. Fragen der → Freizügigkeit, der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Berufsausbildung, der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, der Mitwirkung der Arbeitnehmer, des Gesundheitsschutzes, des Kinder- und Jugendschutzes sowie Regelungen für ältere Menschen und Behinderte.

Um die Verwirrung komplett zu machen: Neben der Sozialcharta und der Europäischen Sozialcharta gibt es noch ein „Protokoll über die Sozialpolitik“ und ein „Abkommen über die Sozialpolitik“ der EU sowie eine vom Europarat erarbeitete - richtig! - Sozialcharta.

Europäische Umweltagentur/European Environment Agency

1994 wurde in Kopenhagen die Europäische Umweltagentur eingerichtet, die sich vor allem mit der Sammlung von Umweltdaten beschäftigt und darüber hinaus nur wenig eigenständige Aktivitäten entwickelt hat.

Europäische Union/European Union

Dieser Begriff hat sich durchgesetzt: Die Europäische Union (EU) besteht derzeit aus 27 europäischen Staaten mit zusammen fast 500 Millionen Einwohnern. Grundlage ist der 1993 in Kraft getretene Vertrag über die Europäischen Union (→ Maastrichter Vertrag). Die EU bildet das Dach für die so genannten drei Säulen (→ Europäische Gemeinschaften, → Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz- und Innenpolitik). Aufgrund der Bestimmungen des → Vertrags von Nizza ist derzeit die Aufnahme neuer Mitglieder nicht möglich. Die → Europäische Verfassung, die dies beheben sollte, befindet sich zwar in der Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten, wurde jedoch in den Niederlanden und Frankreich jedoch

durch eine Volksabstimmung abgelehnt. Daher ist derzeit erst mal Pause...

Europäische Verfassung, Europäischer Verfassungsvertrag/European Constitution, European Constitutional Treaty

Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ soll den EG-Vertrag (→ Römische Verträge) und den EU-Vertrag (→ Maastrichter Vertrag) ablösen und der EU eine einheitliche Struktur und Rechtspersönlichkeit geben. Der zur Erarbeitung der Verfassung eingerichtete → Europäische Konvent hat seine Arbeit 2003 abgeschlossen, so dass der Verfassungsvertrag im Oktober 2004 unterzeichnet werden konnte. So weit, so gut, doch dann kam das Non der Französlinnen am 29.05.05 und das Nee der NiederländerInnen am 01.06.05. In Deutschland haben zwar Bundestag



und Bundesrat die Europäische Verfassung ratifiziert - eine Volksabstimmung ist in Deutschland nicht vorgesehen -, der Bundespräsident wird das Gesetz allerdings erst ausfertigen, wenn über eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht entschieden ist. Die EU befand sich danach in einer längeren Denkpause, aus der sie Angela Merkel gegen Ende der deutschen → EU-Ratspräsidentschaft nur teilweise herausgeführt hat: Zurzeit lautet die Devise: Die Europäische Verfassung ist tot - es leben möglichst viele ihrer Inhalte unter neuem Namen weiter. Statt einer Europäischen Verfassung wird es nun voraussichtlich einen Vertrag geben, in dem wesentliche Inhalte der Verfassung enthalten sein sollen. Quasi-staatliche Ausschmückungen wie die Europaflagge und die Europahymne bleiben jetzt einfach außen vor, werden aber dennoch weiter genutzt. Die Stimmverteilung im Europäischen Rat wird erst 2014 statt 2009 verändert - eine Bedingung der Polen. Und schließlich wird



es den „europäischen Außenminister“ zwar geben, aber er wird nicht so heißen dürfen (Es bleibt also beim Hohen Vertreter für die → Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Europäische Zentralbank/European Central Bank

Die Europäische Zentralbank ist ein Organ der Europäischen Union und wurde 1998 in Frankfurt/Main als gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion eingerichtet. Mit den nationalen Zentralbanken arbeitet sie im Europäischen System der Zentralbanken zusammen.

Europäischer Freiwilligendienst/European Voluntary Service

Der EFD/EVS ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren halb- bis ganzjährige „Arbeits“aufenthalte in einem anderen Land (nicht



nur in Europa). Unterstützt wird eine gemeinnützige Tätigkeit im sozialen, Jugend-, Umwelt- oder Kulturbereich. Diese Aktion der EU will die Mobilität und aktive Beteiligung junger Menschen unterstützen und sie Europa konkret erleben lassen. Wie die Freiwilligendienste in Deutschland werden auch die EFD-TeilnehmerInnen in Seminaren vorbereitet und begleitet. Zusätzlich nehmen sie an einem Sprachkurs teil und werden von einem Tutor betreut. Gefördert wird der EFD als Aktion 2 des Programms JUGEND IN AKTION der EU. Internet: www.jugendfuereuropa.de/programm/europafreiw/

Europäischer Gerichtshof (EuGH)/European Court of Justice (ECJ)

Der Europäische Gerichtshof ist das oberste Gericht der EU und hat seinen Sitz in Luxemburg. Seine Entscheidungen sind in der gesamten EU verbindlich und sichern die Einheitlichkeit der Rechtslage in Bezug auf

europäische Rechtsakte. Außerdem ist er - wie praktisch - für Gesetzeslücken auf europäischer Ebene zuständig und trägt somit auch zur Entstehung neuer Rechtsakte bei. Der EuGH neigt in seinen Urteilen häufig dazu, der EU-Ebene gegenüber den Mitgliedsstaaten den Vorzug zu geben und hat damit manchen Beitrag zur europäischen Integration geleistet, aber auch manchen PolitikerIn und manches Gericht nicht nur in Deutschland verärgert. Anders als in Deutschland wird das Plädoyer eines der acht Generalanwälte in den Medien und bei PolitikerInnen fast schon wie das Urteil selbst behandelt, da sich die 27 RichterInnen (eine/r aus jedem Mitgliedsstaat) im Allgemeinen an diesen Vorgaben orientieren. Insbesondere in Deutschland ist umstritten, ob EU-Recht immer höherrangig gegenüber nationalem Recht ist oder ob beispielsweise ein Artikel des deutschen Grundgesetzes über einer EU-Richtlinie steht. EuGH und Bundesverfassungsgericht haben sich bisher an einer Klärung dieser Frage erfolgreich vorbeigemogelt.

Europäischer Konvent/European Convention

Der Europäische Konvent hat den Entwurf für eine → Europäische Verfassung erarbeitet und währenddessen vier Schlüsselfragen untersucht: Die Verteilung der Kompetenzen innerhalb der EU sowie zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten, die Vereinfachung (und Zusammenführung) der Verträge, die Rolle der nationalen Parlamente und der Status der EU-Grundrechtscharta. Der Konvent trat erstmals am 28.02.2002 zusammen und beendete seine Arbeiten am 10.07.2003. Hier erarbeiteten Regierungsvertreter, Europa- und nationale Abgeordnete und für Deutschland natürlich auch ein Vertreter der Bundesländer unter Leitung des Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing den später heiß diskutierten und dann in den Niederlanden und Frankreich bei Volksabstimmungen zunächst verunglückten Verfassungsentwurf aus. Am 18.06.2004 erzielte die Regierungskonferenz der Staats- und Regierungschefs Einigkeit über den Entwurf, dessen Ratifizierung dann allerdings in den Niederlanden und Frankreich an Volksabstimmungen scheiterte. Derzeit ist daher davon auszugehen, dass ein einfacher Vertrag an die Stelle der Europäischen Verfassung tritt.





Sabine Georg
24 Jahre
Weingarten

Europa - eine Völkergemeinschaft mit einer Vielfalt an Kultur und Tradition, die leider immer noch nicht europäisch spricht.

Europäischer Pakt für die Jugend

Im März 2005 haben die Staats- und Regierungschefs der EU einen Europäischen Pakt für die Jugend verabschiedet. Der Pakt ist eng mit der → Lissabon-Strategie verbunden, deren Ziel es ist Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Vorgeschlagen wurde der Pakt 2004 von den Regierungschefs und Staatsoberhäuptern von Frankreich, Spanien, Schweden und Deutschland. Es handelt sich zwar um das bisher weitreichendste Dokument zum Thema Jugendpolitik auf EU-Ebene, gleichzeitig beklagten die JugendministerInnen der EU Anfang 2007 zurecht, dass der Pakt bisher nur unzureichende Wirkung entfaltet habe... Wichtigste Inhalte sind die Themen Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg, allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben.

Europäischer Rat/European Council

Das sind die Macher. Der Europäische Rat ist das höchste Gremium der EU und setzt sich aus den Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedsstaaten und dem Kommissionspräsidenten mit Stimmrecht sowie einem weiteren Kommissionsmitglied und den AußenministerInnen der Mitgliedsstaaten in beratender Funktion zusammen. Wie der Name schon sagt, ist der Europäische Rat etwas völlig Anderes als der → Europarat oder auch der → Rat der Europäischen Union, in dem FachministerInnen bestimmter Themengebiete („Formationen“) zusammensitzen

und gemeinsam mit der EU-Kommission für die Rechtsakte der EU verantwortlich sind. Die Treffen des Europäischen Rates finden im Allgemeinen zweimal je → EU-Ratspräsidentschaft statt. Das macht summa summarum vier Gipfel pro Jahr, davon zwei in Brüssel. Fest zum Ritual gehört das „Familienfoto“ der Staats- und Regierungschefs und der endlose Begrüßungsreigen durch die GastgeberIn. Da der Europäische Rat keine eigenen Rechtsakte erlassen oder Beschlüsse fällen kann, werden die Ergebnisse - häufig in Kompromissform - in den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ festgehalten und anschließend vom → Rat der Europäischen Union (und ggf. vom → Europäischen Parlament) beschlossen und von der EU-Kommission bzw. weiteren Institutionen auf EU-Ebene umgesetzt.

Europäischer Sozialfonds (ESF)/European Social Fund (ESF)

Der ESF wurde 1960 eingerichtet, ist ein Teil des → Strukturfonds und der Kernbereich der EU-Sozialpolitik. Er unterstützt Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Berufsausbildung bzw. Umschulung und ist das wichtigste Instrument der EU im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)/European Economic and Social Committee (EESC)

Der 1957 gegründete Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) berät die EU-Kommission, das Parlament und den Rat der EU bei Gesetzesvorschlägen, hat aber keine Mitentscheidungskompetenz. Er besteht aus VertreterInnen der drei Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und sonstiger Interessen, wie z.B. die Freien Berufe, Genossenschaften, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen, sowie Familien-, Frauen- und Behindertenverbänden. In einigen Politikbereichen ist die Beteiligung des 344 Mitglieder umfassenden Ausschusses vorgeschrieben, in anderen kann er aus eigenem Antrieb aktiv werden.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)/European Economic Area (EEA)

Der EWR umfasst die EU-Mitgliedsstaaten sowie Nor-



wegen, Island und Liechtenstein. Im EWR können Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte wie in einem Binnenmarkt bewegt werden. Dazu wurden zahlreiche EU-Vorschriften von den genannten Staaten übernommen. Die SchweizerInnen wären eigentlich auch dabei, haben sich aber in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt entschieden - und müssen jetzt für jede Regelung eine einzelne Vereinbarung mit der EU und/oder den übrigen Staaten des EWR treffen.

Europäisches Jahr.../European Year of...

Eine manchmal sinnvolle, manchmal putzige Methode der Europäischen Kommission, das Augenmerk der Mitgliedsstaaten, der EU-Organe und/oder der EU-BürgerInnen ganz besonders auf ein bestimmtes Thema zu richten. Nicht immer führt die Übersetzung der Jahre in alle Amtssprachen zu befriedigenden Ergebnissen. Beispiele für Europäische Jahre sind das der Sprachen (2001), der Menschen mit Behinderungen (2003), der Erziehung durch Sport (2004), der Mobilität der Arbeitnehmer (2006), der Chancengleichheit für alle (2007), des interkulturellen Dialogs (2008) sowie der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut (2010). Ein eher inoffizielles Brainstorming erbrachte als weitere Vorschläge ein Europäisches Jahr der Zahnregulierung, der Vermeidung von Bürokratie, des Schutzes vor Passivrauchen durch Alkoholverbote und der Hebung des Bewusstseins und Kenntnisstandes über die Beschneidung von Jungen und Männern.

Europäisches Jugendforum/European Youth Forum (Youth Forum Jeunesse, YFJ)

1996 haben nationale Jugendringe aus ganz Europa und internationale nichtstaatliche Jugendorganisationen das Europäische Jugendforum gegründet, in dem derzeit 93 Organisationen mitarbeiten. Vorläuferorganisationen waren der Rat der Europäischen Jugendringe (CENYC), das Europäische Koordinierungsbüro der internationalen nichtstaatlichen Jugendorganisationen (ECB) und das Jugendforum der Europäischen Union (YFEU). Das Europäische Jugendforum arbeitet mit der Europäischen Union, dem Europarat und den Vereinten Nationen zusam-

men. Das Europäische Jugendforum neigt dazu den Sprachstil der Europäischen Union nachzuempfinden und arbeitet in englischer und französischer Sprache. Wie jede gute Lobbyorganisation hat es seinen Sitz in Brüssel. Die Generalversammlungen finden jedoch in ganz Europa zwischen Baku und Dublin statt. Website: www.youthforum.org.

Europäisches Jugendzentrum/European Youth Centre

Die beiden Europäischen Jugendzentren in Straßburg und Budapest sind die Bildungs- und Begegnungsorten des Europarates (vgl. auch → Europäische Jugendstiftung, → Jugend- und Sportdirektorat des Europarates). Hier finden Kurse und Seminare vor allem für die europäischen Jugendverbände statt, um ihre Arbeit und Kooperation auf europäischer Ebene zu unterstützen.

Europäisches Parlament, Europaparlament/European Parliament (EP)

Die Abgeordneten des Europaparlaments werden seit 1979 alle fünf Jahre durch die so genannten Europawahlen bestimmt, das nächste Mal im Frühjahr 2009. Von 1952 bis 1979 wurden die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEPs) von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten bestimmt. Hauptsitz des Parlaments ist Straßburg, weitere Sitzorte sind



Brüssel und Luxemburg. Seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens Anfang 2007 hat das Parlament 785 Abgeordnete, davon 99 aus Deutschland (vgl. → Demokratiedefizit der EU).

Europarat/Council of Europe (CoE)

Der Europarat wurde 1949 gegründet und umfasst heute 46 von 49 europäischen Staaten. Lediglich Weißrussland (Beitritt abgelehnt), die Vatikanstadt



(lediglich Beobachterstatus im Ministerkomitee, keine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen angestrebt) und Montenegro (Beitritt steht bevor) sind nicht dabei. Den Sitz in Straßburg - und sogar die → Europahymne und die → Europaflagge - teilt sich der Europarat mit der Europäischen Union. Dennoch gibt es keine institutionellen Verbindungen - außer der notorischen Verwechslung der Begriffe Europarat, Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union durch Europasprech-Laien oder PolitikerInnen ohne Sprechzettel.

Europatag/Europe Day

Um es nicht zu einfach zu machen, gibt es gleich zwei Europatage - und sie liegen nah beieinander. Der Europatag der Europäischen Union am 9. Mai erinnert seit 1985 an den Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman zur Schaffung einer Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl am 9. Mai 1950 als erste Etappe einer europäischen Zusammenarbeit. Der Europarat erinnert mit seinem Europatag am 5. Mai hingegen an seine eigene Gründung am 5. Mai 1949 in London. Wie wäre es denn angesichts des häufig sehr erfreulichen Wetters in weiten Teilen Europas zu dieser Jahreszeit im Zuge der weiteren europäischen Einigung mit fünf freien Tagen vom 05. bis zum 09. Mai zur Begegnung der BürgerInnen Europas?

Europawahlen/European elections

Bei den alle fünf Jahre stattfindenden Europawahlen werden die Abgeordneten des → Europäischen Parlaments gewählt, und zwar in jedem Mitgliedsland die im → Maastrichter Vertrag vorgesehene Anzahl von Abgeordneten nach dem Wahlrecht des Mitgliedsstaates. Auf EU-Ebene gibt es keine echte Gewaltenteilung. So wird die Kommission durch das Parlament lediglich bestätigt und kann das Europaparlament keine eigenen Gesetzesentwürfe einbringen. Die Macht des EP ist somit begrenzt, was - neben dem merkwürdigen Europasprech - ein wichtiger Grund für die niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist (vgl. → Demokratiedefizit der EU).

Europe Direct/Europe direct

Hier werden sie geholfen. Unter der EU-einheitlichen gebührenfreien Telefonnummer 00800 6 7 8 9 10 11 erreicht man freundliche in Brüssel arbeitende Menschen in 23 Sprachen und kann ihnen Fragen zur Europäischen Union stellen.

Europol/Europol

Europol ist die europäische Polizei. Sie beschäftigt sich vor allem mit dem Kampf gegen organisierte Kriminalität, Drogenhandel, Menschenhandel und -schmuggel, Terrorismus, Geldwäsche und Kinderpornographie auf internationaler Ebene. Die Zentrale sitzt im niederländischen Den Haag und wird lediglich durch den Rat der Europäischen Union kontrolliert. Diese mangelnde demokratische Kontrolle und der Beitrag zum Ausbau der → „Festung Europa“ haben Europol immer wieder in die Kritik gebracht.

EUROSTAT/EUROASTAT

Das Statistische Amt der Europäischen Union ist in Luxemburg beheimatet und erstellt Statistiken, Datensammlungen und Analysen für die EU-Organen und interessierte Organisationen und BürgerInnen der Mitgliedsstaaten. Website: www.epp.eurostat.ec.eu.int.

„Festung Europa“/”Fortress Europe“

Seit Anfang der 90er Jahre wird dieser Begriff zur Charakterisierung eines sich nach außen immer stärker abschottenden Europas gebraucht. Mechanismen der Abschottung sind beispielsweise eine verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen bei gleichzeitig wachsender Durchlässigkeit der Binnengrenzen (→ Schengen-Abkommen), die Intensivierung der gemeinsamen Asylpolitik (z.B. die Nichtaufnahme von Flüchtlingen, die aus so genannten sicheren Drittstaaten einreisen) oder Handelsbeschränkungen nach außen bei Intensivierung des Binnenmarktes nach innen. Auch für Beitrittsländer entstehen durch diese Mechanismen nicht nur Vorteile: So waren beispielsweise die Länder Mittel- und Osteuropas gezwungen neue Hürden für die Einreise von Ukrainern oder Russen zu errichten, um der EU beitreten zu können.

Flexicurity/flexicurity

Europasprech für eine Mischung aus flexibility (Flexibilität am Arbeitsmarkt und bei den Beschäftigungsverhältnissen) und security (soziale Sicherheit). Erfunden vom EU-Mitgliedsstaat Dänemark in den 1990er Jahren, das nach eigenen Angaben durch liberale Kündigungsschutzbestimmungen bei hohen Leistungen für Arbeitslose die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt hat. Teil des Konzepts ist eine aktive, aber auch mit Zwangsmaßnahmen arbeitende Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik mit möglichst passgenauen Qualifizierungsangeboten. Die Skandinavien geben gern noch flexible Arbeitszeiten und hilfreiche Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie dazu, damit das Menü insgesamt verträglich ist. Seit mehreren Jahren wird das Modell von PolitikerInnen anderer Länder unterschiedlicher Ausrichtung als europäische → Best Practice angesehen. Wie Finnland ein Wallfahrtsort für die schulische Bildung geworden ist, zieht Dänemark seit Jahren ArbeitsmarktexpertInnen an. Dabei werden jedoch häufig nur Einzelteile des gesamten Baukastens für die Diskussion instrumentalisiert, was nicht immer im Sinne der dänischen Köche ist. Voraussetzung für das Funktionieren ist übrigens eine insgesamt niedrige Arbeitslosigkeit, damit überhaupt genug Arbeitsplätze für das Jobhopping zur Verfügung stehen - und da fangen die Probleme der Übertragbarkeit schon an. Merke: Nur wenn man vom Brot nichts mehr sieht, ist ein Smørebød wirklich ein Smørebød. Ein Sandwich, eine Bemme oder ein Toastbrot sind etwas völlig Anderes.

Förderprogramm/Action Programme

Eigentlich ein Sammelbegriff für alle Fördermöglichkeiten der EU-Kommission. Es hat sich aber durchgesetzt, dass hierunter in erster Linie mehrjährige Programme mit längerfristig gültigen Richtlinien, wie z.B. → JUGEND IN AKTION (Laufzeit 2007 bis 2013) verstanden werden. Einjährige Programme inkl. solcher, die jedes Jahr neu aufgelegt werden, heißen im Gegensatz dazu dann → Haushaltslinien.

Formale Bildung, nicht-formale Bildung, informelle Bildung/formal education, non-formal education,**informal education**

Als formale Bildung gelten alle beabsichtigten, durch Lehrpläne, Überprüfungen und Abschlüsse strukturierten Bildungsprozesse im Rahmen der Schule, Berufsschule und Hochschule. Nicht-formale Bildung umfasst beabsichtigte Lernprozesse außerhalb der klassischen Bildungsinstitutionen, z.B. auf Seminaren von Jugendverbänden, auf Fortbildungen, Kursen oder Workshops. Informelles Lernen ist eher zufälliges, teilweise unbeabsichtigtes Lernen, z.B. auf Konferenzen, in Gruppen, im Selbststudium oder nebenbei im Alltag. Die Europäische Union hat den Wert der beiden letzten Bildungsprozesse in den letzten Jahren verstärkt erkannt und schließt sich damit der Erkenntnis der Jugendverbände an, dass

TILLS@mmans
SEDAN 1957

Bildung mehr ist als Schule... Wenn man also in der Schule Englisch lernt (oder trotz erteiltem Unterricht nicht lernt), handelt es sich um formale Bildung, geschieht das Ganze abends privat bei einem Bildungswerk (und gibt's dafür hinterher einen Bestätigung), handelt es sich um nicht-formale Bildung und lernt jemand Englisch ganz nebenbei während eines Freiwilligendienstes im Ausland, in einer Beziehung oder beim MTV-Gucken, so handelt es sich um informelle Bildung.

Formale Förderbedingungen/formal requirements for grants

Darüber kann man nicht diskutieren: Wer die formalen Förderbedingungen nicht einhält, also z.B. eine Unterschrift an der dafür vorgesehenen Stelle vergisst oder seine Antragsberechtigung nicht nachweist oder z.B. im Programm Jugend für Aktion die Vorgaben für das Alter oder die Gruppengröße nicht beachtet, der schließt sich damit selbst im Allgemeinen von der Förderung aus - und sein Antrag landet, wenn nicht im Papierkorb, so doch umgehend in der

Ablage für Anträge, die inhaltlich gar nicht erst weiter bearbeitet, geschweige denn bewilligt werden. Es gibt Programme, in denen sich so gleich über die Hälfte der Anträge von selbst erledigt. Schade um die viele Arbeit für die Antragsteller und ein praktisches erstes Auswahlkriterium zur Arbeitseinsparung in der Kommission oder in den → Nationalagenturen. Merke daher: Eine Missachtung formaler Förderbedingungen ist auf EU-Ebene meist nicht heilbar. Aus die Maus.

Freizügigkeit/free movement of persons

Jede EU-BürgerIn hat das Recht sich in jedem Mitgliedsstaat frei zu bewegen und aufzuhalten - jedenfalls fast. Richtlinien regeln in Ausgestaltung dieser → Grundfreiheit (→ Binnenmarkt) Näheres für SchülerInnen, Studierende, RentnerInnen und nicht Erwerbstätige. Dazu gehört auch der Grenzübergang ohne Kontrollen, der allerdings zunächst nur für die → Schengen-Staaten und noch nicht für die Beitrittsstaaten von 2004 und 2007 gilt. Einschränkungen gibt es aber vor allem bei der Freizügigkeit von Erwerbstätigen, die in einem anderen Land einer Berufstätigkeit nachgehen wollen: Hier gibt es Ausnahmen für den öffentlichen Dienst (mit hoheitlichen Befugnissen), aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit oder zum Schutz der Gesundheit und - wie kann es anders sein - Übergangsregelungen für die neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa, an denen vor allem Deutschland und Österreich mitgestrickt haben. Nach jetzigem Stand müssen diese Übergangsregelungen aber spätestens 2011 auslaufen.

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)/Common Agricultural Policy (CAP)

Der größte Teil der Ausgaben der EU fließt in diesen Politikbereich, der zeitweise geradezu zum Symbol für "Brüsseler Geldverschwendung" geworden ist und Worte wie „Butterberg“ und „Milchsee“ geprägt hat. Die heftige Kritik von allen Seiten hat zwar nicht zu einer völligen Abkehr von der weitgehend unterschiedslosen Subventionierung großer und kleiner Betriebe geführt, allerdings nach und nach Aspekte der Gesundheit, des Verbraucherschutzes und



Nina Bartz
Erkrath
19 Jahren

Europa ist für mich ein Haus voller Menschen unterschiedlicher Herkunft, die sich frei bewegen können, aber trotzdem nicht überall gleichermaßen erwünscht sind. Es ist nach innen ein Haus der Kommunikation und der Verständigung, nach außen eine Festung.

des Naturschutzes aufgewertet. Für die einen sind dies nur kosmetische Veränderungen, um das teure Gesamtsystem der Agrarsubventionen am Laufen zu halten, für die anderen sind dies bereits große Erfolge gegen die mächtige traditionelle Agrarlobby. Legendär sind neben Bauerndemos mit Traktoren und Mähdreschern in Brüssel vor allem umgeschüttete Gemüse- und Obstberge auf irgendwelchen Straßen in Europa - die besten Bilder stammen erfahrungsgemäß aus dem spanisch-französischen Grenzraum.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)/common foreign and security policy (CFSP)

Die GASP erblickte mit dem → Maastrichter Vertrag 1993 das Licht der Welt und ermöglichte der EU erst das Auftreten als eigener Player auf internationaler Ebene. 1999 wurde mit dem → Amsterdamer Vertrag der Wirkungsbereich vergrößert und der Hohe Vertreter für die GASP benannt (derzeit der Spanier Xavier de Solana Madariaga, kurz Xavier Solana). Der Rat der EU kann, allerdings nur einstimmig, eine gemeinsame Aktion, einen gemeinsamen Standpunkt oder eine gemeinsame Strategie beschließen. Zur GASP gehört auch die → Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die jedoch einen relativ nachgeordneten Charakter hat. Problematisch ist u.a. die mangelnde demokratische Kontrolle der gesamten GASP, zumal das Europaparlament in die-



Kai Niebert
27 Jahre
Hannover

Wir wollen in einem Europa leben, das nicht über wirtschaftliche Interessen, sondern über ein gemeinsames Denken, ein gemeinsames Streben nach sozialem Wohlstand und eine gemeinsame nachhaltige Zukunft die Herzen ALLER Europäer erreicht! Wir brauchen ein Engagement auf allen politischen Ebenen, das nicht nationale, sondern europäische Perspektiven einnimmt. Wir brauchen eine Bildung, die uns die Bedeutung einer europäischen Gemeinschaft verstehen und sie gestalten lässt. Und wir brauchen Mut zur Entwicklung der europäischen Idee.

sem Themenfeld lediglich Anhörungsrechte hat, aber nicht mitentscheiden kann.

Gemeinsame Ziele/Common Objectives

Eine Erklärung von relativ niedriger Verbindlichkeit auf EU-Papier. Dementsprechend viele „Gemeinsame Ziele“ gibt es. Als Folgemaßnahme zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas hat die EU-Kommission dem Rat beispielsweise „Gemeinsame Ziele, um die Jugend besser zu verstehen und mehr über sie zu erfahren“ vorgeschlagen. Das klingt zwar ein bisschen, als ob Jugendliche für den EU-Beschäftigten als solchen aus einer anderen Welt kämen, aber wenn es der Jugendforschung auf europäischer Ebene gut tut...

Gender Mainstreaming/gender mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet, dass in allen Phasen des politischen Prozesses - Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluation - der Geschlechterpers-

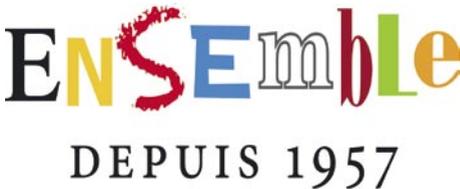
pektive Rechnung getragen wird. Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die EU hat Gender Mainstreaming bereits 1996 mit einer Mitteilung der Kommission „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“ und damit früher als die meisten nationalen Regierungen auf den Weg gebracht. Damals hieß es in gemäßigttem Europasprech und einer Übersetzung mittlerer Qualität: „Bei Gender Mainstreaming geht es darum, die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen, indem nämlich die etwaigen Auswirkungen auf die Situation der Frauen bzw. der Männer bereits in der Konzeptionsphase aktiv und erkennbar integriert werden („gender perspective“). Dies setzt voraus, dass diese politischen Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden... Die Maßnahmen zur Gleichstellung erfordern ein ehrgeiziges Konzept, das von der Anerkennung der weiblichen und der männlichen Identität sowie der Bereitschaft zu einer ausgewogenen Teilung der Verantwortung zwischen Frauen und Männern ausgehen muss.“ Im Jahre 2000 wurde eine weiterführende „Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern“ veröffentlicht. Rechtsgrundlage sind die Artikel 2 und 3 des EG-Vertrags sowie Artikel 23 (1) der Grundrechtscharta. Insgesamt hat die Europäische Union mit ihrem Engagement das Thema wirkungsvoll platziert und die Mitgliedsstaaten zu einer verstärkten Auseinandersetzung gebracht - kritikwürdig ist jedoch für viele die bürokratische Umsetzung des Themenbereichs auf europäischer Ebene, die die Wurzeln der Ungerechtigkeiten nicht wirklich erreicht haben. Ein zweites Problem ist, dass Gender Mainstreaming in die meisten der 22 nichtenglischen Amtssprachen mit „Gender Mainstreaming“ übersetzt wird.

Generaldirektion (GD)/Directorate-General (DG)

Ursprünglich quasi die Ministerien der EU. Jetzt ein Oberbegriff für in Brüssel angesiedelte thematische und einem Kommissar zugeordnete Arbeitseinheiten und weitere Stabsstellen, die zum Teil an anderen Orten angesiedelt sind, wie z.B. → EUROSTAT in Luxemburg. Derzeit gibt es 37 GDs.

Good Governance (Gutes Regieren)/Good Governance

Fast unübersetzbarer Europasprech-Begriff für ein gutes Steuerungs- und Regelungssystem eines Staates oder einer Kommune. Das Konzept ist 1980 bei der Weltbank als Antwort auf negative Folgen ihrer eigenen Strukturanpassungsprogramme entstanden. Elemente von Good Governance sind daher vor allem Transparenz, Effizienz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, aber auch Marktwirtschaft. Somit ist das Konzept keinesfalls richtungslos, da es tendenziell zur Entstaatlichung neigt und stark auf die Steuerung durch den Markt setzt. Auch die EU verwendet den Begriff zunehmend...

**Grünbuch/Green Paper**

Grünbücher werden von der EU veröffentlicht, um Denkanstöße zu einem Thema zu geben. Sie richten sich an Verbände, Organisationen und Einzelpersonen, die zur Teilnahme an einem Konsultationsprozess eingeladen werden sollen. Werden in diesem Prozess Rechtsvorschriften erarbeitet, werden diese später ggf. in einem → Weißbuch erläutert. Jüngste Beispiele sind die Grünbücher „Unternehmergeist in Europa“ (2003), „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (2005) oder „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ (2006).

Grundfreiheiten/Four Freedoms

Die vier Grundfreiheiten der EU, also der freie Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, sind der Kern des Europäischen Binnenmarktes. Bei der Umsetzung behilflich sind u.a. das Prinzip der Nichtdiskriminierung, das die Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verbietet (vgl. → Diskriminierungsverbot), das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, nach dem die Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats in ihrer Wirkung den inländischen Rechtsvorschriften gleichzusetzen sind (vgl. → Cassis-de-Dijon-Urteil) sowie die „Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist“.

Grundrechtecharta

Die Grundrechtecharta enthält die Rechte und Freiheiten der in der EU lebenden Menschen. Sie wurde während des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza unterzeichnet und feierlich verkündet. Ihre Integration in die Verträge der Europäischen Union steht noch aus. Die Grundrechte teilen sich in die sechs Kapitel Würde des Menschen, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte sowie Justizielle Rechte auf. Sie knüpfen an die Europäische Menschenrechtskonvention, die Verfassungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die → Europäische Sozialcharta des Europarates und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer an. Neu ist, dass die Charta den EU-BürgerInnen ein „Recht auf eine gute Verwaltung“ garantiert. Sie haben also einen Anspruch darauf, dass ihre Angelegenheiten von den Institutionen der Europäischen Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden. Ferner hat jede Person das Recht, gehört zu werden und die sie betreffenden Akten einsehen zu dürfen.

Grundsatzpapier/policy paper

Der englischsprachige Europäer unterscheidet zwischen langfristig angelegten „policies“ und kurzfristigeren „politics“. Hier geht es ums Grundsätzliche: Eine Organisation beschreibt ihre grundsätzliche Haltung oder Herangehensweise an ein Themengebiet.



Man könnte es als eine Perspektive beschreiben, die unterscheidet zwischen „Politik bis zur nächsten Wahl“ (→ Positionspapier) und „Politik für die Zukunft“, für die sich ein Grundsatzpapier anbietet.

Harmonisierung/harmonization

Damit nicht jeder Mitgliedsstaat machen kann, was er will, und dabei womöglich den Gemeinsamen Markt stören könnte, neigt die EU zur Harmonisierung von ziemlich vielen Regelungen und der Beschaffenheit von Dingen. Legendär, aber gar nicht so zutreffend, sind die angeblichen Vorschriften zum Krümmungsgrad von Bananen oder Gurken - es han-



delt sich „nur“ um eine Einteilung in Handelsklassen, was dem unkomplizierten Warenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten dienen soll. Meist erlässt der Rat nach der üblichen Beteiligung der anderen EU-Organen einstimmig Richtlinien, die zur Rechtsangleichung auf EU-Ebene führen. Mitgliedsstaaten, die z.B. Namen und Herkunftsbezeichnungen für bestimmte Produkte oder andere nationale Eigenheiten retten wollen, teilen dies der Kommission mit und ermuntern die Verbände ihres Landes zu einem intensiven → Lobbying bei der EU.

Haushaltlinie/budget line

Im deutschen Europaspreech häufig auch entweder *Budgetlinie* (leicht französisch auszusprechen) oder gleich *budget line* (englisch auszusprechen). Jede Fördermöglichkeit hat eine Nummer, nämlich die einer Haushaltlinie, und bezieht sich zunächst nur auf ein Haushaltsjahr. Die EU arbeitet allerdings häufig mit mehrjährigen Richtlinien. Solche Haushaltlinien heißen dann Programme (z.B. → Jugend in Aktion mit einer Gültigkeit von 2007 bis 2013). (Vgl. → Förderprogramme)

Implementation, Implementierung/implementation

Die EU unterstützt zahlreiche Modellprojekte oder experimentelle Vorhaben, deren Ergebnisse anschließend in möglichst allen Mitgliedsstaaten in die Politik, Forschung, Praxis oder gar den Alltag der BürgerInnen einfließen sollen, also in den Mitgliedsstaaten implementiert werden sollen. Daher nicht nur ein Europaspreech-Zauberwort für Förderanträge, sondern auch ein geschickter Ausweg der EU in Feldern, in denen sie keine Rechtsakte erlassen kann. Korrekteres Deutsch ist Implementierung, korrekteres Denglisch Implementation.

Internationale Nichtregierungsjugendorganisation/ International Non-Governmental Youth Organisation (INGYO)

INGYOs setzen sich i.A. aus nationalen Mitgliedsorganisationen zusammen, die der gleichen Bewegung angehören oder sich von ihrer Ausrichtung und Thematik her miteinander verbunden fühlen. Beispiele sind der Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen IUSY, die Weltorganisation der Pfadfinder WAGGGS oder die Naturfreundejugend Internationale (NFJI).

INTERREG/INTERREG

Das regionalpolitische Förderprogramm der EU ist Teil des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE. Gefördert wird die Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Europa, z.B. bei gemeinsamen Infrastrukturvorhaben oder der Kooperation im Bereich des Umweltschutzes. Die vierte Auflage (INTERREG IV) läuft von 2007 bis 2013 (vgl. → Strukturfonds).

JUGEND IN AKTION/YOUTH IN ACTION

Das EU-Programm JUGEND IN AKTION besteht aus fünf → Aktionslinien und fasst die Förderprogramme für Jugendorganisationen und einzelne Jugendliche einschließlich des → Europäischen Freiwilligendienstes zusammen. Das aktuelle Programm ist Anfang 2007 in Kraft getreten, läuft bis 2013 einschließlich und ist mit 885 Mio. Euro ausgestattet.



Jugend- und Sportdirektorat des Europarats/Directorate of Youth and Sport (DYS) of the CoE

Die verschiedenen Arbeitseinheiten des Europarats sind in Straßburg angesiedelt, so auch das Jugend- und Sportdirektorat, bei dem auch die Zuständigkeiten für die beiden → Europäischen Jugendzentren und die → Europäische Jugendstiftung angesiedelt sind.



Jugendforschung/youth research

Europa bekennt, dass es mehr über die Jugend wissen will, u.a. im Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend in Europa“ (2001). Mit Hilfe der → Offenen Methode der Koordinierung (OMK) sollen die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen für eine EU-Jugendforschung bzw. für einen Austausch über den Stand der Jugendforschung in den Mitgliedsstaaten geschaffen werden, da die Zuständigkeit zunächst bei den Mitgliedstaaten liegt. Man darf also gespannt sein, wie und vor allem in welchem Tempo sich EU und WissenschaftlerInnen - beide nicht gerade für schnelle Ergebnisse bekannt - koordinieren werden.

Jugendpolitik/youth policy

Wichtige Elemente der Europäischen Jugendpolitik sind die regelmäßigen Treffen der JugendministerInnen der Mitgliedsstaaten, die Förderprogramme mit besonderem Bezug zu Jugendlichen (z.B. → JUGEND IN AKTION) und die Zusammenarbeit der EU mit dem → Europäischen Jugendforum und weiteren Nichtregierungsorganisationen im Jugendbereich. Ein zentrales Dokument ist das → Weißbuch "Neuer Schwung für die Jugend in Europa" (2001). Außerdem gibt es zahlreiche Programme der EU, die besonders Jugendlichen zugute kommen, aber beispielsweise im Bildungsbereich angesiedelt sind (z.B. → ERASMUS).

Jugendrat, Jugendring/youth council

Ein Jugendrat ist die Vertretung der Jugendorganisationen auf einer bestimmten politischen Ebene - vom Stadtjugendring bis zum Europäischen Jugendforum. Die → nationalen Jugendringe (nicht nur) der EU-Mitgliedsstaaten sind im → Europäischen Jugendforum vertreten - gemeinsam mit den → Internationalen Nichtregierungsjugendorganisationen.

Kabinettnett

Während in Deutschland die Ministerrunde als Kabinettnett bezeichnet wird, also die gesamte Bundes- oder Landesregierung, meint das Wort in Brüssel das Zusammentreffen der engsten hochrangigen Mitarbeiter eines einzelnen Kommissars. Daher gibt es ein Kabinettnett Verheugen, ein Kabinettnett Reding usw.

Kabotage/cabotage

Europasprech für die Beförderungsleistung eines Verkehrsunternehmens innerhalb eines anderen Landes, in dem es nicht seinen Sitz hat. Seit Ende der 90er-Jahre dürfen Luft- und Straßenverkehrsunternehmen auch innerhalb anderer Länder Verkehr anbieten - es herrscht also Kabotagefreiheit.

Kerneuropa/core Europe

Inoffizieller Begriff für die Staaten, die (oft gemeint: unter der Führung von Deutschland und Frankreich und insbesondere in Abgrenzung vom europaskeptischen Großbritannien) im Prozess der Europäischen Integration voranschreiten (→ Europa der zwei/ unterschiedlichen Geschwindigkeiten, → Opting-Out). Folgende Staaten sind derzeit EU-Mitglieder, NATO-Mitglieder, Schengenstaaten und haben den Euro eingeführt: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Slowenien und Spanien.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), small and medium enterprises (SME)

Europasprech für „Klein- und mittelständische Unternehmen“ oder „kleine und mittlere Unternehmen“. Sie erhalten den größten Teil der Mittel aus den EU-→ Strukturfonds, umfassen allerdings auch ca. 99 % aller Unternehmen in der EU. By the way



- man kann es nicht oft genug sagen: Ein Fonds heißt auch in der Einzahl *Fonds*; ein *Fond* ist eine gute Suppengrundlage.

Kofinanzierung/co-financing

In vielen → Förderprogrammen gibt Europa nicht das ganze Geld, sondern geht davon aus, dass neben Eigenmitteln eine Kofinanzierung erfolgt. Diese kann beispielsweise durch den Bund, die Länder oder Kommunen geschehen und bietet der EU die Sicherheit, dass die Aktivitäten auch in den Mitgliedsstaaten gewollt und unterstützt werden. Macht die EU das Vorliegen einer Kofinanzierung zur Fördervoraussetzung, sichert sie sich gleichzeitig in gewisser Weise ab, da sie davon ausgeht, dass die Antragsteller vor Ort bekannt sind und dort besser eingeschätzt werden kann, ob sie seriös sind. Dennoch ersetzt diese Bedingung i.A. nicht die Zusendung von ausführlichen Informationen über die Finanzsituation, Jahresabschlüssen der Vergangenheit und sonstigen Nachweisen für eine ordnungsgemäße Arbeit des jeweiligen Trägers. Auch ist es nicht immer leicht, dass die Mittel für denselben Zeitraum zur Verfügung stehen, da die Arbeitsweise von Behörden in Bezug auf zeitliche Abläufe eher dem Zufallsprinzip unterworfen zu sein scheint. Probleme können auch dann auftreten, wenn ein kompetenter, aber kritischer Antragsteller den Behörden ein Dorn im Auge ist und daher eine Kofinanzierung vor Ort abgelehnt wird.

Kohäsion, Kohäsionsfonds/cohesion, cohesion fund

Kohäsion ist Europasprech für Zusammenhalt und zielt auf eine möglichst ausgewogene Verteilung von Wohlstand, Lebenschancen und Zugängen zu Information, Bildung und sonstigen Ressourcen. 1993 wurde der Kohäsionsfonds eingerichtet, aus dem Vorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehrsinfra-

struktur finanziert werden. Förderbereiche sind der Umweltschutz (entsprechend dem Umweltaktionsprogramm) einschließlich der Förderung der nachhaltigen Entwicklung sowie der Verkehrsbereich inkl. der transeuropäischen Verkehrsnetze (vgl. → Trans-europäische Netze). Der Fonds soll die Konvergenz (etwa „Annäherung“) der EU-Staaten unterstützen. Daher erhalten nur Regionen, deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprojekt unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt, eine Unterstützung aus dem Fonds. Für einen Übergangszeitraum erlauben die derzeit (2007 bis 2013) gültigen Regelungen auch die Förderung von Gebieten, die sonst nur aufgrund des so genannten statistischen Effekt durch die EU-→ Osterweiterung aus der Förderung herausgefallen wären.

Komitologie/Comitology

Quasi eine europäische Doppelstrategie der besonders trickreichen Art: Komplizierte Dinge noch komplizierter benennen. Komitologie ist **nicht** wirklich die Lehre davon, wer in der EU für was zuständig ist. Das ist mit wissenschaftlichen Methoden auch nicht sinnvoll zu erfassen. Dennoch ist „Ausschusslehre“ eine halbwegs sinnvolle Übersetzung, allerdings bei der EU nur zugeschnitten auf einen ganz speziellen Bereich: Dieser Kandidat für das Europasprech-Untwort beschreibt das Recht der EU-Kommission sich ihr Gremium zur Überwachung der Arbeit in einem bestimmten Sektor selbst auszusuchen - oder zumindest seine Befugnisse zu bestimmen. Die drei möglichen Varianten (Unterformen wie die Filet- oder die Contre-Filet-Variante einfach mal ausgespart) sind - sortiert nach ansteigenden Mitwirkungsmöglichkeiten des Gremiums - der Beratende Ausschuss, der Verwaltungsausschuss oder der Regelungsausschuss. Man muss das übrigens nicht im Einzelnen verstehen. Zurzeit existieren ca. 250 Komitologie-Ausschüsse!

Kommissar/commissioner

Die 27 Mitglieder der EU-Kommission heißen Kommissare. Die Kommission besteht zurzeit aus einem Kommissar aus jedem Mitgliedsland, darunter der Präsident der Kommission, zurzeit José Manuel Barroso und vier Vizepräsidenten, darunter Günter Verheugen aus Deutschland. Die Kommissare haben

bestimmte Aufgabenbereiche und sind daher mit den Ministern auf nationaler Ebene vergleichbar. Statt einem Ministerium unterstehen ihnen jedoch eine oder mehrere → Generaldirektionen.

Konvergenzkriterien/convergence criteria

Im → Maastrichter Vertrag haben die Mitgliedsstaaten sich auf Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt. Wer beim Euro mitmachen will, muss eine anhaltende Preisstabilität nachweisen, darf kein zu hohes Haushaltsdefizit haben, nicht für Wechselkursschwankungen in den letzten beiden Jahren verantwortlich sein und sein Zinssatz darf nicht mehr als 2 % über dem der EU-Staaten mit hoher Preisstabilität liegen. Diese Kriterien dienen zur Absicherung des Euro als eine möglichst stabile und zuverlässige Währung im weltweiten Handels- und

les Recht umsetzen. Weitere Kriterien sind u.a. die institutionelle Stabilität, also die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen eines Staates, eine funktionsfähige Marktwirtschaft und eine Aufnahme-fähigkeit seitens der EU selbst, die beispielsweise in Bezug auf eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei diskutiert wird.

Lebenslanges Lernen/LifeLong Learning (LLL)

Dieses Konzept will Menschen befähigen und motivieren, über ihre gesamte Lebensspanne hinweg Lernerfahrungen zu suchen und zu nutzen. Es ist zu einem beliebten Schlagwort geworden, wird aber oft auf ökonomisch verwertbare Lerninhalte eingegrenzt und als Forderung auch an benachteiligte Menschen gerichtet, die einen schlechteren Zugang zu Bildung haben. Dann kann das an sich sinnvoll Konzept - ohne Veränderung der Rahmenbedingungen - auch zu neuer Ausgrenzung beitragen.

LEONARDO DA VINCI/LEONARDO DA VINCI

Das EU-Programm LEONARDO umfasst die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die EU unterstützt Ausbildungspartnerschaften und grenzüberschreitende Pilotobjekte zwischen Einrichtungen der beruflichen Bildung, Behörden, Unternehmen und Universitäten. Es ist seit Anfang 2007 im → Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen der EU enthalten.

Letter of Commitment, Letter of Endorsement, Letter of Intent, Letter of Support

Diese Dokumente dienen dazu, die Unterstützung eines Vorhabens durch Förderer oder die Mitwirkung durch Partner zu belegen. Ein Letter of Intent wird vor allem dann verlangt, wenn mehrere Partnerorganisationen aus verschiedenen EU-Staaten sich an einem gemeinsamen Projekt beteiligen, für das eine Organisation die Koordinierung übernimmt und den Gesamtantrag stellt.

LIFE+

Das wichtigste europäische Umweltförderprogramm umfasst für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ein Gesamtbudget von 1,95 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte



Friedrich Köckert
23 Jahre
Berlin

Europa bedeutet einen gegenseitigen Austausch und ein Zusammentreffen mit Menschen aus verschiedenen Ländern als alltägliche Erfahrung.

Zahlungsverkehr. Zurzeit haben 13 Staaten die Kriterien erfüllt und den Euro eingeführt. Dänemark, Schweden und Großbritannien wollen den Euro derzeit nicht einführen (vgl. → opting-out und → Europa à la carte).

Kopenhagener Kriterien/Copenhagen criteria

Wer eine Eintrittskarte in die EU lösen will, benötigt nicht nur eine Zustimmung aller Parlamente der Mitgliedsstaaten, sondern muss vor dem tatsächlichen Beitritt die Kopenhagener Kriterien erfüllen und u.a. dem → aquis communautaire Gültigkeit verschaffen, also z.B. Tausende von Vorschriften in nationa-



te davon, ca. 800 Millionen Euro, soll für den Schutz gefährdeter Arten und Lebensräume eingesetzt werden und bildet die finanzielle Basis für die Umsetzung des europäischen Natura-2000-Netzwerkes. Seit 2007 umfasst LIFE+ auch die Förderprogramme für NGOs und nachhaltige Stadtentwicklung.

Lissabon-Strategie, Lissabon-Prozess/Lisbon strategy, Lisbon process

Die Lissabon-Strategie oder der Lissabon-Prozess aus dem Jahr 2000 soll die EU innerhalb von zehn Jahren, also in Kürze endend, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Die EU will dabei „im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt sein.“ Neben Innovation als Motor für Wirtschaftswachstum setzt die EU dabei auf Europa als Wissensgesellschaft und auf soziale



Kohäsion und Umweltbewusstsein. Kohäsion ist Europasprech für den inneren Zusammenhalt eines Landes oder der EU (vgl. → Kohäsionsfonds). Scheint übrigens nicht so ganz zu klappen... Übrigens. Der → Europäische Pakt für die Jugend ist die „Jugenddimension“ der Lissabon-Strategie.

Lobbyarbeit/lobbying

Das Wort Lobbying kommt von der Wandelhalle („lobby“) des amerikanischen Kongresses, in der man früher informelle Gespräche mit Abgeordneten führte. Lobbying richtet sich auf EU-Ebene sowohl auf Beamte der EU-Kommission als auch auf die Mitglieder des Europäischen Parlaments. LobbyistInnen vertreten - häufig mit einem eigenen Sitz in Brüssel - die Interessen eines Unternehmens, eines Verbands oder einer Nichtregierungsorganisation. LobbyistIn-

nen, die zu den Gesprächen Informationen mitbringen, haben häufig besonders gute Chancen ihre Interessen auf EU-Ebene anzubringen, da für spezielle Fragen trotz des großen MitarbeiterInnenstabs der EU häufig nur wenige Beamte zuständig sind. Derzeit plant die Europäische Kommission - zunächst auf freiwilliger Basis - eine Registrierung der LobbyistInnen, um die Transparenz der Einflussnahme auf Entscheidungen der EU zu erhöhen.

Maastrichter Vertrag/Maastricht Treaty

Der 1993 in Kraft getretene Maastrichter Vertrag hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft formal zur Europäischen Union gemacht. Dieser Schritt überwiegend symbolischer Natur hat dennoch eine große Strahlkraft und hat die EU zu einer noch stärkeren politischen Union werden lassen. So wurde die → Unionsbürgerschaft eingeführt und die → Freizügigkeit von den Erwerbstätigen auf alle EU-BürgerInnen ausgedehnt. Weiterhin wurde der → Ausschuss der Regionen eingerichtet und - wie eigentlich bei jedem Vertrag - das Europäische Parlament (etwas) gestärkt. Dann wurde - sehr umstritten - die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik etabliert und eine Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik vereinbart, z.B. in Bezug auf Grenzkontrollen, die Asylpolitik oder die Terrorismusbekämpfung. Der Maastrichter Vertrag wurde durch den 1999 in Kraft getretenen → Amsterdamer Vertrag ergänzt und erweitert. Königin Beatrix und Helmut Kohl finden sich übrigens auf beiden Familienfotos...

MdEP (Mitglied des Europäischen Parlaments)/MEP (member of the European Parliament)

Eines von 785 Mitgliedern des Europaparlaments, im Deutschen also landläufig eine R von 99 deutschen (oder 18 österreichischen) Europaabgeordneten.

Migrationspolitik, Asylpolitik, Einwanderungspolitik/migration policy, asylum policy, immigration policy

Dieses Themenfeld ist erst durch das Schengener Abkommen und den Wegfall der Personenkontrollen an immer mehr EU-Binnengrenzen in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union gerückt. Zunächst gab es nur eine EU-Migrationspolitik inner-



Ολομ@τι

ΑΠΟ ΤΟ 1957

halb der dritten Säule (Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik) des → Maastrichter Vertrags, dann folgte die Migrations- und Asylpolitik, die durch den → Amsterdamer Vertrag in die Erste Säule, also die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft überführt wurde. Großbritannien, Irland und Dänemark sind nicht an der einheitlichen Asylpolitik beteiligt (vgl. → opting-out). 2004 wurden z.B. gemeinsame Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsausbildung oder eines Freiwilligendienstes verabschiedet. Weiterhin hat die EU gemeinsame Listen visumpflichtiger Staaten und sicherer Drittländer, in die abgeschoben werden darf, erstellt. Der Schwerpunkt der Migrationspolitik liegt auf einer strengen Migrationskontrolle und einer Abschottung der EU-Außengrenzen (→ „Festung Europa“).

Millenniumsentwicklungsziele/Millennium Development Goals (MDGs)

Auf der UN-Generalversammlung 2000, dem so genannten Millenniumgipfel, wurde die Millenniumserklärung mit grundsätzlichen und verpflichtenden Zielsetzungen für die UN-Mitgliedsstaaten zur Armutbekämpfung verabschiedet. 2001 erstellte eine Arbeitsgruppe aus dieser Erklärung die acht so genannten Millenniumsentwicklungsziele: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, Grundschulbildung für alle Jungen und Mädchen, Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, Reduzierung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern, Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit sowie der Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft. Auch auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg wurden die Millenniumsentwicklungsziele in den

Aktionsplan aufgenommen. Die Umsetzung der Ziele scheint jedoch zu scheitern. Auch die EU hat mehrfach ihren Beitrag zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele beschrieben.

Mitentscheidungsverfahren, Kodezisionsverfahren/co-decision procedure

Dieses Verfahren für eine gemeinsame Entscheidungsfindung des → Rats der Europäischen Union und des → Europäischen Parlaments wurde mit dem → Maastrichter Vertrag eingeführt und durch den → Amsterdamer Vertrag und den → Vertrag von Nizza auf weitere Themengebiete ausgedehnt. Es beschreibt eines der Gesetzgebungsverfahren innerhalb der EU und wird für die Bereiche angewendet, in denen im Rat der Europäischen Union mit einer → qualifizierten Mehrheit abgestimmt wird. In dem einen großen Teil des Budgets umfassenden Bereich der Landwirtschaft ist die Mitwirkung des Europaparlaments jedoch auf eine bloße Anhörung begrenzt. Das Mitentscheidungsverfahren hat die Rolle des Europaparlaments dennoch deutlich gestärkt (vgl. → Demokratiedefizit), jedoch auch die zeitlichen Abläufe nicht gerade beschleunigt (i.A. Erste Lesung, Zweite Lesung, Vermittlungsverfahren, Dritte Lesung). Im → Europäischen Verfassungsvertrag ist die Ausdehnung des Verfahrens auf weitere Themengebiete und die Umbenennung in „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“ vorgesehen. Ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments ist jedoch weiterhin nicht vorgesehen.

Mobilität/Mobility

Europasprech-Zauberwort für (vor allem) die räumliche Mobilität, also wahlweise die Möglichkeit zur möglichst schnellen Bewegung innerhalb der EU oder zum möglichst unbeschwertem Umzug innerhalb der EU, für die soziale Mobilität, also den möglichst erleichterten Aufstieg (leider oft auch den Abstieg) im Berufsleben oder der Ausbildung, für die virtuelle Mobilität, also den möglichst reibungslosen und unkomplizierten Austausch von Informationen vor allem über das Internet und für die Mobilität von Menschen mit Behinderungen im Sinne der Barrierefreiheit. Merke: Die Förderung der Mobilität gehört



in quasi jeden Förderantrag und dient immer dem guten, wahren und schönen Europa von Morgen.

MOE-Staaten/CEE countries

Innerhalb der EU umfassen die Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Einige Förderprogramme der EU richten sich gezielt auf diese Ländergruppe, die 2004 bzw. 2007 der EU beigetreten ist.

Nachhaltigkeitsstrategie der EU/EU Sustainable Development Strategy (SDS)

Nachhaltige Entwicklung will den ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Strategie der Nachhaltigkeit verfolgt das dreifache Ziel einer wirtschaftlich effizienten, sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung. Im Mai 2001 hat die Europäische Union eine Strategie für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, die im Jahr 2005 erstmals überprüft wurde. Kritisiert wird, dass es keine Nachhaltigkeitspolitik der EU aus einem Guss gibt und die Durchsetzungskraft der Strategie gegenüber ökonomischen Interessen selbst innerhalb der EU-Institutionen schwach ist. Daher wird bezweifelt, ob den vielen warmen Worten auch ausreichend Taten folgen werden - ein grundsätzliches Problem einer nachhaltigen Politik - nicht nur bei der EU.

National Coalition

In der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland haben sich derzeit rund 90 bundesweit tätige Organisationen und Initiativen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammengeschlossen mit dem Ziel, die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland bekannt zu machen und ihre Umsetzung in Deutschland voranzubringen. Alle EU-Mitgliedsstaaten haben die Konvention unterschrieben, so dass auch die EU eigene Maßnahmen zur Umsetzung dieses völkerrechtlich verbindlichen Dokuments ergriffen hat.

Nationalagentur, Nationale Agentur/national agency

Viele Förderprogramme der EU werden in den Mitgliedsstaaten selbst von durch die EU beauftragten Nationalagenturen (auch: Koordinierungsstellen, Agenturen, Unterstützungsstellen o.ä.) verwaltet. Sie haben unterschiedlich weit reichende Kompetenzen - von der reinen Beratung bis zur Bewilligung von Zuschüssen. Vorteil ist die direktere Erreichbarkeit in der Landessprache, Nachteil die gelegentlichen Zeit- und Reibungsverluste in der Kommunikation zwischen Brüssel und den Agenturen. Die Nationalagentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION ist beispielsweise im deutschen Büro Jugend für Europa beim IJAB, der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, in Bonn angesiedelt. So einfach ist das.



Nationaler Aktionsplan/National Action Plan

Aus vielen internationalen Abkommen ergibt sich für die Unterzeichnerstaaten die Verpflichtung nationale Aktionspläne aufzustellen und ggf. von der internationalen Ebene genehmigen oder kommentieren zu lassen. Auch die EU nutzt dieses Instrument zur Disziplinierung der Mitgliedsstaaten. Es hängt stark von der Begleitung der Umsetzung und der Berichterstattung in den Mitgliedsländern - vor allem durch Parlamentarier und Nichtregierungsorganisationen - ab, ob die Auseinandersetzung im Wesentlichen im Austausch von größeren Papiermengen besteht oder eine öffentliche und politische Wirkung entfaltet. So haben die Staats- und Regierungschefs beispielsweise beim Europäischen Gipfel im März 2000 in Lissabon die Erstellung von Nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (NAP'incl) zu erarbeiten.

Nationaler Jugendring/National Youth Council (NYC)

Eine solche gemeinsame Vertretung der Jugend-



organisationen auf nationaler Ebene gibt es in fast jedem europäischen Land. Die Vertretung der deutschen Jugendorganisationen auf multilateraler und damit auch auf EU-Ebene wird durch das Deutsche Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit (DNK) wahrgenommen, in dem der Deutsche Bundesjugendring, der Ring Politischer Jugend und die Deutsche Sportjugend zusammenarbeiten. Diese etwas komplizierte Struktur ist eine Folge der Wiederentstehung der deutschen Jugendverbände nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Wunsch der Alliierten die parteipolitischen von den überparteilichen Jugendverbänden zu trennen.

Natura 2000/Natura 2000

Das länderübergreifende Schutzgebietssystem der EU wird als Natura 2000 bezeichnet. Es besteht aus „Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung“ und „besonderen Schutzgebieten“ im Rahmen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie von 1992 oder „Vogelschutzgebieten“ im Rahmen der Vogelschutzrichtlinie von 1979. Ziel sind möglichst zusammenhängende und miteinander vernetzte (auf Europasprekch also „kohärente“) Schutzgebiete in der ganzen EU zur Förderung der Artenvielfalt, des Naturschutzes und des ökologischen Gleichgewichts. Es war übrigens keineswegs so, dass bis zum Jahr 2000 alle Schutzgebiete pflichtgemäß bei der EU angemeldet waren - in Deutschland kam, wie so oft, ein lustiges Katz- und Mausspiel zwischen Bund und Ländern hinzu, obwohl die Ausweisung der Schutzgebiete seit 1998 im Bundesnaturschutzgesetz rechtsverbindlich vorgeschrieben ist. Teilweise wurden drohende Strafzahlungen durch die Bundesländer nur um wenige Tage oder Stunden verhindert...

Nettozahler/net payer

Ein EU-Mitgliedsstaat gilt als Nettozahler, wenn er mehr für den EU-Haushalt einbezahlen muss, als er durch Subventionen und Zuschüsse wieder zurückerhält. Da die EU keine eigenen Steuern erhebt, achten die Mitgliedsstaaten stark auf ein angemessenes Verhältnis von finanziellen Pflichten und Nutzen im Verhältnis zur EU. Andererseits steht der Begriff auch für manche Polemik gegen Europa, da selbst



Ignas Ceuppens
18 Jahre
Herentals, Belgien

Europa ist wie ein großer Spielplatz für mich: Freunde sind über den ganzen Platz verteilt und in jeder Ecke gibt's irgendwas Lustiges auszuprobieren.

die Nettozahler deutlich stärker von der europäischen Einigung profitieren als sie im Saldo an die EU verlieren.

Nicht-formale Bildung/non-formal education

→ Formale Bildung

(Nicht)organisierte Jugend(liche)/(non-)organised youth

Zunehmend bedeutsame Unterscheidung bei der Formulierung von Zielgruppen für Jugendprogramme und -aktivitäten auf EU-Ebene und zunehmend auch in Deutschland. Die Trennung dieser beiden Gruppen ist alles andere als eindeutig oder zielgenau, da beispielsweise das Mitglied eines Sportvereins zwar für den Sportbereich ein organisierter Jugendlicher ist, dies aber wenig über sein gesellschaftliches Engagement, seine Mitgliedschaft in anderen Jugendverbänden oder seine Nutzung von Angeboten der Jugendhilfe aussagt. Derzeit stehen die EU-Institutionen eher auf die Einbeziehung nichtorganisierter Jugendlicher, da sie glauben, so junge Menschen aus allen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Milieus zu erreichen - wie gesagt, etwas holzschnittartig gedacht. Gut gemeint, aber nicht unbedingt gut gemacht.

Nordische Dimension/Nordic dimension

Dieses von Schweden, Dänemark und Finnland erfundene und mit finanziellen Mitteln der EU ausgestat-



tete Programm erstreckt sich inzwischen auch auf Polen und die baltischen Staaten, die Partnerländer Island und Norwegen sowie Nordwestrussland und das Kaliningrader Gebiet. Über den Ostseerat ist Deutschland auch ein bisschen dabei, zumindest mit Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Und es geht nicht, wie man vielleicht denken könnte, um den Austausch von Tipps zur Lachsaufzucht, Kabeljautrocknung (lecker, am besten in Portugal kaufen!) oder Senkung von Handytarifen (wird auch Zeit!), sondern um den gesamten Handel und Verkehr sowie einen intensiven Austausch in vielen Themenfeldern zwischen den Ländern rund um die Ostsee.



Theresa Klein
21 Jahre
Apfelstätt

Europa ist 50 Jahre alt und an Solidarität, Gerechtigkeit und Toleranz gewachsen – Europa ist für mich offen für neues Leben.

NUTS/NUTS

Going, getting oder being nuts sind im Zusammenhang mit Europasprech zwar naheliegende Begriffe, aber hier geht es um statistische Regionen: Der Begriff NUTS (Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques) stammt aus der Frühzeit der EG, als französische Abkürzungen noch viel gebräuchlicher waren. 1981 hat → EUROSTAT drei verschiedene Niveaus (NUTS 1 bis 3) entwickelt, nach denen die Mitgliedsländer die Aufteilung ihres Landesgebietes zu statistischen und Förderzwecken vornehmen sollen. So ist denn jedes Mitgliedland in mehrere NUTS-1-Regionen unterteilt und diese Regionen ihrerseits in mehrere NUTS-2-Regionen usw. NUTS-1-Regionen umfassen Gebiete mit 3 bis 7 Millionen Einwohnern, also mehrere EU-Mitgliedsstaaten in ihrer Gänze.

NUTS-2-Regionen umfassen 800.000 bis 3 Mio. Einwohner - auch hier sind einige Mitgliedsstaaten noch in ihrer Gänze erfasst. NUTS-3-Regionen schließlich umfassen als Richtgröße 150.000 bis 800.000 Einwohner. Soweit die Theorie. In Deutschland entsprechen die NUTS-1-Regionen der Einfachheit halber den 16 Bundesländern. Die NUTS-2-Regionen decken sich in sieben Bundesländern ebenfalls mit den NUTS-1-Regionen, neun andere Bundesländern sind weiter unterteilt, so dass es insgesamt 41 Regionen auf dieser Ebene gibt. Die 439 NUTS-3-Regionen entsprechen weitgehend den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Offene Methode der Koordinierung (OMK)/Open Method of Co-ordination (OMC)

In Themenfeldern, in denen die EU eigentlich gar nicht zuständig ist, kann sie mit Hilfe dieser Methode quasi planmäßig ihre eigenen Grenzen überschreiten: Mit unverbindlichen Empfehlungen oder mit Leitlinien der Kommission kann sie sich zunächst fast unbemerkt in neue Themenbereiche vorwagen (und das kann man dann jeweils positiv oder negativ bewerten) und so eigene Impulse setzen. Wichtigster Einsatzbereich ist die Sozialpolitik, wo die OMK die Zusammenarbeit und den Austausch fördern soll, aber auch der Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien aller Mitgliedsstaaten dienen kann. Die Mitgliedsstaaten können diese dann ggf. durch → Nationale Aktionspläne ausfüllen oder umsetzen, wobei die Zielerreichung dann wiederum in Brüssel überwacht wird (oder in etwas harmloserem Europasprech: Monitoring) und schon hat die EU sich wieder ein paar Quadratmeter Zuständigkeit erkämpft. Aber das muss ja nicht immer schaden... Das Ganze läuft wegen der institutionellen Unverbindlichkeit dennoch unter „soft law“ und beschränkt sich auf gegenseitiges Lernen (Erfahrungsaustausch und Good Practice mit Berichtspflichten der Mitgliedsstaaten), statistische Vergleiche (i.A. erstellt von → EUROSTAT), Leitlinien, die die Mitgliedsstaaten berücksichtigen sollen, Benchmarks, wobei der Stand der Mitgliedsstaaten miteinander verglichen und das Ergebnis veröffentlicht wird, sowie unverbindliche Empfehlungen, denen die Mitgliedsstaaten folgen



können. Ob die OMK in einem bestimmten Politikfeld angewendet wird, entscheiden übrigens die Mitgliedsstaaten. Im Bereich der Jugendpolitik haben sie sich dazu entschieden...



OLAF/OLAF

Auf diesen sympathischen skandinavischen Männernamen hört das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (französisch: Office de lutte antifraude). Es hat die Aufgabe, die Europäische Union vor Betrug, Korruption und - Achtung Europasprech - sonstigen Unregelmäßigkeiten und Dienstvergehen im eigenen Bereich zu schützen. Sie ist quasi das Selbstreinigungsinstrument für die EU-Organe und -Einrichtungen. Das Amt arbeitet seit 1999 unabhängig und weisungsungebunden, hat Zugang zu allen erforderlichen Informationen auf EU-Ebene und arbeitet mit den entsprechenden Behörden in den Mitgliedsstaaten zusammen.

Ombudsperson, Ombudsman, Kinder-Ombudsperson, Kinder-Ombudsman/Ombudsperson, children's ombudsperson

Als Ombudsman ebenfalls ein sympathischer skandinavischer Männername, nämlich schwedisch für Vermittler. Auf EU-Ebene wird der → Bürgerbeauftragte auch als Ombudsman bezeichnet. Es gibt außerdem den Vorschlag eine besondere Ombudsperson für den Bereich der Kinderrechte einzurichten, die im Bereich der EU und ihrer Mitgliedsstaaten die Umsetzung der Kinderrechte im Blick hat. In Skandinavien gibt es bereits „Kinderbeauftragte“, die diese Bezeichnung führen.

Opting-out/opting-out

Aufgrund der in den meisten grundsätzlichen Fragen und insbesondere bei Vertragsabschlüssen erforderlichen → Einstimmigkeit gibt es in besonderen Fällen Sonderregelungen für einen Staat, der sich auf einem bestimmten Gebiet mit der Kooperation nicht einverstanden erklärt. Erstmals angewendet wurde das Opting-out nach einer Volksabstimmung in Dänemark mit einer Mehrheit gegen den → Maastrichter Vertrag. Als Dänemark dann als eine von mehreren Ausnahmegenehmigungen zugestanden wurde, die

dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, nämlich die gemeinsame Währung Euro, nicht einführen zu müssen, gelang im zweiten Anlauf die Zustimmung der DänInnen zum → Maastrichter Vertrag. Auch Großbritannien hat diesen Weg beispielsweise beschritten, ist beim Euro ebenfalls nicht dabei und legt auch weiterhin Wert auf eine eigene Asyl-, Einwanderungs- und Visumpolitik und ist daher am Schengen-Abkommen nicht beteiligt.

Osterweiterung/enlargement to the east

Der Begriff beschreibt die derzeit zunächst weitgehend abgeschlossene Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Die acht ehemaligen Beitrittskandidaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn sind am 01.05.2004 gemeinsam mit Malta und Zypern der EU beigetreten. Bulgarien und Rumänien folgten zum 01.01.2007. Weitere osteuropäische Länder, die als Mitgliedsstaaten zu einem späteren Zeitpunkt in Frage kommen, sind Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien sowie nach einer eventuellen Unabhängigkeit das Kosovo und die teilweise zu Europa gehörende Türkei. Dem Europarat gehören weiterhin die folgenden Länder der ehemaligen Sowjetunion an: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Russland, die Ukraine. Ebenfalls zur Sowjetunion gehörte Weißrussland (Belarus), das jedoch aufgrund seiner undemokratischen Regierung bisher nicht in den Europarat aufgenommen wurde.

Partizipation/participation

Soziologen-, Politologen-, Pädagogen- und Europasprech für Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung oder Einbeziehung. Ein wichtiges Zauberwort in EU-Programmen (und somit auch



in Förderanträgen) für junge Menschen und andere Benachteiligte...

Partnerschaft/partnership

In Bezug auf die Projektförderung hat die EU die Monogamie abgeschafft. Im Gegenteil (besteht sie i.A. darauf, dass eine Partnerorganisation möglichst viele Partnerschaften mit Organisationen aus anderen Staaten nachweisen kann, da dies in vielen Förderprogrammen Voraussetzung für eine Förderung aus europäischen Mitteln ist (vgl. → Europäische Dimension). Partnerschaften müssen i.A. in einem „partnership agreement“ oder einem → „letter of intent“ schriftlich bestätigt werden.

Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion/Plan D for Democracy, Dialogue and Debate

Im Oktober 2005 hat die Europäische Kommission ihren Plan D vorgestellt, mit dem sie eine tief greifende Debatte über die Zukunft Europas anstoßen möchte. Dies war eine der Reaktionen der EU auf das Nein bei den Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden. Der Plan D sollte sozusagen das Moratorium oder die „Zeit der Reflexion“ (so offiziell in Europaspach) zwischen der Schockstarre nach den Volksabstimmungen und dem Zeitpunkt sein, zu dem sich jemand traut, die Verfassungsfrage wieder aufzugreifen - ein Job für Angela Merkel also. Plan D hat sich damit aber nicht erledigt, sondern gilt auch für die Zeit danach. Da es sich eher um eine kommunikatives Marketinginstrument handelt, ist die für Kommunikation zuständige Kommissarin Margot Wallström für den Plan D verantwortlich. So hat die Kommission nicht nur die Mitgliedsstaaten aufgefordert, ein Feedback nach Brüssel zu übermitteln, sondern auch 13 spezielle Initiativen vorgeschlagen, um auf europäischer Ebene die Debatte anzustoßen. Im → Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik aus dem Jahre 2006 äußert die EU erstaunlich selbstkritisch: „Man konzentriert sich weitgehend darauf, den Menschen zu vermitteln, was die EU leistet. Viel weniger beschäftigt man sich damit, den Menschen zuzuhören.“ Ob's beherzigt wird?

Positionspapier/position paper

Wesentlich konkreter als ein → Grundsatzpapier, beschreibt es eher die „politics“ als die „policies“.

Privilegierte Partnerschaft/privileged partnership

Europaspach für benachteiligende Nicht-Mitgliedschaft. Gemeint ist die gewünschte Variante insbesondere konservativer und christlicher PolitikerInnen (sowie einer Mehrzahl von Befragten z.B. in deutschen Umfragen) für den zukünftigen Status der Türkei in der EU. AnhängerInnen der Privilegierten Partnerschaft wollen zwar die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Türkei vertiefen, wehren sich aber gegen eine gleichberechtigte Mitgliedschaft. Die Türkei lehnt dieses aus ihrer Sicht vergiftete Angebot deutlich ab und pocht auf ihren bereits 1959 gestellten Antrag auf Mitgliedschaft in der EU. Die Frage, ob die Türkei (geografisch, kulturell, historisch) überhaupt zu Europa gehört, wird in diesem Zusammenhang ebenso heftig diskutiert wie die möglichen Auswirkungen einer Freizügigkeit für ein Land, das im Falle einer Mitgliedschaft das einwohnerstärkste in der EU sein würde. Befürworter eines Beitritts untermauern nicht nur den Rechtsanspruch der Türkei auf einen Beitritt, sobald sie die Bedingungen des → *aquis communautaire* und die → Kopenhagener Kriterien erfüllt, sondern auch die Bedeutung der politischen Integration eines islamisch geprägten Staates angesichts des schwieriger werdenden Verhältnisses zu vielen islamisch geprägten Ländern insbesondere in Asien.

Public Private Partnership (PPP)/public private partnership (ppp)

Mit PPP soll privates Kapital zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erschlossen werden, wenn die öffentliche Hand gerade mal zu wenig Geld zur Verfügung hat - also eigentlich immer. Allgemeiner beschreibt der Begriff gelegentlich auch die Kooperation zwischen staatlichen oder kommunalen Institutionen und Unternehmen. Hintergrund ist dann der Ansatz, dass beide Seiten jeweils das tun, was sie besser können und so zu einem optimalen Gesamtergebnis beitragen. Diese „Win-Win-Situation“ tritt leider nicht automatisch ein. Auch ist nicht immer die volle



demokratische Kontrolle über die Zusammenarbeit gewährleistet. Auch die EU fördert PPPs als neuartige Kooperation zwischen der öffentlichen Hand und den Unternehmen.

Qualifizierte Mehrheit/qualified majority (voting, QMV)

Der Rat der Europäischen Union entscheidet - je nach Beratungsgegenstand - einstimmig, mit einfacher oder mit qualifizierter Mehrheit. Zur einfachen Mehrheit genügt es, wenn mehr Mitgliedsstaaten zustimmen als dagegen sind - jeder Mitgliedsstaat hat nur eine Stimme. Zum Erreichen der qualifizierten Mehrheit gilt es, mindestens 255 von 345 Stimmen, d. h. fast drei Viertel der Stimmen auf einen Vorschlag zu vereinen, der dieser Art der Mehrheit bedarf. Der → Vertrag von Nizza hat dabei die jedem Mitgliedsstaat zugewiesene Stimmenzahl gewichtet, Deutschland und Frankreich haben beispielsweise je 29 Stimmen, Polen 27 Stimmen, die Niederlande 13 Stimmen, Tschechien 12 Stimmen, Dänemark 7 Stimmen und Malta 3 Stimmen. Zusätzlich müssen die zustimmenden Länder mindestens 62 % der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren, damit die Entscheidung wirksam wird. Hintergrund dieses komplizierten Systems ist der Versuch der EU, das Einstimmigkeitsprinzip in möglichst vielen Bereichen aufzubrechen, um auch bei einer wachsenden Zahl von Mitgliedsstaaten handlungsfähig zu bleiben und nicht vom Veto eines einzigen Mitgliedsstaates abhängig zu werden. Umgekehrt wollten die Mitgliedsstaaten verhindern, dass die EU mit einer Minderheit der repräsentierten Mitgliedsstaaten oder der Bevölkerung für alle verbindliche weitreichende Beschlüsse fällen kann. Die qualifizierte Mehrheit gilt z.B. für Handelsabkommen über Dienstleistungen oder geistiges Eigentum, die → Kohäsionspolitik, die Industriepolitik, Maßnahmen zur Erleichterung der Freizügigkeit der Bürger, die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern. Im Bereich der Sozialpolitik und des Steuerwesens gilt jedoch weiterhin das Prinzip der → Einstimmigkeit. Der EU-Vertrag sieht etwa 20 weitere Gebiete vor, die zukünftig mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden sollen. Ein „Mehrheitsrechner“ für

EU-Ratsentscheidungen findet sich auf der Website des Bundeswirtschaftsministeriums www.bmwi.de. Hier kann man alle Konstellationen durchprobieren, bis die Mehrheit stimmt.

Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union wird häufig auch als Rat oder Ministerrat bezeichnet und setzt sich aus MinisterInnen der Mitgliedsstaaten zusammen. Er hat seinen Sitz im Consilium (lateinisch für Rat), dem klobigen und abweisend wirkenden Justus-Lip-



sius-Gebäude im Brüsseler Europaviertel (quasi die architektonische Realisierung der → Festung Europa). Der Rat beschließt über Rechtsakte der EU und nimmt damit gemeinsam mit dem Europaparlament gesetzgeberische Aufgaben wahr. Das entspricht nicht ganz der üblichen Gewaltenteilung, da es sich ja um Mitglieder der Exekutive, nämlich der nationalen Regierungen handelt (vgl. → Demokratiedefizit der EU). Der Rat heißt zwar immer Rat, tritt aber in unterschiedlichen „Formationen“ zusammen, nämlich als Allgemeiner Rat (der Außenminister), als Ecofin-Rat (Wirtschaft und Finanzen), als Rat der Innen- und Justizminister, als Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, als Rat für Wettbewerbsfähigkeit, als Umweltminister-rat, als Rat für Bildung, Jugend und Kultur, als Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie oder als Rat für Landwirtschaft und Fischerei. Die jeweiligen Ratssitzungen beschäftigen sich nicht nur mit ihrem Fachgebiet, sondern können in einem allgemeinen Teil auch Beschlüsse über alle anderen Fachgebiete fassen, damit nicht immer die nächsten Sitzung der zuständigen Formation abgewartet werden muss und bereits zwischen den Mitgliedsstaaten ausgehandelte Kompromisse relativ zeitnah beschlossen werden können.

Vorbereitet werden die Ratssitzungen (und häufig auch die Kompromisse) durch den → Ausschuss der Ständigen Vertreter. Die 2.500 Mitarbeiter des Rates unterstehen dem Generalsekretär Javier Solana (vgl. → Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). Der Rat tagt nicht öffentlich. Das erleichtert zwar die Kompromissfindung, dient aber nicht gerade der Transparenz.

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/ Council of European Municipalities and Regions (CEMR)

Während der RGRE ein beratendes Gremium der EU ist, ist der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) als beratendes Organ des Europarates tätig. Der RGRE existiert seit 1951, sitzt in Paris und repräsentiert etwa 100.000 Gemeinden, Städte und Kreise aus 35 Ländern, obwohl die EU ja nur 27 Mitgliedsstaaten hat. Auch acht weitere europäische Staaten von der Schweiz bis Albanien sind hier dabei. Auf der Website www.rgre.de findet sich u.a. eine Datenbank der Städtepartnerschaften in Europa.

Rechtsakte/legal acts

Die wesentlichen Rechtsakte der EU sind Verordnungen, die wie ein Gesetz allgemein gelten und unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten verbindlich sind. Richtlinien sind an die Mitgliedsstaaten gerichtet und verpflichten diese zur Umsetzung in einem vorgegebenen Zeitrahmen (der dann gerne überdehnt wird). Entscheidungen richten sich - vergleichbar dem deutschen Verwaltungsakt - an Einzelpersonen oder konkrete Zielgruppen und sind unmittelbar verbindlich. Empfehlungen und Stellungnahmen sind formalisierte, aber unverbindliche Rechtsakte.

Rechtsgrundlage/legal basis

Ohne eine solche darf die EU in einem Themenfeld gar nicht zuständig werden oder genauer: keine Rechtsakte erlassen. Zur Umgehung dieser un schönen Beschneidung hat sie u.a. die → Offene Methode der Koordinierung erfunden und behilft sich ansonsten mit Leitlinien, Empfehlungen und sonstigen rechtlich unverbindlichen Papieren, die dennoch zum Politikmachen dienen.



Marah Köberle
21 Jahre
Augsburg
UN-Jugenddelegierte

Europa bedeutet für mich die Chance trotz aller Probleme in Frieden und Vielfalt zusammenzuleben. Europa könnte damit ein ‚Vorbild‘ für die UNO sein.

Rechtsstatus/legal status

Der Rechtsstatus kann entscheidend für die Antragsberechtigung in EU-Programmen sein und ist bei der Antragstellung jeweils nachzuweisen. Die meisten Jugendverbände sind beispielsweise als eingetragener Verein (e.V.) organisiert.

Regierungskonferenz/Intergovernmental Conference

Eine Regierungskonferenz ist nicht etwa eines der regelmäßigen Treffen der Regierungschefs und Staatsoberhäupter der Europäischen Union (→ Europäischer Rat), sondern eine i.A. mehrmonatige Prozedur, um z.B. neue Aufgabenbereiche der EU zu definieren, die Institutionen und ihre Verfahren zu verändern oder die Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten zu gestalten. Eine Regierungskonferenz wird von der jeweiligen RatspräsidentIn einberufen. Sie beginnt normalerweise mit einer Vielzahl von kontroversen Treffen der nationalen Verhandlungsführer, auf denen die Tagungen des Rates der Europäischen Union vorbereitet werden, die den Fortgang der Beratungen diskutieren. Den Abschluss einer Regierungskonferenz bildet erst eine Sitzung des Europäischen Rates, also der Staats- und Regierungschefs. Hier werden dann die endgültigen Beschlüsse gefasst und ggf. in einem eigenen Vertrag (vgl. → Amsterdamer oder → Maastrichter oder → Vertrag von Nizza) festgehalten. Auch der Entwurf für eine → Europäische Verfassung durchlief diese Prozedur, wobei hier der

→ Europäische Rat zusätzlich durch den → Europäischen Konvent beraten wurde. Bei wichtigen Verträgen ist eine Ratifizierung in jedem Mitgliedsstaat notwendig und dort dafür ggf. eine Volksabstimmung erforderlich.

Richtlinie/directive

Eine Richtlinie der EU ist für alle Mitgliedsstaaten verbindlich, die Form der Umsetzung bleibt jedoch dem Mitgliedsstaat selbst überlassen. In Deutschland müssen die Richtlinien für Politikbereiche, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen, von diesen umgesetzt werden, weswegen nun auch Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über ein Seilbahngesetz verfügen. Oft lassen sich die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung unbequemer Richtlinien viel zu viel Zeit und müssen dann mit Strafzahlungen oder einer Verurteilung durch den → Europäischen Gerichtshof rechnen.

Römische Verträge/Treaty of Rome

Die Römischen Verträge stammen aus den allerersten Stunden der Vorläufer der Europäischen Union. Sie wurden im März 1957 in Rom von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet und traten am 01.01.1958 in Kraft. Wichtigster Vertrag ist der EWG-Vertrag (heute EG-Vertrag), der die zentralen Ziele der europäischen Einigung enthält. Die Präambel zielt auf den engeren Zusammenschluss der europäischen Völker, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in allen Ländern, die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen und die Wahrung von Frieden und Freiheit. Außerdem wurde der Vertrag für die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) geschlossen.

SALTO (Support for Advanced Learning & Training Opportunities)

SALTO heißt die Koordination der Fortbildungsangebote der → nationalen Agenturen innerhalb des Programms JUGEND IN AKTION. In Deutschland ist die Koordinierungsstelle bei der deutschen → Nationalagentur im Büro „Jugend für Europa“ beim IJAB angesiedelt.

Schattenbericht/shadow report

Ein Schattenbericht ist ein zusätzliches, häufig parallel zu einem offiziellen oder staatlichen Bericht erstelltes Papier, das häufig von einer oder mehreren Nichtregierungsorganisationen erstellt wird. Im Gegensatz zum offiziellen Bericht nimmt der Schattenbericht für sich in Anspruch, auch negative Aspekte oder Versäumnisse offizieller Stellen deutlich zu benennen und somit beschönigte Darstellungen im offiziellen Bericht aufzudecken.



Schengen-Abkommen, Schengen-Staaten/Schengen agreement, Schengen countries

Das Schengener Durchführungsübereinkommen ist nach einem idyllischen Weinort im Südosten des Großherzogtums Luxemburg an der Mosel, die hier die Grenze zum Saarland bildet, benannt. In den so genannten Schengen-Staaten wird auf Kontrollen im Personenverkehr an den Binnengrenzen verzichtet und Visa werden für den gesamten so genannten Schengen-Raum ausgestellt. Derzeit umfasst dieser die alte EU vor der Erweiterung um die Staaten Mittel- und Osteuropas sowie um Malta und Zypern. Außerdem gehören Island und Norwegen dazu und voraussichtlich ab 2008 auch die Schweiz. Die Beitrittsländer (außer Bulgarien und Rumänien) dürften überwiegend ebenfalls in den nächsten beiden Jahren dazustoßen. Schengen gilt somit einerseits als Symbol für die fortschreitende europäische Einigung, andererseits aber auch für die → „Festung Europa“. Schengen ist so nicht nur zum bekanntesten Dorf Europas geworden, sondern auch zum Symbol für die Sehnsucht vieler Menschen außerhalb der Schengen-Staaten nach einem Leben in „Schengen“.

SOCRATES/SOCRATES

Auf den Namen dieses griechischen Philosophen



hörte das EU-Aktionsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Es umfasste bis Ende 2006 die Aktionsbereiche COMENIUS zur Förderung von Schulpartnerschaften und zur Aus- und Weiterbildung des Schulpersonals, → ERASMUS, GRUNDTVIG zur Unterstützung europäischer Kooperationsprojekte und Lernpartnerschaften, LINGUA zur Förderung des Spracherwerbs, MINERVA zur Erforschung neuer Methoden des offenen Unterrichts und des Fernlernens und „Beobachtung und Innovation“ zur Verbesserung der Qualität von Bildungssystemen. Daneben gab es „Gemeinsame Aktionen“ und „Flankierende Maßnahmen“ der Kommission, die ebenfalls zu SOCRATES gehörten. Die Programme COMENIUS, → ERASMUS und GRUNDTVIG gehören jetzt zum „EU- → Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen“, das bis 2013 gilt und mit knapp 7 Mia. Euro ausgestattet ist.

Stabilitätspakt/stability (and growth) pact

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, kurz oft Stabilitätspakt, wurde 1997 beschlossen, um die Mitgliedsstaaten der → Wirtschafts- und Währungsunion zu mehr Haushaltsdisziplin zu verpflichten. Durch Strafverfahren für übermäßige Defizite ist der Pakt auch in Deutschland bekannt geworden. Öffentliche Defizite eines Mitgliedsstaates dürfen beispielsweise nicht über 3% seines Bruttoinlandsproduktes liegen. Die Gesamtverschuldung darf 60% des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Nachdem Deutschland mit Theo Waigel als Finanzminister den Pakt quasi erfunden und durchgedrückt hatte, musste Deutschland mit Hans Eichel als Finanzminister sehr darunter leiden...

Ständige Vertretung/permanent representation

Deutschland unterhält in Brüssel eine Ständige Vertretung bei der Europäischen Union. Sie ist für die Kontakte und die Kooperation der Bundesregierung mit den Organen der EU zuständig. Der Leiter der „Stäv“ vertritt das Land im Ausschuss der ständigen Vertreter und hat den Rang eines Botschafters. Im Sommer 2007 geht der derzeitige Ständige Vertreter Wilhelm Schönfelder in den Ruhestand. Ihm folgt Edmund Duckwitz.



Strukturfonds/structural funds

Die Strukturfonds (in der Einzahl ebenfalls Strukturfonds, da es sich nicht um eine Suppengrundlage handelt) sind regionalpolitische Finanzierungsinstrumente der EU zur Verringerung des Wohlstandsgefälles und der Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten und ihren Regionen. Es handelt sich um den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den → Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Finanzinstrument für die Fischerei (FIAP). Der 1994 eingerichtete → Kohäsionsfonds unterstützt zusätzlich die strukturpolitischen Ziele der Gemeinschaft. Die Mittel der Strukturfonds fließen überwiegend in ärmere Regionen. Bis 2006 gab es Ziel-1-Regionen (Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand), Ziel-2-Regionen (Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit strukturellen Schwierigkeiten) sowie Ziel-3-Regionen (Förderung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme). 2007 begann die neue Förderperiode (bis 2013), für die die Fonds vereinfacht und die Mittel konzentriert werden sollten. Es sind jetzt nur noch drei Ziele vorgesehen: Erstens Konvergenz, also die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen der EU zur Annäherung der Lebensbedingungen innerhalb der EU, zweitens regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für Fördergebiete außerhalb des Ziels „Konvergenz“ und drittens die Europäische territoriale Zusammenarbeit, also die Förderung grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit von Regionen in der EU auf Basis



der Gemeinschaftsinitiative → INTERREG. Förderinstrumente sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der → Europäische Sozialfonds (ESF) und der → Kohäsionsfonds.

Strukturierter Dialog/structured dialogue

Der 1993 beschlossene strukturierte Dialog war ein Teil der EU-Strategie zur Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas an die EU und umfasste u.a. regelmäßige Begegnungen der Staats- und Regierungschefs und zahlreiche Ministertreffen. Heute wird der Begriff für ein neues wenig formalisiertes Instrument der Jugendpolitik benutzt, mit dem die europäischen Institutionen mit der Jugend Europas in Kontakt treten wollen.

Subventionen/subsidies

Subventionen sind Finanzhilfen oder Steuererleichterungen bzw. sonstige Abgabenbefreiungen für Unternehmen, z.B. zur Erhaltung von Betrieben, zur Förderung bestimmter Branchen, zur Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen, zur Förderung neuer Herstellungsverfahren usw. Wettbewerbsverzerrende Subventionen sind in der EU nur mit dem Ziel der Verbesserung der sozial-, struktur- und regionalpolitischen Situation erlaubt. Zuwendungen an gemeinnützige Verbände, Kommunen oder NGOs werden i.a. als Zuschüsse bezeichnet, auch wenn beide Begriffe nicht immer trennscharf verwendet werden.

Subsidiaritätsprinzip/subsidiarity principle

In Bezug auf die EU bedeutet dieses grundlegende Prinzip der Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten, dass der EU eine Zuständigkeit nur für die Bereiche zugestanden wird, die nicht wirkungsvoller auf niedriger Ebene geregelt werden können. Dieser allgemeine Grundsatz wird im langjährigen Durchschnitt im Vereinigten Königreich oder in Bayern wesentlich enger ausgelegt als in Luxemburg oder Bremen und kann auch deswegen nur schwer im Einzelfall überprüft werden. Obwohl der Begriff aus der katholischen Soziallehre stammt, sind unterschiedliche Glaubensrichtungen zulässig.

TACIS/TACIS

TACIS ist das Förderprogramm für die Kooperation mit den Staaten Osteuropas und Zentralasiens, die nicht zur EU gehören und ist die Abkürzung für Technical Aid to the Commonwealth of Independent States. Gefördert wird u.a. die Unterstützung für institutionelle Reformen, der privatwirtschaftliche Sektor und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Abmilderung sozialer Folgen von Umstrukturierungsprozessen, der Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit, des Umweltschutzes und des Managements von Bodenschätzen sowie die Entwicklung der Landwirtschaft. Neben den GUS-Staaten werden auch die Mongolei und das aus der GUS ausgetretene Georgien gefördert.

Teampräsidentschaft/team presidency

Im Vorgriff auf eine im Entwurf für die Europäische Verfassung vorgesehene gemeinsame EU-Ratspräsidentschaft von drei Mitgliedsstaaten über einen Zeitraum von 18 Monaten haben Deutschland, Portugal und Slowenien in einigen Politikbereichen, u.a. in der Jugendpolitik im ersten Halbjahr 2007 mit einer engeren Abstimmung ihrer Vorhaben begonnen. Dies ist der Beginn der Einsicht, dass die Welt - und schon gar nicht auf europäischer Ebene - in den sechs Monaten einer Ratspräsidentschaft gerettet oder neu erfunden werden kann und dass nicht alle sechs Monate eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden kann.

Transeuropäische Netze/Trans-European Networks

Transeuropäische Netze gibt es in den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation und Umwelt. Sie sind grenzüberschreitend und werden von der EU gefördert, um den Vorteilen (und gelegentlich auch den Nachteilen) des Europäischen Binnenmarktes noch weiter zum Durchbruch zu verhelfen. Ein gutes Beispiel ist die Eisenbahnverbindung von Paris nach Bratislava mit der neuen TGV-Strecke von Paris Richtung Straßburg, den Planungen für den Neubau der Strecke Stuttgart-Ulm (ggf. inkl. Stuttgart 21), die Ausbaustrecke München-Mühldorf-Salzburg sowie der Beschleunigung zwischen Wien und Bratislava, u.a. durch einen neuen Zentralbahnhof am Südtiroler Platz in Wien.

Troika/troika

Die Troika vertritt die Europäische Union außenpolitisch und besteht aus einem Regierungsmitglied, üblicherweise der AußenministerInnen des Landes, das gerade die → EU-Ratspräsidentschaft innehat, einem EU-Kommissar, z.B. der Außenkommissarin und dem Generalsekretär des Rates, der zugleich der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit Xavier Solana) ist. Die Schlagzeilen lauten dann z.B. „EU-Troika in Afghanistan“ - alles andere würde auch nicht in die Überschrift passen.

Umwelt 2010/Environment 2010

Die Umweltstrategie mit den Schwerpunkten der EU-Umweltpolitik bis 2010 der EU-Kommission trägt diesen Namen und umfasst die vier Aktionsbereiche Klimaschutz, Gesundheit und Umwelt, Natur und biologische Vielfalt sowie Nutzung der natürlichen Ressourcen. Umwelt 2010 (Website: www.ec.europa.eu/environment/newprg/index.htm) ist somit gleichzeitig der Rahmen für das aktuelle sechste Umweltaktionsprogramm der EU (Laufzeit 2002 bis 2009). Das wichtigste Förderprogramm in diesem Kontext ist LIFE, das - jedenfalls auf französisch - für „Finanzinstrument für die Umwelt“ steht, 1992 eingerichtet wurde, aus dem → Sozialfonds und dem → Kohäsionsfonds gespeist wird und in die Bereiche LIFE-Natur, LIFE-Umwelt und LIFE-Drittländer aufgeteilt ist (Website: www.ec.europa.eu/environment/life/home.htm). Daneben gibt es das SMAP (Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme) zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum, das wider Erwarten keine Einschränkungen für die Freizügigkeit deutscher Touristen auf einzelnen spanischen Inseln enthält. (vgl. auch → NATURA 2000)

UN-Kinderrechtskonvention/UN-Convention of the Rights of the Child

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde im Oktober 1989 von der UN-Vollversammlung angenommen und trat am 02.09.1990 in Kraft. In den Unterzeichnerstaaten gilt das völkerrechtlich verbindliche Dokument unmittelbar. In Deutschland wird die Umsetzung von der → National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, die bei der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe in Berlin angesiedelt ist, kritisch begleitet. Wichtiger Streitpunkt in Deutschland ist der Vorbehalt, unter dem die Bundesregierung der Konvention zugestimmt hat.

Untätigkeitsklage/action against failure to act

Gegen den Rat der EU oder die EU-Kommission kann beim Europäischen Gerichtshof Untätigkeitsklage eingereicht werden, wenn gegen die Gemeinschaftsverträge und die dort festgelegten Ziele und Bestimmungen verstoßen wird und die Kommission nichts oder nicht genug dagegen unternimmt.

Vademecum/vademecum, handbook

Das Vademecum ist der inhaltliche Teil eines Förderprogramms, der den politischen und fachlichen Rahmen erläutert sowie seine Ziele und Durchführungsbedingungen enthält. Hinzu kommen Richtlinien zur Abwicklung des Förderprogramms, die oft in einem Leitfaden für Antragsteller zusammengefasst werden.

Vertrag von Nizza/ Treaty of Nice

Das ist das, was heute noch gilt. Der → Maastrichter (1995) und der → Amsterdamer Vertrag (1999) wurden letztmalig 2000 durch den Vertrag von Nizza ergänzt. Hier wurde die Europäische Grundrechtscharta feierlich angenommen und das Europäische Parlament ein weiteres Mal (etwas) gestärkt. Vor allem aber wurden die Institutionen mit großen Kopfrechenkünsten darauf vorbereitet, die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa politisch, mathematisch und institutionell verkraften zu können. Seitdem gibt es Berechnungsformeln für die unterschiedlichen Mehrheiten bis zur

Aufnahme der 27 Staaten, die derzeit Mitglied der EU sind. Ohne eine Reform des Vertrages von Nizza können daher keine weiteren Staaten aufgenommen werden, wozu überdies die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten erforderlich ist. Der nächste große Wurf sollte dann die vom Verfassungskonvent vorbereitete → Europäische Verfassung sein, die aber bekanntlich am berühmten „Nee“ der Niederländer und dem „Non“ der Franzosen (vorerst) gescheitert ist.

Verwendungsnachweis/report on expenditure of funds, final report

Wer Fördermittel von der Europäischen Union erhält, muss spätestens nach Abschluss des Projekts einen Verwendungsnachweis erstellen, der die zahlenmäßige Abrechnung und den inhaltlichen Bericht mit dem Nachweis der Einhaltung des Förderzwecks enthält (meist ein Sachbericht).

Visegrád-Staaten/Visegrád countries

Diese Staatengruppe umfasst Tschechien, die Slowakei, Polen und Ungarn und ist nach der ungarischen Stadt Visegrád benannt. Die halbjährlichen Gipfeltreffen der vier Länder werden vor allem zur



Abstimmung der Sicherheits- und der Wirtschaftspolitik genutzt. Im Gegensatz zu den Benelux-Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg haben die Visegrád-Staaten allerdings keine gemeinsamen Institutionen oder Verträge.

Vorzeitiger Maßnahmebeginn/start of a project ahead of time, prior to approval“

Gibt's nicht nur auf europäischer Ebene und kann als Ausnahme zu der Bestimmung eingeräumt werden, dass Projekte nicht vor einer Bewilligung begonnen

haben dürfen. Da europäische Mühlen oft noch langsamer mahlen, kann die Beantragung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns helfen, mit dem Projekt schon einmal auf eigenes Risiko beginnen zu dürfen, ohne dass dies hinterher die Förderung beeinträchtigt. Und um mal aus dem Nähkästchen zu plaudern: Wenige Tage nach Erstellung des Antrages zur Erstellung dieser Arbeitshilfe haben wir schon den vorzeitigen Maßnahmebeginn bewilligt bekommen und durften auf eigenes Risiko mit dem Denken beginnen, ohne dass uns die guten Ideen und die eine oder andere Recherche hinterher von der Förderung abgezogen wurden. Davon haben wir intensiven Gebrauch gemacht, wie ihr an der Ausführlichkeit dieser Broschüre leicht erkennen könnt, mussten dann aber auch gar nicht mehr so lange auf die Bewilligung warten.

Weißbuch/White Paper

Weißbücher enthalten Vorschläge der EU-Kommission für Maßnahmen der Gemeinschaft in einem bestimmten Bereich. Sie knüpfen häufig an ein → Grünbuch zum selben Thema an und beziehen die Ergebnisse des Konsultationsprozesses mit ein. Wird ein Weißbuch im Rat der EU angenommen, kann es die Grundlage für ein Aktionsprogramm der Union bilden. Beispiele sind die Weißbücher „Vollendung des Binnenmarktes“ (1985), „Europäisches Regieren“ (2001), „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (beide 2004) und „Europäische Kommunikationspolitik“ (2006).

Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)/Economic and Monetary Union (EMU)

Die Europäische WWU umfasst einen einheitlichen Markt mit freiem Güter-, Kapital- und Personenverkehr, eine gemeinsame Wettbewerbspolitik und schließlich eine gemeinsame Währung. Ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung war die Einführung des Europäischen Binnenmarkts 1992, die Währungsunion wurde 1999 endgültig beschlossen und erlebte ihren Höhepunkt mit der Einführung des Euro als Bargeld am 01.01.2002, umfasst aber beispielsweise auch die Zusammenarbeit der Zentralbanken der Mitgliedsstaaten mit der Europäischen Zentralbank.



Jonathan Mack
23 Jahre
Berlin
UN-Jugenddelegierter

Europa bedeutet für mich eine Vision der Verständigung, Vielfalt und gesellschaftlichen Beteiligung. Diese Vision sollte aber keine hohle Seifenblase der Politik und Wirtschaft sein, sondern wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen. Gerade wir jungen Menschen können Grenzen überwinden und diese Vision gestalten!

Wohlstandsgefälle/decline of wealth

Der EG-Vertrag verfolgt u.a. das Ziel den wirtschaftlichen Abstand zwischen den verschiedenen Regionen der EU zu verringern. Wesentliche Instrumente zur Bekämpfung des Wohlstandsgefälles sind der → Kohäsionsfonds und die → Europäischen Sozialfonds.

Youth Mainstreaming/youth mainstreaming

Noch wenig verbreitete Idee, analog zum Konzept des → Gender Mainstreaming bei allen Maßnahmen und Vorhaben von Anfang an die Auswirkungen auf junge Menschen mitzubedenken und auf diese Weise die Benachteiligung junger Menschen zu reduzieren.

Youth Proofing, Jugendverträglichkeitsprüfung/youth proofing

Ebenfalls noch wenig verbreitetes Konzept, mit dem überprüft werden soll, ob Maßnahmen und Vorhaben für die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen förderlich oder schädlich sind und bestehende Benachteiligungen eher aufheben oder manifestieren. Sprachlich lehnt sich das Konzept an die ebenfalls von EU-Ebene über die Mitgliedsstaaten „hereingebrochene“ Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) an, die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahren

aufgrund der UVP-Richtlinie der EU in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden musste. Während die einen noch mehr Bürokratie befürchten, hoffen die anderen mit diesem Instrument das Bewusstsein für bestehende Benachteiligungen junger Menschen zu stärken und ihren Rechten ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Zustimmungsverfahren/assent procedure

Das Zustimmungsverfahren wurde 1986 durch die → Einheitliche Europäische Akte eingeführt: Ein Rechtsakt kommt nur dann zur Anwendung, wenn das Europäische Parlament ihm mehrheitlich zugestimmt hat. Das Parlament hat zwar nicht die Möglichkeit den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Rechtsakt zu verändern - das wäre dann doch ein bisschen zu viel Demokratie in Europa -; es hat aber durch dieses Verfahren Mitwirkungsrechte bei der Annahme von einigen internationalen Verträgen, bei Rechtsakten mit erheblichen finanziellen Auswirkungen und bei Rechtsakten, die institutionelle Veränderungen für die EU mit sich bringen. Auch für einige Sanktionen gegenüber Mitgliedsstaaten ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich. Der europäische Verfassungsentwurf sieht vor, dass das Zustimmungsverfahren Teil des so genannten „besonderen Gesetzgebungsverfahrens“ auf EU-Ebene wird.

TÖGETHÉ®
SINCE 1957



EU-Ratspräsidentschaften

- 2007** Deutschland und Portugal
- 2008** Slowenien und Frankreich
- 2009** Tschechien und Schweden
- 2010** Spanien und Belgien
- 2011** Ungarn und Polen
- 2012** Dänemark und Zypern
- 2013** Irland und Litauen
- 2014** Griechenland und Italien
- 2015** Lettland und Luxemburg
- 2016** Niederlande und die Slowakei
- 2017** Malta und Großbritannien
- 2018** Estland und Bulgarien
- 2019** Österreich und Rumänien
- 2020** Finnland und ???

Erläuterung

Das erste Land führt die EU jeweils durch das erste Halbjahr des betreffenden Jahres und wird dann vom zweiten genannten Land abgelöst. Ob im 2. Halbjahr 2020 Deutschland wieder an der Reihe ist, steht noch in den zwölf europäischen Sternen.



EU-KommissarInnen mit Herkunftsland und Zuständigkeit



Jacques Barrot

Frankreich, Vizepräsident, zuständig für Verkehr



José Manuel Barroso

Portugal, Präsident der EU-Kommission



Siim Kallas

Estland, Vizepräsident, zuständig für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung



Margot Wallström

Schweden, Vizepräsidentin, zuständig für Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie



Franco Frattini

Vizepräsident, Italien, zuständig für Justiz, Freiheit und Sicherheit



Günter Verheugen

Deutschland, Vizepräsident, zuständig für Unternehmen und Industrie



Viviane Reding

Luxemburg, zuständig für Informationsgesellschaft und Medien





Stavros Dimas

Griechenland, zuständig für Umwelt



Janez Potočnik

Slowenien, zuständig für Wissenschaft und Forschung



Joaquín Almunia

Spanien, zuständig für Wirtschaft und Währung



Ján Figel

Slowakei, zuständig für Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend



Danuta Hübner

Polen, zuständig für Regionalpolitik



Markos Kyprianou

Zypern, zuständig für Gesundheit



Joe Borg

Malta, zuständig für Fischerei und maritime Angelegenheiten



Olli Rehn

Finnland, zuständig für Erweiterung



Dalia Grybauskaitė

Litauen, zuständig für Finanzplanung und Haushalt



Louis Michel

Belgien, zuständig für Entwicklung und humanitäre Hilfe



László Kovács

Ungarn, zuständig für Steuern und Zollunion



Vladimír Špidla

Tschechien, zuständig für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit



Neelie Kroes

Niederlande, zuständig für Wettbewerb



Peter Mandelson

Großbritannien, zuständig für Handel



Mariann Fischer Boel

Dänemark, zuständig für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung



Andris Piebalgs

Lettland, zuständig für Energie



Benita Ferrero-Waldner

Österreich, zuständig für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik



Meglena Kuneva

Bulgarien, zuständig für Verbraucherschutz



Charlie McCreevy

Irland, zuständig für Binnenmarkt und Dienstleistungen



Leonard Orban

Rumänien, zuständig für Mehrsprachigkeit





Amtssprachen der EU in protokollarischer Reihenfolge mit Sprachkürzel

• bg	български (bulgarski)	bulgarisch	• pl	polski	polnisch
• es	español	spanisch	• pt	português	portugiesisch
• cs	čeština	tschechisch	• ro	română	rumänisch
• da	dansk	dänisch	• sk	slovenčina	slowakisch
• de	deutsch	deutsch	• sl	slovenščina	slowenisch
• et	eesti keel	estnisch	• fi	suomi	finnisch
• el	ελληνικά (elliniká)	griechisch	• sv	svenska	schwedisch
• en	english	englisch			
• fr	français	französisch			
• ga	gaeilge	irisch			
• it	italiano	italienisch			
• lv	latviešu valoda	lettisch			
• lt	lietuvių kalba	litauisch			
• hu	magyar	ungarisch			
• mt	malti	maltesisch			
• nl	nederlands	niederländisch			

Erläuterung: Spanisch steht soweit vorne, weil es unter dem Synonym "castellano" (kastilisch) einsortiert wurde. Irisch ist zwar unter Gälisch einsortiert, da aber nur das irische Gälisch (und nicht etwa das schottische) gemeint ist, verwendet die EU zwar das Kürzel ga, jedoch die Sprachbezeichnung „irisch“.



Mitgliedsstaaten der EU in der jeweiligen Landessprache in protokollarischer Reihenfolge mit Landeskürzel

- | | | | |
|-------------------|-----------------------|----------------------------|----|
| • Belgique/België | Belgien | Königreich Belgien | BE |
| • България | Bulgaria | Republik Bulgarien | BG |
| • Česká republika | Tschechische Republik | Tschechische Republik | CZ |
| • Danmark | Dänemark | Königreich Dänemark | DK |
| • Deutschland | Deutschland | Bundesrepublik Deutschland | DE |
| • Eesti | Estland | Republik Estland | EE |
| • Éire/Irland | Irland | Irland | IE |
| • Ελλάδα | Griechenland | Griechische Republik | EL |
| • España | Spanien | Königreich Spanien | ES |
| • France | Frankreich | Französische Republik | FR |
| • Italia | Italien | Italienische Republik | IT |
| • Κύπρος/Kıbrıs | Zypern | Republik Zypern | CY |
| • Latvija | Lettland | Republik Lettland | LV |

• Lietuva	Litauen	Republik Litauen	LT
• Luxembourg	Luxemburg	Großherzogtum Luxemburg	LU
• Magyarország	Ungarn	Republik Ungarn	HU
• Malta	Malta	Republik Malta	MT
• Nederland	Niederlande	Königreich der Niederlande	NL
• Österreich	Österreich	Republik Österreich	AT
• Polska	Polen	Republik Polen	PL
• Portugal	Portugal	Portugiesische Republik	PT
• România	Rumänien	Rumänien	RO
• Slovenija	Slowenien	Republik Slowenien	SI
• Slovensko	Slowakei	Slowakische Republik	SK
• Suomi/Finland	Finnland	Republik Finnland	FI
• Sverige	Schweden	Königreich Schweden	SE
• United Kingdom	Vereinigtes Königreich	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	UK

Erläuterungen: Belgien (französisch/niederländisch), Irland (gälisch, englisch), Zypern (griechisch, türkisch) und Finnland (finnisch/schwedisch) haben je zwei Amtssprachen und daher einen „Doppelnamen“. Die

häufig verwendete Landesbezeichnung Großbritannien ist streng genommen nicht korrekt, da sie Nordirland nicht umfasst.

„Europäische Union“ in den Amtssprachen der EU

• Bulgarisch	Европейски съюз (Ewropejski Săjus)	(bg)
• Spanisch	Unión Europea	(es)
• Tschechisch	Evropská unie	(cs)
• Dänisch	Den Europæiske Union	(da)
• Deutsch	Europäische Union	(de)
• Estnisch	Euroopa Liit	(et)
• Griechisch	Ευρωπαϊκή Ένωση (Evropaikí Énosi)	(el)
• Englisch	European Union	(en)
• Französisch	Union européenne	(fr)
• Irisch	an tAontas Eorpach	(ga)
• Italienisch	Unione Europea	(it)
• Lettisch	Eiropas Savienība	(lv)
• Litauisch	Europos Sąjunga	(lt)
• Ungarisch	Európai Unió	(hu)
• Maltesisch	Unjoni Ewropea	(mt)
• Niederländisch	Europese Unie	(nl)
• Polnisch	Unia Europejska	(pl)
• Portugiesisch	União Europeia	(pt)
• Rumänisch	Uniunea Europeană	(ro)
• Slowakisch	Európska únia	(sk)
• Slowenisch	Evropska unija	(sl)



- **Finnisch** European unioni (fi)
- **Schwedisch** Europeiska unionen (sv)

Und hier noch das Ganze in ein paar weiteren europäischen Sprachen, darunter auch in anerkannten Minderheitensprachen, die in EU-Mitgliedsstaaten gesprochen werden, wie z.B. Plattdeutsch, das bei der EU unter nds (für niedersächsisch) firmiert:

- **Asturisch** Xunión Europea (ast)
- **Baskisch** Europar Batasuna (eu)
- **Bosniakisch** Evropska unija (bs)
- **Bretonisch** Unaniezh Europa (br)
- **Esperanto** Eŭropa Unio (eo)
- **Färöisch** Europeiska samveldið (fo)
- **Friaulisch** Union Europeane (fur)
- **Friesisch** Jeropeeske Uny (fy)
- **Galicisch** Unión Europea (gl)
- **Isländisch** Evrópusambandið (is)
- **Kaschubisch** Èuropejskò Ùnijô (csb)
- **Katalanisch** Unió Europea (ca)
- **Kornisch** Unyans Europek (kw)
- **Kroatisch** Europska unija (hr)
- **Kurdisch** Yekîtiya Ewropayê (ku)
- **Lateinisch** Unio Europaee (la)
- **Limburgisch** Europese Unie (li)
- **Luxemburgisch** Europäesch Unioun (lb)
- **Mazedonisch** Европска Унија (Evropska Unija) (mk)
- **Moldauisch** Униуня Еуропањэ (Uniunea Europeană) (mo)
- **Neunorwegisch** Den europeiske unionen (nn)
- **Norwegisch** Den europeiske union (no)
- **Plattdeutsch** Europääische Union (nds)
- **Rätoromanisch** Uniun europeica (rm)
- **Russisch** Европейский Союз (Jewropejski Sojus) (ru)
- **Schottisch-Gälisch** an t-Aonadh Eorpaich (gd)
- **Serbisch** Европска унија (Evropska unija) (sr)
- **Serbokroatisch** Evropska unija (sh)
- **Sizilianisch** Unioni Europea (scn)
- **Türkisch** Avrupa Birligi (tr)
- **Ukrainisch** Європейський Союз (Jewropejsky Sojus) (uk)
- **Venetisch** Union Eoropea (vec)
- **Võro** Õuruupa Liit (fiu-vro)
- **Walisisch** Undeb Ewropeaidd (cy)
- **Wallonisch** Union Uropeyinne (wa)
- **Weißrussisch** Эўрапейскі Зьвяз (Eŭrapejski Žviaz) (be)



„Europäisches Parlament“ in den Amtssprachen der EU

• Bulgarisch	Европейски парламент	(bg)
• Spanisch	Parlamento Europeo	(es)
• Tschechisch	Evropský parlament	(cs)
• Dänisch	Europa-Parlamentet	(dk)
• Deutsch	Europäisches Parlament	(de)
• Estnisch	Euroopa Parlament	(et)
• Griechisch	Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο	(el)
• Englisch	European Parliament	(en)
• Französisch	Parlement européen	(fr)
• Irisch	Parlaimint na hEorpa	(ga)
• Italienisch	Parlamento europeo	(it)
• Litauisch	Eiropas Parlamentas	(lt)
• Lettisch	Eiropas Parlaments	(lv)
• Ungarisch	Európai Parlament	(hu)
• Maltesisch	Parlament Ewropew	(ma)
• Niederländisch	Europees Parlement	(nl)
• Polnisch	Parlament Europejski	(pl)
• Portugiesisch	Parlamento Europeu	(pt)
• Rumänisch	Parlamentul European	(ro)
• Slowakisch	Európsky Parlament	(sk)
• Slowenisch	Evropski parlament	(sl)
• Finnisch	Euroopan parlamentti	(fi)
• Schwedisch	Europaparlamentet	(sv)



Wichtige Websites über die Europäische Union

www.europa.eu/index_de.htm

Das Portal der Europäischen Union mit Pressemitteilungen, Rechtsvorschriften, Informationsblättern usw.

www.europarl.de

Das Europäische Parlament - Website in deutscher Sprache.

www.ena.lu

Eine Internet Wissensbank "European Navigator", die in Ton, Bild und Text den europäischen Einigungsprozess dokumentiert. Betreiber ist das Luxemburger Centre Virtuel de la Connaissance sur L'Europe (CVCE), ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zur Europäischen Integration.

www.europa.eu/scadplus/glossary/index_de.htm

Offizielles Europa-Glossar der Europäischen Union.

www.eu2007.de

Website der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007.

www.mein-europa-blog.de

Eine interaktive Online-Plattform für Jugendliche des Auswärtigen Amtes

http://de.wikipedia.org/wiki/Europäische_Union

Portal der freien Enzyklopädie Wikipedia zur Europäischen Union mit vielen weiterführenden Links.





Europäisches Konferenz-Englisch

Abstention	Enthaltung
Activity	Maßnahme (Freizeit, Seminar)
Against	„Dagegen“
Agenda	Tagesordnung
Approval	Bewilligung
Arbitration Commission	Schiedsgericht
Associated member	Assoziiertes Mitglied
Audit	Revision
Auditor	RevisorIn
Balance	Bilanz (Finanzen)
Budget	Haushalt
Campaign	Kampagne
Central (and) Eastern Europe	Mittel- und Osteuropa
Council of Europe	Europarat
Delegate, Delegation	Delegierte/r, Delegation
Draft	Entwurf
Election	Wahl
European Commission	Europäische Kommission
European Voluntary Service	Europäischer Freiwilligendienst
European Youth Forum	Europäisches Jugendforum
European Youth Foundation	Europäische Jugendstiftung
Full member	Vollmitglied
General secretary	GeneralsekretärIn



Grant application	Förderantrag
Guidelines	Richtlinien
In favour	„Dafür“
Instalments	Anteil am Haushalt (Finanzen)
Interests	Zinsen
International non-governmental youth organisation (INGYO)	Internationaler nicht-staatlicher Jugendverband
Key of delegates	Delegiertenschlüssel
Mandate	Mandat
Member Organisation	Mitgliedsorganisation
Minutes	Protokoll
Motion	Antrag
Motion commission	Antragskommission
Office	Büro, Geschäftsstelle
Order of procedure	Geschäftsordnung
President	PräsidentIn
Presidium	Präsidium, Vorstand
Project	Projekt
Project officer	Projektreferent
Proposal	Beschlussvorschlag
Publications	Veröffentlichungen (Print, web etc)
Quorum	Mindestanzahl der anwesenden stimmberechtigten Delegierten
Reisen und Freizeiten	Trips and holiday camps
Result	Jahresabschluss (Finanzen)
Seminar	Seminar
Simple majority	einfache Mehrheit
Staff (members)	Hauptamtliche
Statutes	Satzung
To introduce/bring forward a motion	einen Antrag einbringen/stellen
To pass/carry a motion	einen Antrag annehmen
To reject a motion	einen Antrag ablehnen
To withdraw a motion	einen Antrag zurückziehen
Travel costs	Reisekosten
Travel reimbursement	Reisekostenerstattung
Treasurer	KassiererIn
Two-third majority	Zweidrittelmehrheit
Umbrella organisation	Dachverband
Vice-President	Vize-PräsidentIn
Voluntary	ehrenamtlich
Voluntary service	Freiwilligendienst
Vote	Stimme
Voting	Abstimmung
Working groups	Arbeitsgruppen
Youth Organisation	Jugendverband





Abkürzungen in der europäischen Jugendpolitik

mit herzlichem Dank an Tim Schrock, Mitglied im Vorstand des Europäischen Jugendforums

AC [CC], Advisory Council (of the Council of Europe)
 ACE, Action Catholique des Enfants
 ACP [ACP], African Caribbean and Pacific/Afrique Caraïbes Pacifique
 ACTIVE, formerly EGTYP
 ACYF, All-China Youth Federation
 AdR [CoR], Ausschuss der Regionen der Europäischen Union
 AECJ [EYCA], Association européenne des Cartes Jeunes
 AEGEE, Associations des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe
 AELE [EFTA], Association Européenne de Libre Echange
 AESI, Aeskulyossamband Islands/National Youth Council of Iceland/Conseil national de la Jeunesse islandaise/Isländischer Jugendring
 AEYSC, All European Youth and Student Cooperation
 AFS, American Field Service
 AGJ, Aktionsgemeinschaft Jugendhilfe
 AIESEC, Association Internationale des Etudiants en

Sciences Economiques et Commerciales/International Association of Students in Economics and Management
 AIYC, Albanian International Youth Committee
 AJP [YAP], Action des Jeunes pour la Paix
 ALLIANCE, Alliance of European Voluntary Service Organisations
 ALLIANSSI, Finnish Youth Co-operation Alliance/Conseil national de la Jeunesse finlandaise/Finnischer Jugendring
 AMGE [WAGGGS], Association Mondiale des Guides et Eclaireuses
 AMJ [WAY], Asamblea Mundial de la Juventud/Assemblée mondiale de la Jeunesse
 ATD Quart Monde [ATD Fourth World], Aide à Toute Détresse
 AYC [CAJ], Asian Youth Council
 AYN [RAJ], African Youth Network
 A-30xx, EU budget lines (e.g. A-3029: Support for international non-governmental youth organisations)
 BAT [TAO], Bureau d'Assistance Technique
 BBC, Bodensee-Benelux-Co-operation of the Youth Councils from that area; Treffen der nationalen Jugendringe D/Ö/CH/B/NL/LUX

- BBC+, BBC including Ireland and UK (cf. BBIC)
- BBIC, Bodensee-Benelux-Ireland-Cooperation;
enlarged BBC in 2002
- BCE [ECB, EZB], Banque Centrale Européenne
- BEOC [EBCO], Bureau européen de l'Objection de
Conscience
- BIT [ILO], Bureau international du Travail
- BJV, Bundesjugendvertretung Österreich/National
Youth Representation of Austria (Youth Council; in-
ternational structure: ÖJV)
- BYC, British Youth Council/Conseil national de la Je-
unesse du Royaume-Uni/Britischer Jugending
- BYF (1), British Youth Council/Conseil national de la
Jeunesse du Royaume-Uni; (2) Baltic Youth Forum/
Ostseejugendforum
- CAJ [AYC], Conseil Asiatique de la Jeunesse
- CAP [PAC], Common Agricultural Policy
- CC [AC], Conseil consultatif
- CCCC [GCCC], Comité de Coordination pour la Coopé-
ration Globale
- CCIVS [CCSVI], Co-ordinating Committee for Interna-
tional Voluntary Service
- CCSVI [CCIVS], Comité de Coordination pour le Service
volontaire international
- CDEJ, Comité Directeur Européen pour la Coopération
intergouvernementale dans le domaine de la Je-
unesse/Steering Committee for Intergovernmental
Co-operation in the youth field
- CDCC, Conseil de la Coopération culturelle/Council for
Cultural Co-operation
- CDY [CJD], Co-ordination of Democratic Youth
- CE [EC, EG], Communauté européenne
- CECA (ECSC), Communauté Européenne du Charbon et
de l'Acier
- CEDEFOP, Centre Européen pour le Développement de
la Formation Professionnelle/European Centre for
the Development of Vocational Training
- CEE (1) [EEC], Communauté Economique Européenne;
(2) [ECO], Central and Eastern Europe
- CEI [CIS, GUS], Communauté des Etats Indépendants
- CEJ [EYC], Centre européen de la Jeunesse (Stras-
bourg, Budapest)
- CEJA, Conseil Européen des Jeunes Agriculteurs/Euro-
pean Council of Young Farmers
- CEMYC, Council of Europe Minority Youth Committees/
Comités de la Jeunesse minoritaire des pays du Con-
seil de l'Europe
- CEPS, Centre for European Policy Studies/Centre
d'études de la Politique européenne
- CERI [ECRI], Commission européenne contre le Racis-
me et l'Intolérance
- CES (1) la - [ETUC], Confédération européenne des
Syndicats; (2) le - [ESC, WSA], Comité économique
et social européen
- CESI, Confédération européenne des Syndicats indé-
pendants
- CFY, Caribbean Federation of Youth/Fédération de la
Jeunesse des Caraïbes
- CGJL, Conférence Générale de la Jeunesse Luxem-
bourgeoise/Letzeburger Jugend Konferenz/Luxem-
bourg National Youth Conference
- CIG [JGC], Conférence Intergouvernementale
- CIJOC, Coordination internationale de la Jeunesse
ouvrière chrétienne/International Co-ordination of
Young Christian Workers
- CIMEA [ICCAM], Comité international des Mouvements
d'Enfants et d'Adolescents
- CIS [CEI, GUS], Community of Independent States
- CISL [ICFTU], Confédération internationale des Syndi-
cats Libres
- CISV, Children's International Summer Villages/Villa-
ges internationaux d'Enfants
- CJD [CDY], Coordination de la Jeunesse Démocratique
- CJE, Consejo de la Juventud de España/Conseil de la
Jeunesse d'Espagne/Youth Council of Spain/Spani-
scher Jugending
- CLRAE [CPLRE], Congress of Local and Regional Au-
thorities of Europe
- CNAJEP, Comité National des Associations de Jeunesse
et d'Education Populaire/National Committee of
Youth Organisations and Popular Education (France)
- CNGS, Comitato Nazionale Giovanile Sanmarinese/Co-
mité national de la Jeunesse de Saint Marin/National
Youth Committee San Marino
- CNJ (1) [NJR, NYC], Conseil National de Jeunesse/Nat-
ionaler Jugending; (2), Conselho Nacional da Ju-
ventude do Portugal/Conseil national de la Jeunesse
du Portugal/National Youth Council of Portugal
- CNJC, Consell Nacional de la Joventut de Catalunya/
Conseil de la Jeunesse de Catalogne/National Youth

- Council of Catalonia/Nationaler Jugendring Kataloniens
- CNTM, CNJ Moldavie/NYC Moldova/Jugendring Moldawiens
- CoE, Council of Europe/Conseil d'Europe/Europarat
- COECOM, Council of Europe Commission; Kommission zu Angelegenheiten des Europarats des Europäischen Jugendforums YFJ
- COJE [EYCE], Conseil Oecuménique de la Jeunesse en Europe
- COMETT, Community Programme in Education and Training for Technology/Programme communautaire d'éducation et de formation en matière de technologie
- ConAct, Koordinierungszentrum für den deutsch-israelischen Jugendaustausch/Coordinating centre for German-Israeli youth exchange
- CoR [AdR], Committee of the Regions of the European Union
- COREPER, Comité des Représentantes Permanents/Permanent Representatives' Committee
- CLPRE [CLRAE], Congrès Permanent des Pouvoirs Locaux et Régionaux de l'Europe
- CRDM, Česká rada dětí a mládeže/Czech Council of Children and Youth/Conseil tchèque des enfants et de la jeunesse/Tschechischer Kinder- und Jugendring
- CRIJ, Comité pour les Relations Internationales de la Jeunesse (Communauté française de Belgique)/Committee for international youth relations (French Community in Belgium)
- CRJ [RCY], Croix-Rouge Jeunesse
- CSAJ, Conseil Suisse des Activités de Jeunesse/Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
- DASE, Direction des Affaires Sociales et Economiques (CoE)
- DBJR, Deutscher Bundesjugendring/German Federal Youth Council
- DDH, Direction pour les Droits de l'Homme (CoE)
- DEMYC, Democrat Youth Community of Europe/Communauté de la Jeunesse démocrate d'Europe
- DFJ [OFAJ], Deutsch-Französisches Jugendwerk
- DJJA, Datenbank für internationale Jugendarbeit
- DNK, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit/German national committee for international youth work/Comité national allemand pour le travail international de la jeunesse; gemeinsame internationale Außenvertretung von DBJR/RPJ/Sportjugend
- DUF, Dansk Ungdoms Fællesråd/Danish national youth council/Comité national danois de Jeunesse
- EAPN, European Anti-Poverty Network/Réseau européen des associations de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale
- EBCO [BEOC], European Bureau of Conscientious Objection
- EBY, European Blue Cross Youth Association/Association européenne de Jeunesse de la Croix bleue
- EC [CE, EG], European Community
- ECAS, European Citizen Action Service/Service d'action pour les citoyens européens
- ECB [BCE, EZB], European Central Bank
- ECCO, European Council of Conscript Organisations/Conseil européen des Organisations de Conscrits
- ECO [CEE], Europe centrale et orientale
- ECOSOC, Economic and Social Committee of the U.N.
- ECOSY, European Young Socialists (previously: European Community Organisation of Socialist Youth/Organisation des jeunes socialistes européens)
- ECYC, European Confederation of Youth Clubs/Confédération européenne des organisations des centres des jeunes
- ECYF4HC, European Committee for Young Farmers and 4Hclubs/Comité européen des jeunes agriculteurs et 4Hclubs
- EDF [FED], European Development Fund
- EDS, European Democrat Students/Etudiants démocrates européens
- EEA [EEE], European Economic Area
- EEB [BEE], European Environmental Bureau
- EEC [CEE], European Economic Community
- EEE [EEA], Espace Economique Européen
- EEE-YFU, European Educational Exchanges - Youth for Understanding/Echanges Educatifs en Europe
- EFC, European Foundation Centre/Centre pour les Fondations européennes
- EFD [EVS, SVE], Europäischer Freiwilligendienst
- EFIL, European Federation of Intercultural Learning/Fédération européenne pour l'apprentissage interculturel
- EFN, European Falcon Network (informal working



structure of the IFM-SEI, European branch)
 EFTA [AELE], European Free Trade Association
 EFYSO [FEASJ], European Federation of Youth Service Organisation
 EG, (1) expert group; (2) [CE, EC], Europäische Gemeinschaften
 EGTYF, European Good Templar Federation/Fédération européenne des Bons Templiers, changed 2006 into ACTIVE
 EIE-EIL, Experiment in Europe - Experiment in International Living/L'expérience de vie internationale
 EM [ME], European Movement
 EMSA, European Medical Students' Association
 EP [PE], European Parliament
 EPA, European Playworkers Association/Association européenne des Animateurs
 EPYC, European Political Youth Council/Conseil européen de la Jeunesse politique
 ERASMUS, European Community Action Scheme for the Mobility of University Students/Programme d'action communautaire en matière de mobilité des étudiants universitaires
 ERYICA, European Youth Information and Counselling Association/Association européenne pour l'information et le Conseil des Jeunes

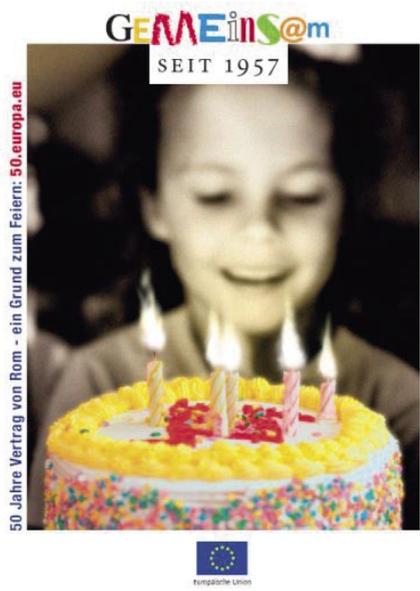
ESC [CES, WSA], Economic and Social Committee
 ESF [FSE], European Social Fund
 ESIB, National Union of Students in Europe/Union nationale des Etudiants de l'Europe
 Esprit, European Strategic Programme for Research and Development in Information Technologies/Programme stratégique de recherche et de développement relatif aux technologies de l'information
 ESYN, NYC of Greece/CNJ de Grèce
 ETUC [CES], European Trade Union Confederation
 EU [UE], European Union, Europäische Union
 EUACOM, EU Affairs Commission; Kommission für Angelegenheiten der Europäischen Union des Europäischen Jugendforums YFJ
 EUCOM [COMUE], European Commission/Europäische Kommission
 EUFED, European Union Federation of Youth Hostels Association/Fédération des Auberges de Jeunesse de l'Union européenne
 EUJS [UEEJ], European Union of Jewish Students
 EURYSN, European Youth Science Network/Réseau européen scientifique de Jeunesse
 EVS [EFD, SVE], European Voluntary Service
 EWL, European Women's Lobby/Lobby européen des Femmes

- EYC (1) [CEJ], European Youth Centre (Strasbourg, Budapest); (2) European Young Conservatives/Jeunes conservateurs européen
- EYCA [AECJ], European Youth Card Association
- EYCE [COJE], Ecumenical Youth Council in Europe
- EYF (1) [FEJ], European Youth Foundation, (2) [YFJ], European Youth Forum
- EYFA, European Youth Forest Action Foundation/Fondation de la Jeunesse européenne pour la protection des forêts
- EZB [BCE, ECB], Europäische Zentralbank
- FEANTSA, Fédération européenne d'Associations Nationales Travaillant avec les Sans-Abri/European Federation of national organisations working with the homeless
- FEASJ [EFYSO], Fédération européenne des Associations au service de la Jeunesse
- FED [EDF], Fonds européen de Développement
- FES, Friedrich-Ebert-Stiftung (foundation)
- FEULAT, Foro Euro-Latinoamericano de Juventud/Euro-Latin American Youth Forum
- FICEMA, Fédération Internationale des Centres de Formation aux Méthodes d'Education Active/International Federation for Integrated Education Training Methods
- FIEEEA, Fédération Internationale pour Echanges Educatifs d'Enfants et d'Adolescents
- FIMCAP, Fédération internationale des Communautés de Jeunesse Catholique Paroissiales/International Federation of Catholic Parochial Youth Communities
- FJUE [YFEU], Forum Jeunesse de l'Union européenne
- FLAJ, Foro Latino Americano de Juventud/Latin American Youth Forum/Forum latino-américain de la Jeunesse
- FMJD [WFDY], Fédération mondiale de la Jeunesse démocratique
- FMJSNU [WYFUNS], Forum mondial de la Jeunesse du Système des Nations unies
- FNG, Forum Nazionale Giovani/NYC Italy/CNJ Italie/NJR Italien
- FSE [ESF], Fonds social européen
- FUACE [WSCF], Fédération universelle des Associations chrétiennes d'étudiants
- GCCC [CCCG], Global Co-operation Coordination Committee
- GUS [CIS, CEI], Gemeinschaft Unabhängiger Staaten; Teilnachfolge der Sowjetunion
- IBE [BIE], International Bureau Education
- ICCAM [CIMEA], International Committee Children's Adolescents Movements
- ICFTU [CISL], International Federation of Free Trade Unions
- ICHOHYP, International Committee of Hard of Hearing Young People/Comité international des Malentendants
- ICYE, Association of the International Cultural Youth Exchanges in Europe/Association internationale pour les échanges culturels de jeunesse en Europe
- IFLRY, International Federation of Liberal and Radical Youth/Fédération internationale de la Jeunesse libérale et radicale
- IFM-SEI, International Falcon Movement - Socialist Education International/Mouvement international des Faucons - Internationale socialiste de l'Education
- IFMSA, International Federation of Medical Students' Associations
- IGC [CIG], Intergovernmental Conference
- IGLYO, International Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth and Student Organisation/Organisation internationale des étudiants et de la jeunesse lesbienne, homosexuelle, bisexuelle et transsexuelle
- IJAB, Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland e.V.
- IJAN [IYFN/NFJI], Internationale des Jeunes Amis de la Nature
- ILO (1) [BIT], International Labour Office; (2) [OIT], International Labour Organisation
- IMAC [MIDADE], International Movement of Apostolate of Children
- INGYO [OINGJ], International Non-Governmental Youth Organisation
- ISMUN, International Youth and Student Movement for the United Nations/Mouvement international de la jeunesse et des étudiants pour les Nations unies
- IUS [UIE], International Union of Students
- IUSY [UIJS], International Union of Socialist Youth
- IUYCD [UIJDC], International Union of Young Christian Democrats
- IYCS-IMCS [JECI-MIEC], International Young Catholic

- Students/International Movement of Catholic Students
- IYNF [IJAN/NFIJ], International Young Naturefriends
- JCEE [YEN], Jeunes des Communautés Ethniques européennes
- JECI-MIEC [IYCS-IMCS], Jeunesse Etudiante Catholique Internationale - Mouvement international des Etudiants Catholiques
- JEF, Jeunes Européens Fédéralistes/Junge Europäische Föderalisten/Young European Federalists
- JME, Jeunesse musicales d'Europe
- JOC [YCW], Jeunesse Ouvrière Chrétienne
- JPPE [YEPP], Jeunes du PPE; Jugend der konservativen Partei(en) in Europa
- KJP, Kinder- und Jugendplan (Förderprogramm der BRD), German Federal Youth Grants for Actions
- KNZM-Malta, Kunsill Nazzjonali taz Zaghazagh-Malta/ NYC of Malta/CNJ de Malte
- KSDM, Kruh sdruzeni deti a mladeze/Circle of Czech Children and Youth Organisations/CNJ Tchéquie; → CRDM
- LiJOT, Lietuvos jaunimo organizacijų taryba/National Council of Lithuanian Youth Organisations/Conseil national des organisations de jeunesse lituaniennes
- LJP, Latvijas Jaunatnes Padome/NYC Latvia/CNJ Lettonie/NJR Lettland
- LLL, Life-Long Learning/Lebenslanges Lernen/Education et formation tout au long de la vie
- LNU, Landsrådet for Noregs barne- og ungdomsorganisasjonar/Norwegian Children and Youth Council/CNJ Norvège/Kinder- und Jugendring Norwegen
- LSU, Landsradet for Sveriges Ungdomsorganisationer/ NYC Sweden/CNJ Suède
- LYMEC, Liberal Youth Movement of the European Union/Mouvement de la jeunesse libérale de l'Union européenne; bis 2002: Liberal and Radical Youth Movement of the European Union/Mouvement de la jeunesse libérale et radicale de l'Union européenne
- MdEP [MEP, MPE], Mitglied des Europäischen Parlaments
- ME [EM], Mouvement européen
- MEP [MPE, MdEP], Member of the European Parliament
- MIDADE [IMAC], Mouvement International d'Apostolat des Enfants
- MIJARC, Mouvement international de la Jeunesse agricole et rurale catholique/International Movement of Catholic Agricultural Youth
- MPE [MEP, MdEP], Membre du Parlement européen
- MPJ [PYM], Mouvement panafricain de la Jeunesse
- MSM, Mladinski Sovet na Makedonija/NYC Macedonia/CNJ Macédoine
- MSS, Mladinski Svet Slovenje/NYC Slovenia/ CNJ Slovénie
- NA, National Agency/Nationalagentur; Stelle zur Umsetzung der EU-Förderprogramme
- NATO [OTAN], North Atlantic Treaty Organisation
- NAYORA, NYC Azerbaijan/CNJ Azerbaïdjan
- NC, National Coalition (for the implementation of UN Convention for the Rights of the Child)
- NCY, Nordic Centre Youth
- NCYOG, National Council of Youth Organisations of Georgia/CNJ Géorgie
- NCYOK, National Council of Youth Organizations of Korea
- NFJI [IYNF, IJAN], Naturfreundejugend International
- NIKI, Hungarian Co-ordination Bureau for International Youth Work/Bureau de Coordination du travail international jeunesse hongrois
- NJR [CNJ, NYC], nationaler Jugendring
- NMS, NYC Bulgaria/CNJ Bulgarie
- NYC [CNJ, NJR], National Youth Council; Nationaler Jugendring
- NYCA, NYC Armenia/CNJ Arménie
- NYCI, NYC Ireland/CNJ Irlande
- NYCR, NYC Russia/CNJ Russie
- OBESSU, Organising Bureau of European School Student Unions/Bureau d'organisation des associations européennes d'étudiants
- ÖBJR, Österreichischer Bundesjugendring/NYC Austria/CNJ Autriche; converted into ÖNK in early 2003, then BJV/ÖJV in 2006
- OCDE [OECD], Organisation pour la Coopération et le Développement économique
- OECD [OCDE], Organisation for Economic Co-operation and Development
- OFAJ [DFJ], Office Franco-Allemand de la Jeunesse/ French-German office for youth

- OIJ, Organización Iberoamericana de Juventud/Organisation Ibéroaméricaine de Jeunesse/Organisation of Iberoamerican youth
- OINGJ [INGYO], Organisation internationale non-gouvernementale de Jeunesse
- OIT [ILO], Organisation internationale du Travail
- ÖJV, Österreichische Jugendvertretung/Austrian Youth Council (international structure, re-established 2006)
- OMC, Open Method of Co-ordination; Offene Methode der Koordinierung im Sozial-, Arbeits- oder Jugendbereich
- OMMS [WOSM], Organisation Mondiale du Mouvement Scout
- ÖNK, Österreichisches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit, Austrian National Committee for International Youth Work (converted into ÖJV in 2005)
- ONU [UNO], Organisation des Nations Unies
- OSCE [OSZE], Organisation pour la Sécurité et la Coopération en Europe/Organisation for Security and Co-operation in Europe
- OSZE [OSCE], Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- OTAN [NATO], Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
- PAC [CAP], Politique agricole commune
- PE [EP], Parlement européen
- Pillar meeting [Säulentreffen], separate meetings of the NYCs and the INGYOs as part of the structures of the YFJ
- PPO, EU Presidency Project Officer
- PYM [MPJ], Panafrican Youth Movement
- RADA, National Congress of Youth Organisations in Belarus/CNJ Biélorussie
- RCY [CRJ], Red Cross Youth
- RPJ, Ring Politischer Jugend
- RMS, Rada Mladeže Slovenska/NYC Slovakia/CNJ Slovaquie/NJR Slowakei
- SAJV [CSAJ], Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände/Switzerland Youth Activities Council
- SALTO, Support, Advanced Learning and Training Opportunities (within the European YOUTH programme)
- Säulentreffen [pillar meeting], getrennte Treffen der Jugendverbände bzw. der nationalen Jugendringe innerhalb des Europäischen Jugendforums oder anderer Zusammenschlüsse
- SCI, Service Civil International
- SVE [EVS, EFD], Service Volontaire Européen
- TACIS, Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States and Georgia/Programme d'Assistance technique à la Communauté des Etats inde-





pendents et à la Géorgie
 Tandem, Koordinierungszentrum für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch/Koordinacní centrum cesko-nemeckých výmen mládeže/Co-ordinating centre for German-Czech youth exchange
 TAO [BAT], Technical Assistance Office
 TEJO, Tutmonda Esperantista Junulara Organizo/World Organisation of Young Esperantists/Organisation mondiale des jeunes espérantistes
 TFE, Task Force “Enlargement”/Task Force “Elargissement”
 UCJF [YWCA], Union Chrétienne des Jeunes Femmes
 UCJG [YMCA], Union Chrétienne des Jeunes Gens
 UE [EU], Union européenne
 UEEJ [EUJS], Union européenne des Etudiants Juifs
 UIE [IUS], Union Internationale des Etudiants
 UIJDC [IUYDC], Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens
 UIJS [IUSY], Union Internationale des Jeunes Socialistes
 UNESCO, United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation/Organisation des Nations unies

pour l’Education, la Science et la Culture
 UNICE, Union of Industries of the European Community/Union des confederations de l’industrie et des employeurs d’Europe
 UNICEF, United Nations International Children’s Emergency Fund/Fonds des Nations Unies pour l’Enfance
 UNO [ONU], United Nations Organisation
 USE, United Students for Europe
 VJR, Vlaamse Jeugdraad/Flemish Youth Council Conseil de la Jeunesse flamande
 VPIJ, Vlaams Platform voor Internationaal ongerenwerk/Youth Platform for international work in Flanders/Plate-forme flamande pour le travail international de jeunesse (2002 in VJR)
 WAGGGS [AMGE], World Association of Girl Guides and Girl Scouts
 WAY [AMJ], World Assembly of Youth
 WFDY [FMJD], World Federation of Democratic Youth
 WIDE, Women in Development in Europe
 WOSM [OMMS], World Organisation of the Scout Movement
 WSA [ESC, CES], Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union
 WSCF [FUACE], World Student Christian Federation
 WG, working group
 WU, working unit
 WYFUNS [FMJSNU], World Youth Forum of the United Nations System
 YAP [AJP], Youth Action for Peace
 YCW [JOC], Young Christian Workers
 YDC, Youth for Development and Cooperation/Jeunesse pour le Développement et la Coopération
 YEE, Youth and Environment Europe
 YEEF, Young European Ecologists Federation
 YEPP [JPPE], Young European People’s Party
 YEU, Youth for Exchange and Understanding/Jeunesse pour l’Echange et la Compréhension
 YFJ, Youth Forum Jeunesse, European Youth Forum/Europäisches Jugendforum
 YFEU [FJUE], Youth Forum of the European Union (integrated into YFJ)
 YFU, Youth for Understanding
 YMCA [UCJG], Young Men’s Christian Association
 YNGO, Youth NGO → INGYO
 YWCA [UCJF], Young Women Christian Organisation



YOUrope07 - Jugendaktionen in Europa

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, der G8-Gipfel in Heiligendamm und Beteiligung auf internationaler Ebene - Gründe genug für den Deutschen Bundesjugendring, Projekte zu fördern, die sich mit dem Thema Europa beschäftigen.

Von Januar bis Juni 2007 werden innerhalb des Aktionsprogramms für mehr Jugendbe-

teiligung insgesamt 47 Aktionen der DBJR-Mitgliedsorganisationen auf lokaler oder regionaler Ebene gefördert. Die Veranstaltungsform ist dabei völlig unterschiedlich: von Diskussionsabenden über künstlerische Workshops bis hin zu Wochenendseminaren.

Die inhaltlichen Themen entsprechen den Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Diese sind: Wirtschaft und Beschäftigung, Energiepolitik, innere und äußere Sicherheit, Außen- und Sicherheitspolitik und Europäische Verfassung.



Impressum

Autor: Ansgar Drücker

Konzeption: Kai Niebert, Ansgar Drücker

Mitarbeit: Jarno Groth, Sascha Junghanns, Paola Moritz, Sabine Georg, Nina Bartz, Thomas Schwarzwälder, Marah Köberle, Jonathan Mack, Ignas Ceuppens, Friedrich Köckert, Theresa Klein

Redaktion: Ann-Kathrin Fischer, Kai Niebert, Tim Schrock

Gestaltung: Sebastian Suk, Tobias Thiele

Fotos: Kai Niebert, Ansgar Drücker, Credit © European Community, 2007, Foto-DVD „Blickwinkel“ (produziert vom DBJR im Rahmen von „Projekt P - misch dich ein“): dieprojektoren agentur für gestaltung und präsentation, Journalistenbüro Röhr:Wenzel

Warnhinweis: Achtung!

Diese Broschüre ist in Teilen politisch unkorrekt und enthält Ironie. Dies ist ausdrücklich gewollt und dient - angesichts des trockenen Themas

- der Lesefreundlichkeit. Dadurch kann diese Broschüre bei falscher Anwendung Vorurteile gegenüber Politikerinnen und Politikern oder der Europäischen Union verstärken.

© Naturfreundejugend Deutschlands 2007

Herausgeber:

Naturfreundejugend Deutschlands

Haus Humboldtstein

53424 Remagen

Telefon 02228 - 9415 - 0,

Telefax 02228 - 9415 - 22

E-Mail: info@naturfreundejugend.de

Internet: www.naturfreundejugend.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes im Rahmen des „Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung“, das gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring durchgeführt wird.

Acquis Communautaire/aquis communautaire Agenda 2000/agenda 2000 AKP-
Staaten/ACP-countries Aktionslinien, Aktionsprogramme, Aktionsbereiche/action lines,
action programmes, action fields Aktive Bürgerschaft/active citizenship Amsterdamer
Vertrag/Treaty of Amsterdam Amtsblatt der EU/Official Journal of the EU Amtssprachen
der EU/official languages of the EU Antragsfrist/application deadline asbl/vzw Aus-
schreibung, Aufforderung zur Einreichung von (Projekt-)Vorschlägen/call for proposals
Ausschuss der Regionen (AdR)/Committee of the Regions (CoR) Ausschuss der Ständigen
Vertreter (ASTV/COREPER)/Committee of Permanent Representatives Barcelona-
Prozess/Barcelona Process Beobachtendes Mitglied/observer member Berichterstatte(r)
/rapporteur Best Practice/best practice Bildungsprogramm für lebenslange
Lernen/Lifelong Learning Programme Binnenmarkt/single market Bürgerbeauftragte(r)
ombudsman, ombudsperson Cassis-de-Dijon-Urteil/Cassis de Dijon decision DAPHNE/
DAPHNE Demokratiedefizit der EU/democratic deficit in the EU Die Zukunft Europas/
Future of Europe Dienstleistungsrichtlinie/services directive Diskriminierungsverbot/
prohibition of discrimination Ehrenamtliches Engagement (von Jugendlichen)/(Youth)
Volunteering Einheitliche Europäische Akte (EEA)/Single European Act Einstimmigkeit/
unanimity Energiepolitik für Europa/Energy Policy for Europe Entschließung/resolution
Entwicklungszusammenarbeit/development cooperation ERASMUS/ERASMUS Erweiterung/
enlargement EU-Kommissare/EU commissioner EU-Ratspräsidentschaft/EU Presidency
EUREGIO/EUREGIO Euro/euro Europa à la carte/Europa à la carte Europa der Regionen/
Europe of regions Europa der zwei (oder der unterschiedlichen) Geschwindigkeiten/
Europe of two (or different) speeds Europaflagge/flag of Europe Europahymne/European
anthem Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der
Region/charta of regional and local participation of young people Europäische
Dimension/European dimension Europäische Gemeinschaft(en) (EG)/European Community
(Communities) (EC) Europäische Institutionen Europäische Jugendstiftung/European
Youth Foundation (EYF) Europäische Kommission/European Commission Europäische Kul-
turhauptstadt Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)/European Convention of
Human Rights (ECHR) Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)/European Neighbourhood
Policy (ENP) Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)/European security
and defense policy (ESDP) (Europäische) Sozialcharta/(European) social charter Europäi-
sche Umweltagentur/European Environment Agency Europäische Union/European Union
Europäische Verfassung, Europäischer Verfassungsvertrag/European Constitution,
European Constitutional Treaty Europäische Zentralbank/European Central Bank Europäi-
scher Freiwilligendienst/European Voluntary Service Europäischer Gerichtshof (EuGH)/
European Court of Justice (ECJ) Europäischer Konvent/European Convention Europäischer
Pakt für die Jugend Europäischer Rat/European Council Europäischer Sozialfonds
(ESF)/European Social Fund (ESF) Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)
European Economic and Social Committee (EESC) Europäischer Wirtschaftsraum
(EWR)/European Economic Area (EEA) Europäisches Jahr.../European Year of... Europäi-
sches Jugendforum/European Youth Forum (Youth Forum Jeunesse, YFJ) europäisches
Jugendzentrum/European Youth Centre Europäisches Parlament, Europaparlament/
European Parliament (EP) Europarat/Council of Europe (CoE) Europatag/Europe Day
Europawahlen/European elections Europe Direct/Europe direct Europol/Europol EURO-
STAT/EUROSTAT „Festung Europa“/“Fortress Europe” Flexicurity/flexicurity Förder-
programm/Action Programme Formale Bildung, nicht-formale Bildung, informelle
Bildung/formal education, non-formal education, informal education Formale
Förderbedingungen/formal requirements for grants Freizügigkeit/free movement of
persons Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)/Common Agricultural Policy (CAP) Gemeinsame
Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)/common foreign and security policy (CFSP) Gemein-
same Ziele/Common Objectives Gender Mainstreaming/gender mainstreaming Generaldi-
rektions (GD)/Directorate-General (DG) Good Governance (Gutes Regieren)/Good
Governance Grünbuch/Green Paper Grundfreiheiten/Four Freedoms Grundrechtecharta
Grundsatzpapier/policy paper Harmonisierung/harmonization Haushaltslinie/budget line
Implementation, Implementierung/implementation Internationale Nichtregierungs-